

Preussische Allgemeine



Nr. 21 · 26. Mai 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Triumph des Unsinnns

Wie sich die „Ampel“ mit ihrem neuen Selbstbestimmungsgesetz von der Biologie verabschiedet – und an eigenen Widersprüchen scheitert Seite 3



Interview Friedrich von Berg, Freund und Berater Wilhelms II. Seite 10



Geschichte Gedanken zum 100. Geburtstag von Henry Kissinger Seite 11

AUFGEFALLEN

Finland senkt Strompreis – dank Kernkraft

Während für deutsche Verbraucher der Strompreis seit dem Jahr 2000 nur eine Richtung kennt – nämlich steil nach oben –, können sich die Finnen gerade über einen dramatischen Preisnachlass für ihre Energie aus der Steckdose freuen.

Grund ist die unlängst erfolgte Inbetriebnahme des Kernreaktorblocks Olkiluoto 3 (OL3) an der südwestlichen Ostseeküste Finnlands. Während hierzulande laut dem Portal „statista.com“ der Strompreis seit 1998 um 281 Index-Punkte gestiegen ist (dabei wird der Ausgangspreis gleich 100 gesetzt und der Anstieg dazu in Relation gesetzt), führten in dem skandinavischen Land die zusätzlichen Kapazitäten zu einer Senkung der Strompreise um fast unglaubliche 75 Prozent! Schon nach kurzer Zeit musste die Leistung von Olkiluoto 3 sogar erheblich gedrosselt werden, weil der Strom laut Kraftwerksbetreiber Teollisuuden Voima (TVO) so billig geworden ist, dass die Rentabilität der Anlage bedroht war.

Zwar ist der aktuelle Strompreis in Deutschland von 30,8 Cent je Kilowattstunde weniger als halb so hoch wie noch vor einem halben Jahr, als die Preise infolge des Ukrainekriegs weltweit angestiegen waren, doch liegt er noch immer rund zehn Cent über dem Preis von vor zwei Jahren. Laut dem Vergleichsportal Verivox hat Deutschland damit noch immer die höchsten Preise weltweit. Durchschnittlich, so Verivox, ist Strom hierzulande 174 Prozent teurer als im Rest der Welt. *neh*

POLITIK

Die „Letzte Generation“ ist eine kriminelle Vereinigung

Das Laissez-faire gegenüber den „Klima-Aktivisten“ wird zur Gefahr für das Rechtsstaatsgefühl der Bürger und den inneren Frieden im Land

VON RENÉ NEHRING

Die Meinung des Bundeskanzlers ist eindeutig. „Völlig bekloppt“ nannte Olaf Scholz dieser Tage die Aktionen der selbsternannten „Klima-Aktivisten“ der „Letzten Generation“, die seit Monaten mit ihren Blockaden für immer größeren Ärger auf Deutschlands Straßen sorgen. Auch die für die innere Sicherheit zuständige Bundesministerin Nancy Faeser lehnt die Aktionen der „Letzten Generation“ ab: „... nicht das geringste Verständnis ...“, so Faeser, habe sie dafür, und die Polizei verdiene bei ihrem Vorgehen dagegen „volle Unterstützung“.

Die Politik duckt sich weg

Umso erstaunlicher, dass Scholz und Faeser bislang wenig bis gar nichts gegen die Klima-Chaoten unternommen haben. Obwohl die Aktionen der „Letzten Generation“ deutschlandweit durchgeführt und insbesondere überregional gesteuert werden, wird das Problem bislang auf der Ebene der Bundesländer behandelt – mit dem Ergebnis, dass die politische Bewertung und juristische Ahndung nach bekanntem Muster je nach Bundesland und je nach den Farben der jeweiligen Landesregierungen unterschiedlich erfolgt. Droht den „Aktivisten“ in Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung kaum mehr als ein erhobener Zeigefinger und ein au-

genzwinkerndes „Du, du, du!“, so greift Bayern zur Abschreckung potentieller Straftäter schon mal zum Mittel der „Präventivhaft“.

Nicht, dass die Ordnungsbehörden gegen die Verstöße nicht vorgehen würden. Ganz im Gegenteil löst die Polizei Tag für Tag nicht nur die Blockaden auf, sondern leitet auch regelmäßig Strafverfahren ein, die dort, wo kein politischer Wille dazwischenfunkt, inzwischen sogar Haftstrafen nach sich ziehen. Das Amtsgericht Heilbronn etwa verurteilte zwei Männer und eine Frau wegen Nötigung zu Freiheitsstrafen von drei bis fünf Monaten ohne Bewährung. Doch obwohl mehrere Monate Gefängnis für eine mehrere Stunden währende Blockade durchaus eine vergleichsweise hohe Strafe sind, scheint der Rechtsstaat den Straftätern damit nicht beizukommen. Was fehlt ist ein Hebel gegen die Organisatoren und Unterstützer im Hintergrund.

Einen solchen Hebel böte die Einstufung der „Letzten Generation“ als „Kriminelle Vereinigung“. Um so absurder, dass noch immer manche Innenpolitiker und Juristen eine solche Einordnung ablehnen. Zwar erfülle, so die Skeptiker, die Organisation die in Paragraph 129 StGB Absatz 2 genannte Beschreibung, „ein auf längere Dauer angelegter, von einer Festlegung von Rollen der Mitglieder, der Kontinuität der Mitgliedschaft und der Ausprägung der Struktur unabhängiger

organisierter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen zur Verfolgung eines übergeordneten gemeinsamen Interesses“ zu sein, doch sei derzeit noch keine Gefahr für grundlegende Rechtsgüter wie Leib und Leben gegeben.

Die Wut wächst

Angesichts der hasserfüllten Stimmung zwischen den in Geiselnhaft genommenen Bürgern und den stumpfsinnigen „Aktivisten“ an den Schauplätzen der Blockaden – längst kursieren Videoaufnahmen im Netz, die zeigen, wie wütende Autofahrer die Blockierer eigenhändig von den Straßen zerren – wirft diese ignorante Haltung unweigerlich die Frage auf, welcher schrecklichen Eskalation es erst bedarf, bis Politik und Justiz bereit sind, die „Letzte Generation“ als das zu bezeichnen, was sie für jeden Bürger offenkundig ist: eine Organisation von Menschen, die sich dazu verabreden, täglich schwere Straftaten zu begehen – also eine kriminelle Vereinigung.

Fakt ist: Der Handlungsbedarf ist groß. Mögen Innenpolitiker und Rechtsexperten auch noch eine Weile fachsimpeln, wie sie die „Letzte Generation“ einstufen – die Wut der Bürger über die Anmaßung der selbsternannten „Klimaretter“ wächst täglich. Für jede weitere Eskalation tragen dann all jene Verantwortung, die dem immer chaotischeren Treiben tatenlos zuschauen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie die Umsetzung der Energiewende den Artenschutz bedroht Seite 4

Kultur

Vor 250 Jahren wurde der Berliner Dichter Ludwig Tieck geboren Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Jommendorf entsteht eine neue Feuerwache für Allenstein Seite 13

Reise

Auf Billig-Tour entlang der dalmatinischen Küste von Kroatien nach Montenegro Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Sklaverei Die gängige Schuldzuweisung ist einseitig. Ignoriert werden die Täter aufseiten der Afrikaner und Moslems sowie die weißen, christlichen, europäischen Opfer

Ungefähr 50 Millionen akut Betroffene

Die Sklaverei hat nicht nur eine lange Geschichte, sondern auch eine erschreckend lebendige Gegenwart

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der transatlantische Sklavenhandel, in dessen Zuge zwischen 1501 und 1866 rund zwölf Millionen Schwarzafrikaner nach Amerika verschleppt und dort als Arbeitskräfte ausgebeutet wurden, zählt mit Recht zu den größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit aller Zeiten. Allerdings konnten die europäischen Sklavenhändler ihr brutales Geschäft nur deshalb betreiben, weil die „Ware“ in den Häfen von Westafrika bereitstand – bereitwillig geliefert von einheimischen Stammesfürsten, die große Teile des Kontinents nach potentiellen Sklaven durchkämmen ließen, um sich zu bereichern.

Etwa jeder Fünfte der zwangsweise in die Neue Welt gebrachten Afrikaner war eine „Kriegsbeute“ der Herrscher des Königreiches von Benin im heutigen Nigeria. Diese erhielten im Austausch für die Sklaven unter anderem Bronze, aus der die Kunstgegenstände entstanden, welche die Bundesrepublik nun an den Nachfolger der Sklavenjäger von einst zurückgab.

Die grausame Sklavenhatz, die noch vor dem Abtransport per Schiff bereits in Afrika 30 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, resultierte keineswegs aus der plötzlichen Nachfrage seitens der europäischen Händler ab Beginn des 16. Jahrhunderts, sondern begann bereits im Jahre 652. Damals diktierte der Statthalter von Ägypten, Emir Abdallah ibn Sa'd, dem nubischen König Khalidurat einen Vertrag, dem zufolge er 360 Sklaven pro Jahr als Tribut abzuliefern habe. Das war der Einstieg in das System der arabomuslimischen Sklaverei, das parallel zur Sklaverei im subsaharischen Afrika bestand und de facto bis heute fortexistiert (siehe unten).

Königreich von Benin

Laut dem französisch-senegalesischen Anthropologen Tidiane N'Diaye versklavten arabische Muslime 17 Millionen Schwarzafrikaner. Von Anbeginn an galt dieses Vorgehen als religiös verdienstvoll, weil es sich bei den Betroffenen angeblich um „Ungläubige“ und „Götzendienen“ handelte. N'Diaye geht außerdem davon aus, dass drei von vier verschleppten Afrikanern auf dem Weg zu den „Endkunden“ in den islamischen Reichen in Nord- und Zentralafrika sowie im Nahen Osten star-

ben. Diese hohen Verluste führt er vor allem auf die endlosen Todesmärsche quer durch die Sahara und den überaus barbarischen Brauch zurück, männliche Sklaven zu kastrieren, um sie hernach besonders gewinnbringend als Eunuchen zu verkaufen. Dass solche Verbrechen bislang un-aufgearbeitet blieben, führt N'Diaye auf ein „Stockholm-Syndrom afrikanischer Art“ zurück.

Diesem arabomuslimischen Sklavenhandel fielen neben zahlreichen Schwarzafrikanern auch um die 1,25 Millionen christliche weiße Europäer zum Opfer – so die Schätzung des US-amerikanischen Historikers Robert Davis. Als Hauptakteure fungierten in diesem Fall nordafrikanische Korsaren aus dem Sultanat Marokko sowie den sogenannten Barbareskenstaaten im Raum um Algier, Tunis und Tripolis. Zwischen 1530 und 1780 machten sie

an den Küsten der europäischen Mittelmeerländer Jagd auf das „Weiße Gold“, das sie anschließend auf den Sklavenmärkten des Maghreb verhökerten. Einige der Raubzüge führten bis nach Cornwall, Wales, Irland und Island. Dieses Treiben endete erst, als mehrere europäische Großmächte Strafexpeditionen starteten, um die Flotten der Barbareskenstaaten zu vernichten, und Frankreich Algerien ab 1830 zu seiner Kolonie machte.

Osmanisches Reich

Ebenfalls in den Sklavenhandel im Mittelmeerraum und auf der Arabischen Halbinsel involviert war das Osmanische Reich, das seinen „Nachschub“ außerdem auch vom Balkan und aus dem Gebiet rund um das Schwarze Meer bezog. Selbst sehr viel nördlichere Regionen wie Ostpreußen waren zeitweise betroffen. 1656

kam es während des Zweiten Nordischen Krieges im Zuge der Invasion muslimischer Heere aus dem mit Polen-Litauen verbündeten Krim-Khanat, dem sogenannten Tatarensturm, zur Verschleppung von 34.000 Untertanen des Großen Kurfürsten, von denen die meisten irgendwo im Machtbereich der Osmanen als Sklaven endeten.

Während der für seinen transatlantischen Sklavenhandel immer wieder heftig gescholtene Westen seit dem 19. Jahrhundert gegen jegliche Form der Sklaverei ankämpfte und dabei auch die militärische Konfrontation mit Sklavenhändlerstaaten oder -dynastien suchte, bestand die Institution der Sklaverei in vielen Ländern außerhalb Europas und Nordamerikas fort. Heute gibt es laut der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen noch um die 50 Millionen Sklaven.



Anti-Sklaverei-Demonstration von Sklaven und Freigelassenen in der Hauptstraße von Nouakchott, der Hauptstadt der Islamische Republik Mauretanien: Die Forderung lautet übersetzt: „Ja zu einer Debatte über den religiösen Diskurs, der die Sklaverei legitimiert“

RELIGION

„Sklaverei ist Teil des Islam“

In sehr vielen der Staaten, in denen es eine signifikante Anzahl an Sklaven gibt, dominiert der Glauben Mohammeds

Saleh ibn Fawzan gilt unter den sunnitischen Moslems als Autorität. Der 1933 geborene Scheich gehört zu den wenigen handverlesenen Religionsgelehrten im Ständigen Komitee für wissenschaftliche Untersuchungen und Fatwa-Erteilung von Saudi-Arabien, sitzt im einflussreichen Rat der Höchsten Religionsgelehrten des Königreiches und segnete viele Jahre lang die Lehrpläne für den Religionsunterricht im Lande ab.

Dieser Mann äußerte öffentlich und stellvertretend für die konservative muslimische Geistlichkeit: „Sklaverei ist Teil des Islam“, denn „Sklaverei ist Teil des Dschihad, und der Dschihad wird so lange bleiben, wie es den Islam gibt.“ Dabei

bezog er sich nicht zuletzt auf die seinerzeit vom Propheten Mohammed selbst praktizierte Versklavung der weiblichen Angehörigen und Kinder des jüdischen Stammes der Banu Quraiza aus Yathrib, dem späteren Medina.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die fanatischen „Gotteskrieger“ in den Reihen des Islamischen Staates (IS) glauben, das Recht zu besitzen, „Ungläubige“ wie die Jesiden als Sklaven zu halten. Immer noch ist Sklaverei in der islamischen Welt gang und gäbe.

Zwar haben etliche muslimische Länder von Kuwait und Katar über den Jemen und den Oman bis hin zu Maure-

tanien die Sklaverei im Zeitraum zwischen 1949 und 2007 formell abgeschafft. Das ändert jedoch nichts am faktischen Fortbestehen dieser Institution der Unfreiheit.

In sehr vielen der Staaten, in denen es nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Walk Free Foundation (WFF) weiterhin eine signifikante Anzahl an Sklaven gibt, dominiert der Islam. Hierzu zählen Pakistan, Bangladesch, Usbekistan, Afghanistan, der Iran, der Irak, der Sudan, die Vereinigten Arabischen Emirate, Syrien, Marokko, Ägypten, Algerien, Niger und Libyen.

Die Hochburg der Sklaverei ist derzeit die Islamische Republik Mauretanien.

„Sklaverei ist Teil des Dschihad, und der Dschihad wird so lange bleiben, wie es den Islam gibt“

Saleh ibn Fawzan
orthodoxer islamischer Gelehrter
in Saudi-Arabien

en. Mit 13 Prozent weist der 2020 4,6 Millionen Einwohner zählende Staat den höchsten Anteil versklavter Menschen an der Gesamtbevölkerung auf. Obwohl die Haltung von Sklaven im August 2007 per Gesetz verboten wurde, liegt die Zahl der überwiegend schwarzen Sklaven in dem Sahara-Staat laut der Nichtregierungsorganisation SOS Esclaves bei rund 600.000. In Mauretanien war es denn auch, dass der Journalist und Blogger Mohamed Cheikh Ould Mkhaitir 2014 zuerst die Todesstrafe und dann zwei Jahre Haft wegen „Gotteslästerung“ dafür erhielt, dass er das System der islamischen Sklaverei grundsätzlich hinterfragt hatte.

NORDAFRIKA

Europäische Sklaven von Arabern

Der spanische Nationaldichter Miguel de Cervantes führte vor der Abfassung seines legendären Buches „Don Quijote von der Mancha“ ein überaus abenteuerliches Leben. So kämpfte er im Jahre 1571 in der Seeschlacht von Lepanto gegen die Türken. Vier Jahre später wurde er von algerischen Seeräubern gefangen genommen und fristete anschließend bis 1580 ein erbärmliches Dasein als weißer christlicher Sklave in Nordafrika. Seine Rettung verdankte der vermählte Adelspross dem Ordo Sanctissimae Trinitatis redemptionis captivorum (Trinitarierorden), der ihn freikaufte.

Sehr viel länger in der muslimischen Sklaverei verharren musste dahingegen Thomas Pellow aus Penryn in Cornwall. Der geriet 1715 im Alter von elf Jahren zusammen mit 51 weiteren Personen, die mit der „Francis“ Richtung Genua segelten, in die Hände von arabischen Korsaren aus Nordafrika. Pellow wurde so lange gefoltert, bis er zum Islam konvertierte, und war dann Sklave des berühmten Sultans Mulai Ismail, dem äußerst blutrünstigen zweiten Herrscher der noch heute in Marokko regierenden Dynastie der Alawiden. In dieser Eigenschaft avancierte der junge Engländer zum Offizier in der Garde Abid al-Bukhari, einem Korps schwarzer Sklavensoldaten, das die wesentlichste Stütze der Macht des Sultans darstellte. Dabei nahm er an Expeditionen teil, in deren Verlauf weitere „Rekruten“ eingefangen wurden.

Pellow vermochte erst im Sommer 1738 aus Marokko zu fliehen und nach 23 Jahren Gefangenschaft in die Heimat zurückzukehren. Es kann wohl als Ironie der Geschichte betrachtet werden, dass er mit Edward Pellew verwandt war. Der unter anderem mit dem Bathorden dekorierte britische Admiral und 1. Viscount Exmouth leitete im August 1816 die Bombardierung von Algier, die ganz wesentlich zur Abschaffung der massenhaften Versklavung von christlichen Europäern durch muslimische Herrscher in Nordafrika beitrug.

W.K.

Selbstbestimmt ins Geschlechterchaos

Das neue Selbstbestimmungsgesetz soll es trans- und intergeschlechtlichen sowie nichtbinären Personen erleichtern, ihr Geschlecht selbst zu bestimmen. Biologische Fakten gelten nur noch als Konstrukt, das es zu überwinden gilt

VON BIRGIT KELLE

Wie viele Geschlechter es innerhalb der menschlichen Spezies denn nun tatsächlich gibt, entwickelt sich weltweit zunehmend zur juristischen Fangfrage. Als am 18. Mai der alljährliche „Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie“ begangen wurde, grüßten staatliche Stellen aus Kanada mit dem Slogan „Schützt die 2SLGBTQI+ Communities“. Die Buchstabenreihe, die einst mit LGB (Lesbian/Gay/Bisexual) begann, wird inzwischen nicht nur sukzessive mit allen weiteren Buchstaben des Alphabets aufgefüllt, sondern neuerdings auch mit Zahlen. Für Gender-Anfänger sei erklärt: „2S“ steht dabei für die Bezeichnung „Two Spirit“, also zwei Geister in einer Brust. Schizophrenie scheint jetzt wohl auch ein Geschlecht zu sein, eine Neuinterpretation von Goethes Faust im queer-literarischen Kontext ist nicht mehr ausgeschlossen, wohnten doch bekanntlich „zwei Seelen, ach!“ in Faustens Brust.

Abschied von biologischen Fakten

Spätestens jetzt sollten langsam alle begreifen, worauf es hinausläuft, wenn staatliche Autoritäten ihre Geschlechterdefinitionen und damit auch ihre Politik und Gesetzestexte nicht mehr auf objektiven Fakten, sondern auf subjektiven Gefühlslagen aufbauen. Gesetzliche Willkür ist dann nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Damit sind wir nahtlos bei dem in Deutschland soeben veröffentlichten Referenten-Entwurf für das neu geplante, sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“ der Bundesregierung angelangt, dessen wesentliches Merkmal genau dieses ist: Erstmalig will sich eine deutsche Regierung juristisch von biologischen Fakten lösen und der „Selbstidentifikation“ eines Menschen den Vorrang geben.

Offiziell werden zahlreiche wohlklingende Begründungen mitgeliefert. Man wolle den Geschlechterwechsel vereinfachen, ihn von tatsächlichen medizinischen Maßnahmen loslösen und zu einer formalen Aussage auf dem Standesamt reduzieren. Man will vor allem die bisherige Gutachterpflicht abschaffen und die Option des Geschlechterwechsels bereits für Kinder ab 14 Jahren öffnen. Man will die Zielsetzung der UN-Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung umsetzen und die „Ungleichheiten in und zwischen Ländern verringern“ und das Versprechen einlösen, „niemanden zurückzulassen“. Wer hier wem welches Versprechen gegeben haben will, wird leider nicht erläutert.

Auch nicht, wo man die angeblich „verfassungsrechtlich geschützte Geschlechtsidentität“ herzaubert, die man zu schützen gedenkt, denn in unserer Verfassung steht sie gar nicht drin. Tatsächlich kämpft die einschlägige Lobby allerdings seit vielen Jahren darum, die Faktoren „sexuelle und geschlechtliche Identität und Orientierung“ in den Antidiskriminierungsartikel 3 des Grundgesetzes einzufügen. Definitiv eine juristische Blackbox, mit der dann jede noch so absurde Eigendefinition von „Geschlecht“ Verfassungsrang bekäme.

Jetzt soll genau dies erst einmal in den Ausweis hinein. Explizit soll nicht nur der Wechsel von Mann zu Frau und zurück oder umgekehrt möglich werden, sondern auch die Option für „non-binäre“ Menschen geöffnet werden, ihr „Geschlecht“ ebenfalls dokumentieren zu lassen. Dass jemand gerne weder Mann noch Frau wäre, ändert nicht evolutionsbiologische Tatsachen, demnächst aber Ausweisdokumente.

Allein, dass man Transsexuelle und Intersexuelle in ein gemeinsames Gesetz packt, ist der beste Beweis, dass man in der Regierung entweder aktiv ignoriert oder schlicht intel-



Fragwürdige Vielfalt: Mit dem neuen Selbstbestimmungsgesetz droht ein unübersichtliches Geschlechterchaos

lektuell nicht begreifen kann, dass die einen eine biologische Anomalie darstellen (inter), während die anderen biologisch sehr klar definierbar sind, aber gerne ein anderes Geschlecht hätten.

Nun ist Justizminister Heiko Buschmann nicht zu beneiden, steht er doch in einem Tauziehen zwischen juristischer Vernunft und Forderungen vor allem des grünen Koalitionspartners, aber auch einschlägiger Lobbyverbände, dies Gesetz möglichst in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Gleichzeitig war bereits seit der Vorveröffentlichung der geplanten Eckpunkte im Herbst 2022 klar, dass nicht nur von konservativen Kräften Widerstand zu erwarten ist, sondern selbst aus den Reihen radikaler Feministinnen und sogar von weiblichen Mitgliedern der Grünen.

Was ist eine „Frau“?

Der Streit entfacht sich vor allem an der Definition von „Frau“, reduzieren solche geschlechtlichen Selbstidentifikationsgesetze das Frausein doch auf ein Gefühl, das jeder beanspruchen kann. Sie gefährden damit jede Errungenschaft der Frauenbewegung, wie etwa exklusive Frauenräume und Frauenquotenregelungen. Es lässt zudem Männer als vorgebliche Trans-Frauen im Frauensport und bis in die Frauengefängnisse und Frauenhäuser eindringen – sexuelle Übergriffe dort inklusive. Die Kritik ist berechtigt und mit unzähligen, weltweiten Beispielen verifizierbar.

In Folge hat die Regierung einen Entwurf veröffentlicht, mit dem man offensichtlich versucht, den erwartbaren gesellschaftlichen und feministischen Einwänden vorbeugend gerecht zu werden. Im Ergebnis präsentiert man aber ein Sammelsurium an Einzelfallentscheidungen, Ausnahmen, Gefahren und Widersprüchen.

Ziel des Gesetzes ist es explizit, „personenstandrechtliche Geschlechtszuordnung und die Vornamenswahl von der Einschätzung dritter Personen zu lösen“. Damit wird das behauptete Narrativ der Fremdbestimmung gesetzlich verankert, das Geschlecht eines Menschen werde im Kreißsaal nicht etwa anhand von wissenschaftlich verifizierbaren Fakten festgestellt, sondern durch „dritte Personen“ quasi willkürlich „zugeordnet“. Entsprechend soll nun jeder nicht nur

sein Geschlecht, sondern auch oder auch nur seinen Vornamen ändern können.

Dazu kommen ein Offenbarungs- und ein „Deadnamingverbot“. Verboten sein soll, vorherige Geschlechter oder Vornamen einer Person ohne juristisch validen Grund noch preiszugeben, Eltern und Ehegatten können davon ausgenommen werden, Geschwister jedoch nicht, Schulfreunde, Nachbarn, Kollegen schon mal gar nicht. Wer bislang einen Bruder hatte, wird gezwungen, fortan eine Schwester zu besitzen. Das Verbot, den alten „toten“ Namen noch auszusprechen, ist die Finalisierung der Fiktion, indem die Lüge staatlich angeordnet, die Wahrheit auszusprechen aber unter Strafe gestellt wird. Zuwiderhandlungen ziehen Geldbußen „bis zu 10.000 Euro“ nach sich.

Väter und Mütter können sich fortan nachträglich in den Geburtsurkunden ihrer Kinder als „Elternteil“ eintragen lassen, um ihr Geschlecht zu verwischen, und in Sterbeurkunden toter Ehegatten kann der überlebende Ehepartner nachträglich sein Geschlecht ändern lassen, sodass man post mortem aus einer Hetero- noch eine Homoehe machen kann, während der Verstorbene nicht einmal Einspruch einlegen kann. Wer denkt sich solchen Schwachsinn aus?

Drohung mit dem Strafrecht

Das Justizministerium konkretisiert selbst das Beispiel: „Haben Äußerungen gegenüber einer Person ein Ausmaß oder eine Intensität erreicht, dass die betroffene Person durch die Äußerungen krank wird (oder werden soll), kann eine (versuchte) Körperverletzung in Betracht kommen.“ Seinen Nachbarn Hans nicht als Erika ansprechen zu wollen, kann also demnächst versuchte Körperverletzung sein. Sollte Erika nach einem Jahr aber wieder zu Hans wechseln, kostet es wieder 10.000 Euro, wenn man ihn dann Erika nennt. Man zweifelt bald an der Zurechnungsfähigkeit des gesamten Ministeriums.

Aber auch der Gesetzgeber zweifelt in Wahrheit am angeblich „sicheren Wissen“ der Betroffenen, welchem Geschlecht sie denn nun angehören, denn laut Paragraph 4 gilt ihre Erklärung drei Monate nur auf Probe, und sie kann nach einem Jahr auch widerrufen werden – immer und immer wieder, so

oft man will. Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren kann sie jederzeit widerrufen werden. Allein, was diese Regelung an Chaos auslösen kann, wenn jeder Bundesbürger jährlich theoretisch sein Geschlecht wechselt, ist nicht auszudenken.

Laut Paragraph 3 können Eltern das Geschlecht ihres Kindes zudem eigenständig ändern – ohne Mindestalter des Kindes – und Kinder ab 14 auch gegen den Widerstand der Eltern unter Anrufung eines Familiengerichtes. Sind sich Eltern nicht einig, kann ein Elternteil das alleinige Recht der Entscheidung in der Sache beantragen. Da die gesamte Gesetzgebung darauf ausgerichtet ist, der Selbstbestimmung auch der Kinder Vorrang zu geben, ist leider zu erwarten, dass auch Familiengerichte das „Kindeswohl“ fortan zugunsten des Geschlechterwechsels auslegen. Es besteht die reale Gefahr, das Sorgerecht zu verlieren, sollte man sich als Elternteil dem Geschlechterwechselwunsch seines Kindes widersetzen.

Noch gravierender ist der geplante Paragraph 6, denn kommt das Gesetz, wird es möglich, je nach Situation unterschiedliche Geschlechter gleichzeitig zu besitzen, weil der Gesetzgeber zwischen dem Geschlecht im „Rechtsverkehr“ und der Berücksichtigung dieser Tatsache in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, Institutionen oder im Sport unterscheidet. Großzügig wird das „Hausrecht“ in „Einrichtungen und Räumen“ bestätigt, aber auch, dass die „Bewertung sportlicher Leistungen unabhängig von dem aktuellen Geschlechtseintrag geregelt werden kann“.

Erwartbare Klagewelle

Faktisch bedeutet dies: Jeder Sportverein, jede Schule, jede Polizeibehörde, Feuerwehr oder Bundeswehrereinheit mit geschlechtsspezifischer Zulassungsprüfung, jedes Frauenhaus, jedes kommunale oder private Schwimmbad, jede Frauensauna und selbst die Frauengefängnisse sind aufgefordert, eigene Regelungen zu definieren. Was hier als Freiheit verkauft wird, würde vermutlich die größte Klagewelle der Antidiskriminierungsgesetzgebung auslösen, die wir je hatten. Da es keine einheitliche Regelung gibt, wird ab sofort überall darüber gestritten werden und im Zweifel geklagt. Das Justizministerium schreibt selbst auf seiner Homepage: „... eine Zurückweisung speziell von transgeschlechtlichen Personen allein aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität“ sei unzulässig ohne „sachlichen“ Grund. Ist ein Penis in der Frauensauna, im Frauenhaus, im Frauensport oder in der Umkleekabine ein „sachlicher“ Grund für einen Rauswurf? Das wäre dann vor Gericht zu klären.

Um die Farce zu vollenden, ist im Verteidigungs- und Kriegsfall ein Geschlechterwechsel sogar verboten, denn dann werden offenbar echte Bio-Männer gebraucht. Allein diese einzelne Regelung zeigt, mit welcher Inkonsequenz und Ideologisierung man es hier zu tun hat. Denn derselbe Staat, der seine Bürger bestraft, sollten sie den Geschlechterwechsel ihres Kindes oder ihres Nachbarn nicht bedingungslos akzeptieren, verweigert sich selbst dieser Regelung sogar mit Ausnahmeregelung, wenn er biologische Männer als Soldaten braucht. Jeder Mann darf also Frau sein, außer im Krieg.

Kurz zusammengefasst ist das geplante Gesetz kein Fortschritt in der Geschlechterdebatte, sondern der Abschied von jedem Realitätsbezug. Biologie ist nicht mehr Tatsache, sondern zu überwindender Feind. Die Wahrheit wird nicht mehr geschützt und eingefordert, sondern ihr Aussprechen unter Strafe gesetzt. Tritt die Neuregelung tatsächlich in Kraft, wird es in Folge ein Fest für Juristen, ein völliges Chaos für Behörden, eine Gefahr vor allem für Frauen und Kinder, der Ruin des internationalen Frauensports und eine Entmündigung für Eltern, wenn sie nicht bedingungslos im Geschlechterreigen mitziehen.

Kurz zusammengefasst ist das geplante Gesetz kein Fortschritt in der Geschlechterdebatte, sondern der Abschied von jedem Realitätsbezug. Biologie ist nicht mehr Tatsache, sondern zu überwindender Feind

● MELDUNGEN

Viele Ausländer unausgebildet

Bonn – Das Gefälle zwischen Deutschen und Ausländern bei den Ausbildungsverhältnissen und Berufsabschlüssen hat sich vergangenes Jahr weiter vergrößert. Wie aus dem aktuellen Datenreport des Bundesinstituts für Berufsbildung hervorgeht, besaß 2022 jeder dritte Ausländer in der Bundesrepublik keine abgeschlossene Berufsausbildung, wohingegen dies nur auf jeden zehnten Deutschen zutraf. Besonders hoch war die Quote der Ungelernten bei den türkischen Staatsangehörigen mit oder ohne parallelen deutschen Pass. Von diesen verfügen 41,6 Prozent über keinen erlernten Beruf. Von den Ausländern zwischen 20 und 34 Jahren standen 35 Prozent in einem Ausbildungsverhältnis. Bei den Deutschen lag der entsprechende Anteil bei fast 53 Prozent. In der Ausbildung befindliche Ausländer gaben öfter auf. 35 Prozent Abbrechern unter Nichtdeutschen standen 25,5 Prozent unter Deutschen gegenüber. **W.K.**

Zunahme der Schimmelfälle

Berlin – Nachdem die Bundesregierung im Herbst des vorigen Jahres dazu aufgerufen hatte, im Winter 2022/23 weniger zu heizen, um Energie und damit Kosten zu sparen, ging der Verbrauch laut einer Mitteilung des Vergleichsportals Check 24 um etwa ein Fünftel zurück. Von einer negativen Folge berichtet die Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft, die seit 1892 existiert und rund 7000 Wohnungen in der Bundeshauptstadt vermietet. In der aktuellen Ausgabe ihrer Mitgliederzeitschrift steht zu lesen: „In diesem Winter hatten wir es leider mit unverhältnismäßig vielen Fällen einer Schimmelbildung in den Wohnungen zu tun.“ Konkret sollen 235 Schimmelpilzbeseitigungen beauftragt worden sein, was einen Anstieg um 57 Prozent gegenüber der vorhergehenden Heizperiode bedeutet. Die daraus resultierenden Kosten lagen nach Auskunft der Genossenschaft bislang bei 63.000 Euro. **W.K.**

Studie zu Polizeigewalt

Frankfurt – Fälle von Polizeigewalt werden in Deutschland nur unzureichend untersucht. Dies behaupten zumindest die Autoren des diesen Monat erschienenen Buches „Gewalt im Amt“. Sie gehören dem Forschungsprojekt „Körperversetzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ an und zählen damit zum Umfeld der „Polizeikritiker“. Für ihre Analyse haben sie 3330 Betroffene befragt. Das Forschungsteam weist in der Zusammenfassung darauf hin, dass es sich in der Studie auf Handlungen bezieht, „die aus Perspektive der sie bewertenden Personen die Grenzen des Akzeptablen überschritten haben“. Das bedeute nicht zwangsläufig, dass die Gewalt auch als rechtswidrig eingestuft werde. Von den 2790 Anzeigen gegen Polizisten würden mehr als neun Zehntel eingestellt, lediglich in zwei Prozent würden Anklagen erhoben. Das Fazit der Autoren lautet, Betroffene von Polizeigewalt hätten im deutschen Rechtssystem kaum Chancen auf Gerechtigkeit. **P.E.**



Das Lebewesen hat die schwächere Lobby: Ein Vogel in seinem Nest vor Windkraftträgern

Foto: action press

ENERGIEWENDE

Artenschutz unterminiert

Unseliges Zusammenwirken von Umwelt-, Wirtschafts- und Finanzministerium

VON WOLFGANG KAUFMANN

In ihrem Koalitionsvertrag verpflichteten sich die Ampelparteien unter anderem dazu, die Energiewende „ohne den Abbau von ökologischen Schutzstandards zu forcieren“. In der Praxis hingegen drückte das grün geführte Wirtschaftsministerium eine ganze Reihe von Gesetzen durch, die den Natur- und Artenschutz unterminierten. So dürfen Windräder nun beispielsweise deutlich dichter an den Brutplätzen seltener Vogelarten stehen als bisher. Auf diese Weise gefährdet die hektisch vorangetriebene Energiewende das Überleben dieser Tiere.

Um die Kritiker an der grünen Basis und in den Naturschutzverbänden zu besänftigen, wurden im Gegenzug nationa-

le Artenhilfsprogramme aufgelegt, welche die ebenfalls grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke zum Jubeln brachten: Es sei gelungen, „den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien mit höchsten ökologischen Standards zu verbinden... Wir gehen damit bei der Bekämpfung der doppelten ökologischen Krise, der Klimakrise und dem Artensterben, entschlossen voran.“

Kritik seitens des NABU

Zunächst hoffte Lemke auf Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro. Tatsächlich jedoch fiel das Budget für die Artenhilfsprogramme sehr viel kleiner aus. Die Ampel einigte sich darauf, 25 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen – ab 2025. Doch selbst dieser Tropfen auf den

heißen Stein bleibt eine Illusion. Wie nun aus dem Bundesumweltministerium bekannt wurde, will Lemke die Summe der jährlichen Zuweisungen auf 13,8 Millionen Euro reduzieren und somit fast halbarieren.

Und die Anhebung der Mittel für den für die Finanzierung des Erhalts der „Biodiversität“ mitzuständigen Bundesnaturschutzfonds auf 139 Millionen bis zum Jahre 2026 ist vom Tisch. Stattdessen soll er 2024 nur noch 108 statt der derzeit 118 Millionen Euro erhalten.

Der geplante finanzielle Kahlschlag bei Maßnahmen zum Aufhalten des Artensterbens infolge des Ausbaus der Erneuerbaren Energien resultiert aus Sparvorgaben seitens des FDP-geführten Finanzministeriums. Allerdings liegt es in der Verantwortung von Lemke, an wel-

cher Stelle sie in ihrem Ressort den Rotstift ansetzt.

Nach Bekanntwerden der drohenden Kürzungen machte sich unter den Experten Entsetzen breit. So sagte Martin Flade, der Chef des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin: „Mit einer so drastischen Reduzierung der Mittel wird es unmöglich, die Folgen der Energiewende abzupuffern oder auszugleichen, das ist ganz einfach nicht mehr zu schaffen.“

Genauso sieht dies auch der Geschäftsführer des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), Leif Miller: Die Streichungen „verschärfen die Situation“, denn selbst mit den bislang „geplanten Budgets“ könnten „nicht mal die Schäden ausgeglichen werden ..., die durch den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien entstehen“.

Kritik seitens der grünen Basis

Darüber hinaus rumort es auch in Lemkes Partei. Dort fühlt man sich sowohl vom Umwelt- als auch dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium getäuscht. „Die Artenhilfsprogramme etwa für Vögel oder für Fledermäuse waren ein Instrument, um den Ausbau der Windenergie und den Naturschutz zusammenzubringen“, konstatierte Jan-Niclas Gesenhues, naturschutzpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag. Und sein Parteifreund, der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt und Naturschutz, Harald Ebner, fügte hinzu: „Kürzungen ausgerechnet bei Naturschutzmitteln und Artenhilfsprogrammen angesichts des dramatischen Artensterbens wären ein fatales Signal.“

In Reaktion auf die Pläne des Umweltministeriums unterzeichneten zahlreiche Natur- und Artenschützer ein Protestschreiben, in dem es heißt: „Die Grünepolitik schützt in der Praxis oftmals weder konsequent das Klima noch setzt sie wirksamen Naturschutz durch. Nicht selten wird beides auch parteiintern gegeneinander ausgespielt.“ Und Flade brachte den Entwurf für eine „Naturschutzoffensive bei den Grünen“ in Umlauf, in dem er eingangs die „immer breiter werdende Spur der Verwüstung“ in der Natur anprangerte.

Noch einen Schritt weiter ging der NABU. Der wandte sich jetzt direkt an die EU-Kommission, um sie „über systematische Verstöße Deutschlands gegen EU-Naturschutzrecht in Kenntnis zu setzen“. Dem folgte die Forderung an die Kommission, „für die Umsetzung geltenden Rechts auch beim Ausbau der Windenergie in Deutschland“ zu sorgen.

Nun bleibt abzuwarten, welche Folgen diese Initiativen haben werden. Eine Rücknahme der Sparpläne Lemkes dürfte aber wohl nicht mehr ausreichen, um die Wogen zu glätten.

NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND

Rolle der Inlandsgeheimdienste nach wie vor unklar

Ungereimtheiten vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages

Der seit Mai 2022 tagende zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages versucht nach wie vor die Hintergründe der Morde an fünf Immigranten aufzuklären, die zwischen September 2000 und Juni 2005 von den Thüringern Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Nürnberg und München begangen worden sein sollen. Dabei kam es während der letzten Sitzungen immer wieder zu bizarren Szenen, weil geladene Zeugen die Aussage verweigerten oder das parlamentarische Gremium mit Beleidigungen bombardierten.

Letzteres passierte vor allem im Zuge der Befragung des ehemaligen V-Mannes Kai D., bei dem bis heute unklar ist, ob er ein bezahlter Spitzel innerhalb der rechtsextremen Szene oder fester Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Verfas-

sungsschutz war. Auf jeden Fall erhielt D. nur eine beschränkte Aussagegenehmigung seitens des Inlandsgeheimdienstes und des Innenministeriums in München. Auskünfte zu seinen Aufträgen und der erhaltenen Bezahlung darf er ausschließlich in nichtöffentlichen Sitzungen geben, und die Details seiner Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden unterliegen gänzlich der Schweigepflicht.

D. beschimpfte den Ausschussvorsitzenden Toni Schuberl (Grünen) unter anderem mit den Worten: „Sie sind hier ein ganz übler Schirmträger und Steigbügelhalter.“ Dazu kam der Vorwurf, Schuberl lüge. Gleichzeitig weigerte sich D., auf konkrete Fragen zu antworten. Der frühere V-Mann äußerte lediglich, dass er nach dem Fall der Mauer von Bayern nach Thüringen gewechselt sei, um die aggressive

NS-Szene im Osten der Republik zu mäßigen und die Zahl der gewalttätigen Übergriffe einzudämmen. Darüber hinaus habe es noch einen weiteren Grund für seine Entsendung gegeben, über den er aber nicht sprechen könne, weil er unter die geheim zu haltende „nachrichtendienstliche Strategie“ falle.

Mehr will der Zeuge nicht sagen

Deutlich weniger provokant trat hingegen der Zeuge Mike T. auf, der Mundlos und Böhnhardt sowie deren Vertraute Beate Zschäpe seit frühester Jugend kannte und ebenfalls lange in rechtsextremen Kreisen aktiv gewesen war. Er gab ausweichend zu Protokoll: „Die Rolle, die Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zugesprochen wird, ist nicht ganz korrekt. Sie stufen diese drei zu hoch ein und ermitteln in die

falsche Richtung. Mehr sag' ich nicht.“ Daraufhin fragte Schuberl den Zeugen, ob sein Schweigen aus der Furcht vor Vergeltungsaktionen früherer Gesinnungsgenossen resultiere. Hierauf antwortete der NS-Aussteiger: „Ich habe nicht nur Angst vor Leuten in der Szene. Der Verfassungsschutz und der Staatsschutz spielen eine ganz wichtige Rolle.“

Vor dem Hintergrund dieser Äußerung erinnern Beobachter der Tätigkeit des Ausschusses nun an die Protokolle des baden-württembergischen Landeskriminalamtes vom November 2011, in dem Nachgang zu Besprechungen mit Beamten der Polizeidirektion Gotha entstanden. Darin heißt es beispielsweise: „Das Trio oder ein Teil war nah an den Verfassungsschutz oder den Staatsschutz angebunden, hatte mit denen zu tun, was auch immer.“ **W.K.**

ILLEGALE EINWANDERUNG

Ruf nach Grenzkontrollen wird lauter

Schleierfahndung bringt nichts – Landesinnenminister appellieren an Nancy Faeser (SPD)

VON HERMANN MÜLLER

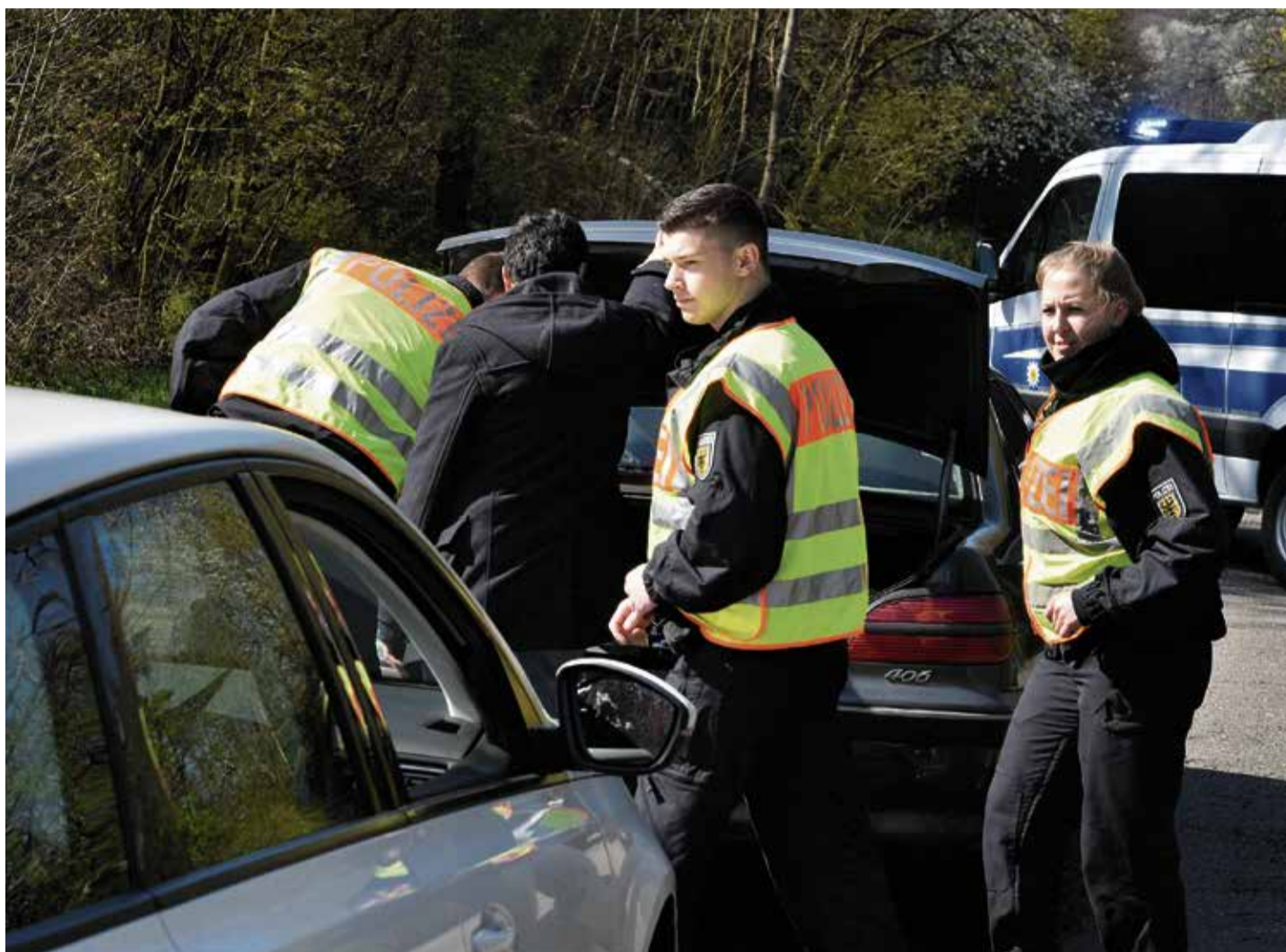
Mit Wirkung zum 12. Mai hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Grenzkontrollen zu Österreich um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Zur Begründung verwies Faeser gegenüber der EU-Kommission darauf, dass im Jahr 2022 ein Höchstwert der irregulären Immigration an den EU-Außengrenzen seit 2016 festgestellt worden sei. Deutschland sei auch im vergangenen Jahr wieder Hauptzielland in Europa gewesen, so Faeser.

Inzwischen wächst der Druck in mehreren Bundesländern, es nicht bei Kontrollen an der Grenze zwischen Bayern und Österreich zu belassen. Längst haben sich nämlich weitere Haupttrouten zur illegalen Einreise nach Deutschland etabliert. Noch im Vorfeld des „Flüchtlingsgipfels“ der Bundesregierung hatten Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl und Migrationsministerin Marion Gentges (beide CDU) stationäre Kontrollen an der Grenze zur Schweiz gefordert.

Fast zeitgleich schickten Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen und sein sächsischer Amtskollege Armin Schuster (beide CDU) ein gemeinsames Schreiben an Faeser, in dem sie stationäre Kontrollen an ihren Landesgrenzen zu Polen und Tschechien fordern. Die beiden Innenminister erklärten: „Die Zuzugszahlen aus irregulärer Migration steigen nahezu unbremst. Sollte sich diese Entwicklung im laufenden Jahr so fortsetzen, werden die höchsten Zahlen seit 2015/16 erreicht.“

Illegale Einreise wird nicht geahndet

Es sind vor allem Syrer und Afghanen, welche die Route über Weißrussland und Polen zur illegalen Einreise nach Brandenburg, Sachsen und Vorpommern nutzen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die bisher angewandten Mittel diese unerlaubten Einreisen nicht verhindern. Die Bundespolizei setzt bislang vor allem auf Schleierfahndungen im grenznahen Bereich. Dabei gelingt es gelegentlich, Schleuser dingfest zu machen, die Flut illegaler Einwanderer lässt sich mit den Schleierfahndungen jedoch nicht aufhalten. Greift die Polizei Personen auf, die mutmaßlich illegal ins Land gekommen



Kann illegale Einreise nicht verhindern: Schleierfahndung im grenznahen Bereich, hier im Saaland

Foto: Ullstein

sind, dann müssen diese Ausländer kaum strafrechtliche Konsequenzen fürchten. Eigentlich stellt die unerlaubte Einreise eine Straftat dar, die mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe geahndet werden kann. Die Praxis sieht allerdings anders aus.

Mutmaßlich illegal Eingereiste erhalten nach ihrem Aufgreifen von der Bundespolizei sogenannte Anlaufscheine, mit denen sie sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung melden sollen. Parallel leitet die Polizei zwar auch ein Verfahren wegen illegaler Einreise ein, dieses wird jedoch regelmäßig wieder eingestellt, sobald der Immigrant einen Asylantrag gestellt hat. Selbst wenn sich letztendlich der Asylantrag als unbegründet herausstellt, bleibt es im Normalfall dabei, dass die illegale Einreise nicht geahndet wird.

Das konkrete Beispiel der Grenze von Bayern und Österreich zeigt, dass sich mit stationären Kontrollen die illegale Einwanderung zumindest vermindern lässt.

Direkt an der Grenze kann die Bundespolizei illegale Einwanderungsversuche per Zurückweisung unterbinden. Ganz im Einklang mit der Asylregelung im Grundgesetz können die Beamten davon ausgehen, dass Ausländer bereits Gelegenheit hatten, in einem sogenannten sicheren Drittstaat einen Asylantrag zu stellen. Wie aus der Polizeilichen Eingangsstistik der Bundespolizei hervorgeht, sind allein im Jahr 2022 an den deutschen Grenzen 25.538 Personen zurückgewiesen worden. Die Kontrollen an der Grenze zu Österreich hatten daran einen starken Anteil. Dementsprechend steigen könnten die Zurückweisungszahlen, wenn die stationären Kontrollen auf andere Haupt-routen illegaler Einwanderung ausgeweitet würden.

Grüne stellen sich weiter quer

Vor dem Hintergrund wachsender Probleme bei der Unterbringung weiterer Asylbewerber ist es nun Brandenburgs Innen-

minister Stübgen, der möglichst schnell stationäre Kontrollen an der östlichen Landesgrenze haben will. Stübgen riskiert damit erneut einen Krach mit den Grünen, die als Koalitionspartner die Kontrollen vehement ablehnen.

Brandenburgs Innenminister kann bei seiner Forderung jedoch auf eine zunehmend brisanter werdende Lage im Land verweisen: „Gerade die Errichtung neuer Unterkünfte in Kommunen stößt auf immer stärkeren Widerstand sowohl der Bevölkerung als auch der kommunalen Ebene“, mahnt Stübgen. Tatsächlich melden Brandenburgs Landkreise und Kommunen nach der Aufnahme Tausender Ukraine-Flüchtlinge wachsende Schwierigkeiten, überhaupt noch weitere Unterkünfte für immer mehr Asylbewerber bereitstellen zu können. In Orten wie Bad-Freienwalde, Lübben, Mittenwalde oder Wandlitz regt sich zudem bei Bürgern immer öfter Widerstand, sobald Pläne für neue Asylunterkünfte bekannt werden.

KLIMA-EXTREMISTEN

Juristen streiten über „Letzte Generation“

Kriminelle Vereinigung oder nicht? Ein „Ja“ auf diese Frage hätte ernste Konsequenzen für die Mitglieder

Berlins neue Justizsenatorin Felor Badenberg (parteilos, von der CDU vorgeschlagen) lässt prüfen, ob es sich bei der Gruppe „Letzte Generation“ um eine kriminelle Vereinigung handelt. Die Staatsanwaltschaft Berlin hält entsprechende Ermittlungen bislang nicht für gerechtfertigt: „Für diese Idee einer kriminellen Vereinigung muss das Ganze eben schon terroristisch sein, mit einer gewissen Erheblichkeit ausgestattet sein“, so der Sprecher der Staatsanwaltschaften, Oberstaatsanwalt Sebastian Büchner.

Im benachbarten Brandenburg hingegen hat die Staatsanwaltschaft Neuruppin bereits vergangenes Jahr Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie wegen Störung öffentlicher Betriebe aufgenommen. Hintergrund der Ermittlungen

waren unter anderem Attacken von Klima-Aktivisten seit April 2022 auf Anlagen der Raffinerie PCK Schwedt. Unterstützter der „Letzten Generation“ hatten zudem im Potsdamer Museum Palais Barberini ein Monet-Gemälde mit Kartoffelbrei beschmiert und waren auch in den Sicherheitsbereich des Flughafens BER eingedrungen, sodass der Flugverkehr unterbrochen werden musste.

Hürden des Strafrechts sind hoch

Im Zusammenhang mit ihren Ermittlungen hatte die Staatsanwaltschaft Neuruppin im Dezember 2022 bundesweit Hausdurchsuchungen durchführen lassen. Eine Beschwerde wegen dieser Großrazzia ist vom Landgericht Potsdam abgewiesen worden. Das Landgericht bestätigte ebenfalls einen Anfangsverdacht, dass es sich

bei der „Letzten Generation“ um eine kriminelle Vereinigung handeln könnte.

Zumindest Teile der Landesregierung in Potsdam teilen diese Sichtweise. Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) sagte: „Man kann der Argumentation des Landgerichts Potsdam in Teilen durchaus folgen.“ Er fügte hinzu: „Es gibt eine Organisation, die dahinter steht, und es gibt eine Verabredung zur Begehung von Straftaten.“ Auch aus Sicht von Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen spricht vieles dafür, „dass wir es bei der Gruppe Letzte Generation mit einer kriminellen Vereinigung zu tun haben“. Der CDU-Politiker kommt zu dem Schluss: Die Klimaschutz-Aktivisten seien organisiert, trainierten gemeinsam und verabredeten sich zu „kriminellen Aktionen“. Laut Stübgen teilt Brandenburgs Justizministerin Su-

sanne Hoffmann (CDU) seine Bewertung der „Letzten Generation“. Die Ministerin wies inzwischen auf die Folgen hin, sollte sich der Anfangsverdacht am Ende rechtskräftig bestätigen: „Für die rechtliche Bewertung einer kriminellen Vereinigung würde es bedeuten, dass an sich die Mitgliedschaft in dieser Gruppe – also Forderungs- und Beihilfehandlungen – dann strafbar wäre.“

Die Hürden, die das Strafrecht setzt, bis von einer „kriminellen Vereinigung“ gesprochen werden kann, sind allerdings beträchtlich. So reicht allein die Tatsache, dass Straftaten begangen werden, nicht aus. Nachweisen müsste die Staatsanwaltschaft Neuruppin unter anderem, dass bereits mit Gründung und Aufbau der „Letzten Generation“ das Ziel verfolgt wurde, Straftaten zu verüben. H.M.

● KOLUMNE

Wegners Trick

VON VERA LENGSEFELD

Die Stellungnahme des neuen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner (CDU), schlug ein wie eine Bombe. Er sprach sich gegen das Gendern in der Verwaltung aus. Er wolle so schreiben, wie er es in der Schule gelernt habe. Aber ach, da kreiste ein Berg und gebar ein Mäuslein. Ganz schnell wurde klar, dass sich in der Verwaltung nichts ändern würde, denn eine Rücknahme der Verordnung, dass die Texte der Ämter gegendert werden müssen, soll es nicht geben.

Jeder, so Wegner, solle sprechen, wie er wolle. Der Unterschied, ob sich eine Einzelperson für oder gegen Gendern entscheidet, oder ob die Verwaltung per Verordnung gezwungen wird, das zu tun, ist ihm nicht klar. Wegner hat mal kurz rechts geblinkt, ist aber nach links abgebogen – indem er klar macht, dass er nicht daran denkt, linke Dogmen zu schleifen. Prompt hatte seine Vorgängerin Franziska Giffey (SPD) getwittert: „Eine leicht verständliche und inklusive Sprache ist kein Widerspruch, sondern unser Anspruch. Denn Sprache macht Denken und die Position der SPD ist klar.“

Dass die Bevölkerung zu zwei Dritteln das Gendern ablehnt und die „leichte Sprache“ nicht nur unsere reiche Muttersprache ruiniert, ist Giffey egal. Der Teufel steckt in einem Detail, das Giffey in aller Einfalt erwähnt hat. „Sprache macht Denken“ ist eine einfache Abwandlung des Marxschen Satzes, dass die Sprache die Wirklichkeit der Gedanken sei. Wenn bestimmte Begriffe unter Kuratel gestellt werden, können sie bald nicht mehr gedacht werden und verschwinden aus dem allgemeinen Gebrauch. Beim Gendern und der „einfachen Sprache“ handelt es sich um eine perfide Methode, die Gedanken zu kontrollieren. Bei Giffeyes „moderner Gesellschaft“ handelt es sich um ein Gebilde, in dem Untertanen widerspruchslos staatlichen Anweisungen folgen.

● MELDUNG

Erstaufnahme Tegel bleibt

Berlin – Weil andere Unterkunftsplätze fehlen, wird das Ukraine-Ankunftszentrum in Berlin-Tegel deutlich länger in Betrieb bleiben als geplant. Ursprünglich war vorgesehen, das Ankunftszentrum auf dem ehemaligen Flughafengelände in diesem Sommer wieder zu schließen. Berlins Integrationsministerin Cansel Kiziltepe (SPD) erklärte auf einer Senatspressekonferenz nun allerdings, dass sie mit der weiteren Nutzung des Zentrums „bis Ende des Jahres und auch darüber hinaus“ rechne. Eigentlich war die Einrichtung auch nur als reines Ankunfts- und Verteilzentrum für ukrainische Flüchtlinge gedacht. Mittlerweile bleiben die Flüchtlinge aber im Schnitt vier Monate im ehemaligen Flughafengebäude, bis sie in andere Unterkünfte umziehen können. Die anlässlich des „Flüchtlingsgipfels“ gegebene Unterstützungszusage des Bundes an Berlin über 50 Millionen Euro bezeichnete Senatorin Kiziltepe als erfreulich, allerdings sei das Geld nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“. H.M.

● MELDUNGEN

USA erwägen
Korea-Lösung

Washington – Laut der US-Tageszeitung „Politico“ diskutiert die US-Regierung über eine Lösung des Ukraine-Konflikts. Sie habe über eine Demarkationslinie gesprochen, die Russland und die Ukraine nicht übertreten sollen. Als Beispiel wurde der eingefrorene Konflikt zwischen Nord- und Südkorea genannt. Die Möglichkeit, dass der Ukraine-Krieg von keiner Seite zu gewinnen ist und in einen eingefrorenen Konflikt münden könnte, ist von US-Experten immer häufiger zu hören. Dieser Fall, in dem die Kämpfe eingestellt werden, ohne dass eine Seite zum Sieger erklärt würde, könnte sowohl für die Ukraine als auch für die USA und alle anderen Unterstützer Kiews eine annehmbare Lösung sein. Russland und die Ukraine müssten sich verpflichten, die Demarkationslinie nicht zu übertreten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj glaubt jedoch nach wie vor an einen Sieg der Ukraine. **MRK**

Ausrottung
durch KI?

Montreal – Die im kanadischen Montreal residierende und weltweit tätige Investment-Beratungsfirma BCA Research hat eine Studie veröffentlicht, die zu dem Ergebnis gelangt, dass die Wahrscheinlichkeit der Ausrottung der Menschheit durch Künstliche Intelligenz (KI) bis zum Jahre 2050 bei immerhin der Hälfte liege. Diese Prognose basiert zum einen auf Berechnungen, wie schnell eine KI nach heutigem Kenntnisstand in der Lage sein könnte, sich selbst weiterzuentwickeln und dabei zu dem Schluss kommt, dass der Mensch eine Bedrohung darstelle, die es zu eliminieren gelte. Zum anderen wird auf das sogenannte Fermi-Paradoxon verwiesen, dem zufolge in den unendlichen Weiten des Kosmos doch eigentlich zahllose und uns auch längst bekannte außerirdische Zivilisationen existieren müssten. Dass dies nicht der Fall sei, resultiere möglicherweise aus der Vernichtung der anderen durch selbst geschaffene Künstliche Intelligenzen. **W.K.**

Vertrauen
nimmt ab

New York – Nach Angaben des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF) ist das Vertrauen in die Routine-Impfungen für Kinder während der Impfkampagne zur Beendigung der Corona-Pandemie in 52 von 55 untersuchten Staaten zurückgegangen. Der größte Vertrauensverlust wurde bei unter 35-Jährigen im Allgemeinen und bei Frauen dieser Altersgruppe im Besonderen festgestellt. Besonders stark ist das Misstrauen in den Niederlanden, Russland, Südkorea, Südafrika und Japan ausgeprägt. Während vor zwei Jahren noch 92 Prozent der Südkoreaner das Impfen von Kindern für ratsam hielten, sind es nun nicht einmal mehr fünfzig Prozent. Zu einem Anwachsen des Vertrauens kam es lediglich in der Volksrepublik China, Indien und Mexiko. Die UNESCO-Exekutivdirektorin Catherine Russell führt die Befragungsergebnisse auf „weitverbreitete Desinformationen“ über die Corona-Vakzine zurück. **W.K.**

GEORGIEN

Zwischen allen Fronten

Streit um Wiederaufnahme des Flugverkehrs mit Russland – Mehrheit der Bürger wünscht EU-Beitritt

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Wiederaufnahme des direkten Flugverkehrs zwischen Moskau und Tiflis hat die georgische Gesellschaft weiter gespalten. Einige Hundert Menschen demonstrierten vor dem Flughafengelände in Tiflis, als dort die erste Maschine aus Russland landete. Protestplakate trugen die Aufschrift „Ihr seid hier nicht willkommen.“ Kurz zuvor hatte Wladimir Putin das seit 2019 bestehende Flugverbot nach Georgien wie auch die Visumpflicht für georgische Bürger aufgehoben.

Ähnlich wie das Volk in ein pro- und ein anti-russisches Lager geteilt ist, zeigen sich auch Staatspräsidentin und Regierung uneins über den Umgang mit Russland. Während Präsidentin Salome Surabischwili eine EU-freundliche Politik verfolgt und in Putins Erlass eine Provokation sieht, begrüßt Ministerpräsident Irakli Garibaschwili die Wiederaufnahme des Flugverkehrs, in der Hoffnung, dass er sich positiv auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes auswirken werde. Georgiens Wirtschaftsminister Lewan Dawitaschwili beziffert die möglichen Einnahmen auf umgerechnet

277 bis 370 Millionen Euro. Der Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle, wie auch auf der diesjährigen Messe ITB in Berlin deutlich wurde, bei der Georgien Partnerland war. In diesem Jahr hat der Touristenstrom nicht nur aus Russland, sondern auch aus dem benachbarten Aserbaidschan zugenommen. Im Westen wirbt Georgien vor allem mit seiner Gastfreundschaft.

Putin begründete seinen Schritt damit, dass in Russland mehrere Hunderttausend ethnische Georgier leben. Ihnen solle der Weg in die Heimat erleichtert werden. Kritiker glauben jedoch, dass er auf seine eigenen Bürger abzielt, die in den Kaukasus geflohen sind, um der Einberufung in den Ukraine-Krieg zu entgehen. Unter ihnen befinden sich zahlreiche junge Spezialisten, die zu Hause dringend gebraucht werden.

Die Mehrheit der Georgier sieht Russland jedoch als die „größte Bedrohung“ und wünscht sich einen baldigen EU-Beitritt. Viele Medien schüren die Angst vor einer russischen Invasion und dem Verlust der Unabhängigkeit. Die Erinnerung an den Kaukasuskrieg von 2008 ist in der Bevölkerung noch präsent. Georgien verlor gegen Russland den Kampf um die abtrünnigen georgischen Regionen Südossetien

und Abchasien. Anschließend erkannte Moskau deren Unabhängigkeit an. Seitdem stehen sie unter russischer Kontrolle. Soldaten der russischen Armee sind dort stationiert. Obwohl Georgien seit 2004 mit der NATO zusammenarbeitet, schritt der Westen 2008 nicht ein, um die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland nicht zu gefährden.

Drohungen seitens EU und USA

Schon kurz nach Bekanntwerden von Putins Plänen erhielt die georgische Regierung Sanktionsandrohungen aus dem Westen. Brüssel mahnte an, dass Georgien, wenn es den Status eines EU-Kandidaten beanspruche, die antirussischen Sanktionen einhalten müsse. Auch das US-Außenministerium kritisierte Tiflis scharf. Auf die Kritik der EU entgegnete Garibaschwili, dass diese weiterhin Handel mit Russland betriebe, während Georgien aufgefordert werde, dies nicht zu tun. Tiflis argumentiert zudem damit, dass die Fluggesellschaft Azimuth, welche die Route Moskau-Tiflis bedienen soll, von den Sanktionen ausgeschlossen sei.

Obwohl Russland einen Teil georgischer Territoriums besetzt hält, ist es im-

mer noch einer der größten Außenhandelspartner des Landes. Laut Garibaschwili beläuft sich der Handel Georgiens mit Russland auf etwa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr. In ihren Aussagen halten die Politiker beider Lager an dem Westkurs des Landes fest.

Sowohl die EU als auch die USA lassen Tiflis allerdings regelmäßig auflaufen. Nach 2008 wurde den Georgiern immer wieder ein NATO-Beitritt in Aussicht gestellt, jedoch ohne konkrete Zeitangabe. Will man sich mit Georgien einen möglichen Stützpunkt im Südkaukasus sichern? Offenbar scheuen die Verantwortlichen jedoch weitere Konfrontationen in der Region.

Nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte, stellte Georgien 2022 gemeinsam mit Moldau einen Antrag auf Aufnahme in die EU. Nun wartet die Kaukasusrepublik auf die Entscheidung der EU-Kommission über den Status eines Beitrittskandidaten und hofft, dass diese bis zum Jahresende fällt. Im Juni stellte der Europäische Rat Tiflis zwölf Bedingungen, die zunächst erfüllt sein müssen, darunter die Ent-Oligarchisierung, die Verbesserung des Medienumfelds sowie die volle Unabhängigkeit der Justiz. Die Ukraine und Moldau erhielten bereits den Kandidatenstatus. Diese Benachteiligung erfüllte Tiflis mit unverhohlenem Groll, zumal die Regierung im Laufe des vergangenen Jahres mehr als 80 Gesetze überarbeitet hatte.

Russlandkritische Georgier befürchten, dass Moskau den Konflikt mit Brüssel und Washington schamlos ausnutzen wird. EU- und NATO-Beitritte ehemaliger Sowjetrepubliken sind Putin ein Dorn im Auge. Putin, den viele als das Böse schlechthin sehen, werde versuchen, Georgien enger an sich zu binden. Zum Beispiel, indem Georgien gedrängt wird, sich aktiv an der Kooperationsplattform „3 + 3“ (eine Allianz zwischen Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie Iran, Russland und der Türkei) zu beteiligen.

Die aktuelle Situation Georgiens ist ein weiteres Lehrstück dafür, wie die ehemaligen Sowjetrepubliken als Spielbälle der geopolitischen Interessen der Mächte missbraucht werden. Vor dem Hintergrund des Beispiels Ukraine scheint die Sorge der Bürger mehr als berechtigt.



Vergangenes Wochenende am Flughafen Tiflis: Ein Großaufgebot der Polizei geht gegen Anti-Russland-Demonstranten vor

USA

Ron DeSantis wird zum Feindbild der „Woken“

Floridas Gouverneur scheut nicht einmal die öffentliche Auseinandersetzung mit Disney

Noch hat Ron DeSantis gar nicht erklärt, dass er die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Amerika anstrebt. Doch schon jetzt ist der konservative Gouverneur des Bundesstaats Florida ein Schreckgespenst der westlichen Eliten. Unlängst mussten sich mehrere CSU-Politiker, darunter der frühere Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, erklären, die DeSantis einen Besuch abstatteten. „Wenn die Politik von DeSantis ein Vorbild für die CSU ist, dann gute Nacht“, polterte der „Queer-Beauftragte“ der Bundesregierung, Sven Lehmann (Grüne): „Der Rechtsaußen-Politiker führt in Florida einen Kulturkampf gegen Frauen und gegen Lesben, Schwule und transgeschlechtliche Menschen. Seine Gesetze sind eine akute Bedrohung für Minderheiten.“ Potentielle Besucher dürften sich die Reise künftig noch gründlicher überlegen, denn

DeSantis, von dem es heißt, er wolle republikanischer Präsidentschaftskandidat werden, mausert sich mehr und mehr zum Feindbild der „Woken“.

In der vergangenen Woche unterzeichnete der rechtskonservative Gouverneur ein Gesetz, das öffentlichen Hochschulen verbietet, Programme für „Diversität, Gleichstellung und Inklusion“ (DEI) umzusetzen. Laut DeSantis stehen diese Programme für „Diskriminierung, Ausschluss und Indoktrination“ und haben an den öffentlichen Institutionen des Bundesstaates keinen Platz. Öffentliche Hochschulen dürfen keine öffentlichen Gelder mehr für DEI-Programme ausgeben und die Behandlung von Gendertheorien und der Critical Race Theory über Rassismus in den USA ist in Pflicht-Hochschulkursen künftig untersagt. „Das hat keinen Platz an unseren öffentlichen Ins-

titutionen“, sagte DeSantis. „Das ganze Experiment mit DEI endet im Bundesstaat Florida.“

In Umfragen liegt DeSantis hinter Ex-Präsident Donald Trump auf dem zweiten Platz, wenn auch mit sehr großem Abstand. Aufgrund seines rigiden Kurses gegen Zeitgeist-Experimente wird der 44-Jährige immer populärer. Programme wie DEI hat er seit Längerem kritisiert. Gegen diese führte er ins Feld, sie würden Spaltungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht überwinden, sondern verstärken.

Seit Monaten liefert sich DeSantis eine öffentliche Fehde mit dem Hollywood-Riesen Disney. Der Konzern hatte DeSantis' Verbot, in Floridas Grundschulen sexuelle Orientierung und Transgenderfragen zu behandeln, öffentlich kritisiert. Daraufhin hatte der Gouverneur Disney

als Hochburg der „Wokeness“ verspottet und angekündigt, vor allem steuerrechtliche Sonderregelungen des Konzerns zu kappen. Wohlmeinende Begleiter aus dem Umfeld DeSantis' fürchten allerdings, der 44-Jährige könne sich verrennen. „Die Disney-Fehde droht seine mögliche Präsidentschaftskandidatur zu gefährden“, glaubt der Politikwissenschaftler Julian Zelizer: „Das lässt ihn mehr und mehr wie einen Rechtsaußen-Kulturkrieger aussehen, und nicht mehr wie einen gemäßigten Trump-Republikaner mit Präsidentschaftsambitionen.“

Auch DeSantis' Idee, neben dem Disney-Vergnügungspark ein Gefängnis zu bauen, wird kritisiert. „Das ist vielleicht nicht die beste Idee“, sagte sein republikanischer Parteifreund und Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy.

Peter Entinger

VON PETER ENTINGER

Die Resultate sind erschreckend. Jeder vierte Viertklässler in Deutschland kann einer Studie zufolge nicht richtig lesen. Wie aus der vorletzten Dienstag in Berlin vorgestellten Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) hervorgeht, erreicht ein Viertel der Kinder in dieser Altersstufe nicht das Mindestniveau beim Textverständnis, das für die Anforderungen im weiteren Verlauf der Schulzeit nötig wäre. Bei der letzten IGLU-Erhebung, die Ende 2017 veröffentlicht wurde, lag der Anteil dieser Gruppe noch bei 19 Prozent.

Die IGLU-Tests werden seit 2001 im Fünf-Jahres-Rhythmus durchgeführt. Verantwortlich ist das Institut für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund. Gefördert wird die Untersuchung unter anderem von der Kultusministerkonferenz und dem Bildungsministerium.

Die niederschmetternden Resultate haben Ursachen. „Zu leugnen, dass sie mit der Zuwanderung zusammenhängen, wäre absurd“, kommentierte die Tageszeitung „Die Welt“. 37 Prozent der heutigen Viertklässler haben einen Immigrationshintergrund. Den Studienergebnissen nach kommen viele der Kinder, die schlecht lesen können, aus Familien, die nicht oder nur selten Deutsch sprechen.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass „Bildungsferne über Generationen vererbt wird“. Kinder aus privilegierten Elternhäusern hätten hingegen größere Chancen auf Bildungserfolg als andere. Die Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft seien fatal. Ein Bildungssystem, das massenhaft „Verlierer“ produziere, liefere der einheimischen Wirtschaft nicht die Fachkräfte, die diese dringend benötige. Die Fehler lägen im System und nicht nur in der Tatsache, dass überdurchschnittlich viele Kinder aus Einwanderer-Familien hinten runterfielen.

Auch die Gymnasien schwächeln

Neben den Problemen in der Grundschule gibt es Studien, die zu dem Schluss kommen, dass auch die Inhalte am Gymnasium nicht immer zielführend seien. So ist Wirtschaft im Zentralabitur schwächer verankert als andere Nebenfächer wie Sport oder Chemie. Dies zeigt die Studie „Ökonomische Bildung im Zentralabitur“, die das Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg erstellt hat.

Dieser Mangel könnte langfristig zu einem Standortnachteil werden. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Bildungsleistungen der Bevölkerung, wie sie etwa als Kompetenzen in internationalen Schülertests gemessen werden, der wohl wichtigste Bestimmungsfaktor für das langfristige

volkswirtschaftliche Wachstum sind. Die bekannten PISA-Studien, die seit gut zwei Jahrzehnten von der OECD durchgeführt werden, sowie Daten aus noch früheren Zeiträumen liefern erstaunliche Erkenntnisse. Für die 50 Länder, für die neben den Schülerleistungsdaten auch international vergleichbare Wirtschaftsdaten vorliegen, gilt folgende Schlussfolgerung: Je besser die Leistungen in den PISA-Vorgängertests, desto höher ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf seit 1960.

Hilmar Schneider, Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn, hat schon vor einigen Jahren erklärt: „Die Zeit der harten körperlichen Arbeit ist im Grunde vorbei. Wir verrichten immer mehr geistige Arbeit oder Wissensarbeit.“ Das bedeutet im Umkehr-

schluss, dass es ohne Bildung künftig noch schwieriger wird.

Es wäre unfair, die Schuld nur bei den Kindern zu suchen. Denn die IGLU-Studie zeigt erstaunlicherweise auch, dass die Bildungsmotivation in Deutschland hoch ist.

Erfreulich hohe Bildungsmotivation

Erhoben wurden die Zahlen der aktuellen Auswertung im Jahr 2021, einem Jahr, das noch unter dem Eindruck der Corona-Pandemie stand. Hier wurden die großen Defizite Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich. Digitaler Unterricht war in vielen deutschen Schulen gar nicht oder nur eingeschränkt möglich. Besonders betroffen waren hiervon abermals die Kinder aus eher prekären Verhältnissen.

Doch die Autoren stellen deutlich klar, dass die aktuellen Zahlen nur bedingt mit

der Pandemie zu tun haben. Im 20-Jahre-Trend zeige sich weder eine Verstärkung noch Reduzierung dieses Problems. Es habe sich im Hinblick auf die Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit „praktisch nichts verändert“, so das Fazit der Wissenschaftler.

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) stuft die Ergebnisse als „alarmierend“ ein. „Gut lesen zu können, ist eine der wichtigsten Grundkompetenzen und das Fundament für Bildungserfolg. Die IGLU-Studie zeigt, dass wir dringend eine bildungspolitische Trendwende benötigen“, erklärte sie. Und kann sich im bitteren Fazit der Studienautoren bestätigt finden: „Die betroffenen Kinder müssen dementsprechend mit großen Schwierigkeiten im weiteren Verlauf der Schul- und Berufszeit rechnen.“

INTERNATIONALE GRUNDSCHUL-LESE-UNTERSUCHUNG

Es soll nicht nur an Corona und Zuwanderung liegen

Rund ein Viertel der Viertklässler in Deutschland kann der jüngsten IGLU-Studie zufolge nicht richtig lesen. Das sind sechs Punkte mehr als 2017



Bei der Vorstellung der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) vorletzten Dienstag auf der Bundespressekonferenz in Berlin: Die Leiterin der Studie Nele McElvany von der TU Dortmund, die Präsidentin der Kultusministerkonferenz Katharina Günther-Wünsch und die Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung Sabine Döring (von links)

● MELDUNGEN

Roboter in den Mittelstand

Künzelsau – Der Arbeitskräftemangel veranlasst inzwischen auch kleinere Firmen, mittelständische Betriebe und traditionelle Familienunternehmen, verstärkt auf künstliche Intelligenz (KI) und Roboter zurückzugreifen, um den Menschen als Arbeitskraft zu ersetzen. Einen besonders großen Schritt in diese Richtung hat nun die Würth-Gruppe mit Hauptsitz im baden-württembergischen Künzelsau angekündigt. Bis 2030 sollen drei Viertel aller Arbeitsschritte in der Logistik von Robotern ausgeführt werden. Laut Aussage des Firmensprechers Robert Friedman müsse dies aber nicht zu Entlassungen führen: „Unsere Roboter in der Logistik erhöhen einerseits die Produktivität. Andererseits entlasten sie unsere Mitarbeitenden bei körperlich anstrengenden Tätigkeiten.“ W.K.

Gold-Export über Umwege

New York City – Kurz nach dem Ausbruch des Ukrainekrieges haben die G7-Staaten und die Europäische Union ein Importverbot für russisches Gold verhängt. Das hat jedoch zu keiner nennenswerten Einschränkung der Goldexporte Moskaus geführt. Vielmehr nahm das in Russland geförderte Edelmetall seither nur andere Wege, um zu den Käufern im Westen und in Japan zu gelangen. Aufschlussreiche Details hierzu hat nun das Informationsdienstleistungsunternehmen Bloomberg unter Verweis auf entsprechende Zolldaten veröffentlicht, die über die Plattform ImportGenius einsehbar sind. Seit Beginn der Sanktionen gegen russisches Gold floss dieses verstärkt in die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sowie nach Hongkong, von wo aus es eine Reise rund um die Welt antrat. Als besonders aktive Zwischenhändler fungierten dabei die VPower Finance Security in Hongkong und das Unternehmen Paloma Precious DMCC in Dubai. W.K.

Mehr als ein Drittel teurer

Berlin/Wiesbaden – Die Preise für Nahrungsmittel und für Düngemittel in Deutschland und in der Europäischen Union sind laut Angaben der Bundesregierung im vergangenen Jahr um gut 36 Prozent angestiegen. Dieser Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort. Laut dem Statistischem Bundesamt lagen die Preise im März um über 22 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Als Grund für diese Preissteigerungen nannte die Bundesregierung den Ukrainekrieg. Durchschnittlich haben sich die Preise laut Statistikamt insgesamt um 13,4 Prozent erhöht, wobei sich zwischen den einzelnen Produkten große Unterschiede zeigen. Zu den Inflationstreibern zählen Speisefette und -öle, aber auch Molkereiprodukte und Eier, Fleisch- und Wurstwaren sowie Brot und Getreideerzeugnisse wurden erheblich teurer. Für die Steigerungen seien vor allem die Düngemittelpreise verantwortlich. Deren Preise hingen von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt aber von der Entwicklung der Energiepreise. MRK

VOLKSREPUBLIK CHINA

Verschärfter Kampf gegen die Spionage

Neue Gesetzgebung lässt mit unpräzisen Formulierungen der Exekutive mehr Spielräume

Am 1. Juli soll in der Volksrepublik China ein neu gefasstes Gesetz zur Spionageabwehr in Kraft treten. Es revidiert das bislang geltende Gesetz von 2014, zu dem 2017 detaillierte Durchführungsbestimmungen verabschiedet wurden, denen 2021 eine Reihe von staatlicherseits verordneten „Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung von Spionage“ folgten. Den Kern des alten Gesetzes bildeten Paragraphen, welche die Weitergabe von Staatsgeheimnissen oder Geheimdienstinformationen unter Strafe stellten. Dahingegen heißt es in der von der Nachrichtenagentur Neues China (Xinhua) vorgestellten Neufassung, dass künftig alle „Dokumente, Daten, Materialien und Gegenstände im Zusammenhang mit nationaler Sicherheit und nationalen Interessen“ unter Schutz stünden.

Was konkret unter die beiden Kategorien fällt, wird nicht weiter definiert und bietet damit staatlicher Willkür weiten Raum. Das scheint System zu haben. Es ist aktuelle Praxis des obersten chinesischen Gesetzgebungsorgans, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Rechtsnormen bewusst vage zu halten, um den Behörden maximale Flexibilität bei deren Auslegung einzuräumen. Nun können die Organe der Spionageabwehr bald unter vollkommen willkürlich gehaltenen Begründungen Zugriff auf Daten und elektronische Geräte wie Mobiltelefone und Laptops verlangen sowie auch Informationen über Privateigentum anfordern oder Ausreiseverbote verhängen.

Dies ist ein weiterer Baustein in der Politik von Chinas Staats- und Parteichef

Xi Jinping, unter Hinweis auf eine angeblich immer stärker anwachsende westliche Bedrohung der nationalen Sicherheit oberste Priorität einzuräumen. Dieses Thema steht schon seit Monaten im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit Pekings gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Es ist davon auszugehen, dass das Gesetz die Beziehungen zum Ausland weiter verschlechtern und somit auch die Bemühungen der Regierung konterkarieren wird, ausländische Firmen zu einer Ausweitung ihres Engagements in China zu veranlassen. Denn nun kann bereits harmlose Marktforschung oder das Sammeln von Informationen über chinesische Mitbewerber unter Spionage fallen. Doch nicht nur für Ausländer in der Volksrepublik birgt das Gesetz Gefahren.

So stellt es praktisch alle „Kontakte von Chinesen mit ihren ausländischen Kollegen in der Geschäftswelt, in der Wissenschaft, im Journalismus und auf anderen Feldern unter einen Generalverdacht“, so Thomas Kellogg, der Direktor des Georgetown Center for Asian Law, gegenüber dem „Wall Street Journal“.

Dass die Sicherheitsorgane im Reich der Mitte bei der Anwendung des neuen Gesetzes nicht zimperlich vorgehen werden, legen einige Vorkommnisse der letzten Zeit nahe. Obwohl bis Ende Juni noch die alten, liberaleren Regelungen von 2014 gelten, kam es unlängst zur Verhaftung eines taiwanesischen Verlegers und zur Durchsuchung der Geschäftsräume der US-amerikanischen Beratungsgesellschaft Bain & Company in Schanghai. Wolfgang Kaufmann

KOMMENTARE

Das Gericht als Basar

HERMANN MÜLLER

Bereits als im Jahr 2009 verfahrensbedingende Absprachen in die deutsche Strafprozessordnung eingeführt wurden, warnten Kritiker, die sogenannten Deals würden zu einem Vertrauensverlust in den Rechtsstaat führen. Mit dem Urteil im Prozess zum Juwelenraub aus dem Dresdner Grünen Gewölbe hat diese Diskussion nun neue Nahrung erhalten. Im November 2019 waren aus dem Grünen Gewölbe in Dresden 21 Schmuckstücke mit Diamanten und Brillanten im Gesamtwert von 116,8 Millionen Euro gestohlen worden. Zudem verursachten die Täter über eine Million Euro Schaden, indem sie einen Stromkasten und in der Tiefgarage eines Dresdner Wohnhauses ein Fluchtauto in Brand setzten.

Am 16. Mai verhängte das Landgericht Dresden nun gegen fünf Angeklagte Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren und drei Monaten. Teilweise wurden dabei vorherige Bewährungsstrafen einbezogen. Ein sechster Angeklagter wurde freigesprochen, er hatte für die Tatnacht ein Alibi. Mit dem Urteil setzte das Gericht zugleich auch die Haftbefehle gegen vier Angeklagte unter Meldeauflagen außer Vollzug. Damit konnten diese Verurteilten vom Gerichtsaal nach Hause, gegebenenfalls müssen sie später eine Reststrafe absitzen. Lediglich einem der Angeklagten im Dresdner Juwelenraub verurteilte das Gericht eine Haftverschonung. Der 24-Jährige sitzt wegen des Diebstahls einer Goldmünze aus dem Berliner Bodemuseum nämlich bereits eine Jugendstrafe ab.

Ein Teil der Beute ist zurück

Das Strafmaß für den Jahrhundertraub fiel für die fünf verurteilten jungen Männer aus dem Berliner Remmo-Clan bemerkenswert niedrig aus. Immerhin hat sie das Dresdner Gericht wegen besonders schwerer Brandstiftung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung, Diebstahl mit Waffen, Sachbeschädigung und vorsätzlicher Brandstiftung für schuldig befunden. Allein für schwere Brandstiftung sieht das Gesetz mindestens eine Freiheitsstrafe von einem Jahr vor, die Höchststrafe liegt sogar bei 15 Jahren.

Grundlage des vergleichsweise milden Urteils war ein sogenannter Deal, eine Verständigung zwischen Richter,

Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Vier der Angeklagten hatten vor Gericht zugegeben, an dem Einbruch im Grünen Gewölbe beteiligt gewesen zu sein. Kurz vor Weihnachten 2022 war zudem ein Teil der Beute, 18 teils beschädigte Schmuckstücke, zurückgegeben worden.

Mit Blick auf den Handel sagte Andreas Ziegel, der Vorsitzende Richter am Landgericht Dresden: „Der Kammer war bewusst, dass ohne die Verständigung die als unersetzlich eingeschätzten Schmuckstücke wohl nie ins Grüne Gewölbe zurückkehren würden.“

In der Tat waren mehrere Durchsuchungsaktionen der Ermittler in Berlin erfolglos verlaufen. Die Hoffnungen, dass das Grüne Gewölbe den Sächsischen Staatsschatz jemals zurückhalten würde, waren nach den Durchsuchungen bereits geschwunden.

Ein attraktives Geschäftsmodell

Sehr skeptische Töne zum Deal kamen dagegen aus Berlin: Ralph Knispel, Vorsitzender der Vereinigung Berliner Staatsanwälte, kommentierte mit Blick auf die ausgehandelte Verständigung: „Das der rechtstreuen Bevölkerung zu vermitteln, ist eine schwierige Aufgabe.“ Knispel zeigte sich zudem besorgt, dass vom Dresdner Urteil ein Signal ausgeht, „das sich sehr negativ auswirken kann“. „Das wird solchen Kreisen Auftrieb geben“, so der Oberstaatsanwalt gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb).

Andere Beobachter warnen zudem, dass mit dem Dresdner Urteil Kriminellen eine Idee zur Risikominderung bei Straftaten geliefert worden sei. In der Tat ist ein Teil der Beute aus dem Juwelenraub noch immer verschwunden. Im Zuge der Verständigung zurückgegeben wurden Schmuckstücke, die aus Sicht von Experten wegen ihrer Bekanntheit von den Tätern ohnehin kaum verkauft werden konnten. Besonders wertvolle Stücke wurden von den Tätern nicht zurückgegeben. Mit Blick auf den Ausgang des Dresdner Prozesses könnten Täter auf die Idee kommen, von vornherein einen Teil ihrer Beute als Verhandlungsmasse zu reservieren, falls sie sich für ihren Raub oder Diebstahl vor Gericht verantworten müssen. Dieser Teil der Beute würde dann faktisch eine Art von Versicherungsprämie sein, die im Fall eines Prozesses das Strafmaß senkt.



Der befürchtete Ansturm von Einwanderungswilligen nach dem Auslaufen der Notverordnung (Titel 42), die noch von Präsident Donald Trump 2020 eingeführt worden war, blieb aus: Grenze der USA zu Mexiko bei El Paso am 11. Mai

LEITARTIKEL

Willkommenskultur à la USA

BODO BOST

Seit dem 11. Mai gelten an den USAußengrenzen neue Asylvorschriften, da mit dem Ende der Pandemie die Notverordnung (Titel 42), die noch von Präsident Donald Trump 2020 eingeführt worden war, ausgelaufen ist. Deshalb kam es vorher an der Grenze zwischen den USA und Mexiko zu chaotischen Zuständen, weil die neuen Rechtsvorschriften die Einreise in die USA weiter erschweren werden. Wichtigste Neuerung ist die Abschaffung der Möglichkeit, ohne gültige Papiere einen Asylantrag zu stellen, wie das in Europa immer noch gang und gäbe ist. Zweitens wird jetzt von jedem Asylbewerber verlangt, dass er sich vor dem Aufbruch in die USA digital über eine Plattform des Einwanderungsministeriums bewirbt und dort erfährt, wann und wo er sich registrieren lassen kann, dann allerdings mit einem legalen Einreisetitel.

Wenn künftig Asylsucher ohne Papiere oder eine genehmigte App in die USA einreisen, können sie sofort abgeschoben werden und fünf Jahre lang das Land

nicht mehr betreten. Die neuen Regeln machen es Jedem, der durch ein anderes Land wie Mexiko einreist, extrem schwer, Asyl zu beantragen. Außerdem werden Ausgangssperren mit GPS-Überwachung für Familien eingeführt, die vor der ersten online-Asylprüfung in die USA einreisen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika bringen Ordnung in ihr Asylsystem

Selbst Präsident Joe Biden hat eingeräumt, dass die Situation chaotisch sein könnte. Die Bundesregierung hat zusätzliche 24.000 Beamte und Polizisten an der Grenze mobilisiert.

Ab sofort müssen die potentiellen Migranten ihren Namen, ihr Geburtsdatum und die Details ihrer Reisedokumente registrieren und ein Foto in eine App na-

mens CBP One hochladen. Die App kann auch den Standort und die Gerätedaten der Asylsucher aufzeichnen. Veraltete Mobiltelefone machen das Verfahren schwierig. Noch schwieriger ist es für diejenigen, deren Mobiltelefone auf dem Weg in die USA kaputt gegangen oder gestohlen worden sind. Die neuen Maßnahmen schließen unter anderem alle nicht-mexikanischen Migranten von der Gewährung von Asyl aus, die an der südlichen US-Grenze ankommen, ohne zuvor in mindestens einem der Länder, die sie auf ihrer Reise durchquert haben, erfolglos Asyl beantragt zu haben. Um Asyl zu beantragen, müssen sich die Menschen nicht physisch in den Vereinigten Staaten aufhalten – allerdings müssen sie zunächst einen Termin über eine Telefon-App der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP One) vereinbaren, die mit einer Gesichtserkennungstechnologie versehen ist. Die Einführung der App setzt unter anderem voraus, dass die Migranten Zugang zu einem Smartphone haben, eine stabile Internetverbindung vorfinden und eine der drei Sprachen sprechen, in denen die App verfügbar ist.

PORTRÄT

Jemand von draußen

Philipp Nimmermann heißt der Nachfolger von Patrick Graichen als beamteter Staatssekretär in Robert Habecks Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Der gebürtige Berliner wirkt wie der personalisierte Versuch des Ministers, eine Wiederholung des Falles Graichen zu verhindern.

Graichen war bestens im Milieu vernetzt – was ihm letztlich zum Verhängnis wurde. Die Energiewende war schon sein Studienschwerpunkt gewesen. Wie so viele grüne Funktionsträger hat der Akademiker nie in der freien Wirtschaft sein Geld verdient. Sein ganzes Leben von Staatsknete zu leben gewohnt, war ihm die Wirtschaft ziemlich egal. Entsprechend ideologisch und abgehoben war auch die von ihm als Staatssekretär verantwortete Wärmewende.

Die Biographie des 1966 geborenen Nimmermann sieht etwas anders aus. Er

ist studierter Diplom-Volkswirt, promovierte 1999 über ein Steuerthema und war anschließend bei der Frankfurter Privatbank Oddo BHF, wo er Karriere machte.

Ab 2014 arbeitete der Grüne als Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Finanzministerium. Den Wechsel an der Regierungsspitze vom Sozialdemokraten

Torsten Albig zum Christdemokraten Daniel Günther überstand er unbeschadet. In Kiel gehörte die Privatisierung der HSH Nordbank zu seinen Aufgaben. Er erwarb sich den Ruf eines Pragmatikers und Günther lobte ihn trotz anderen Parteibuches als „coolen Typen“. Kritiker sprechen eher von Farblosigkeit.

Trotz der Wertschätzung seines Regierungschefs wechselte Nimmermann 2019 ins Bundesland Hessen, in dem der gebürtige Berliner prägende Jahrzehnte verbracht hat und das er als seine Heimat betrachtet. In Hessens schwarz-grünem Kabinett ist er seitdem Staatssekretär des Wirtschaftsministers und Vizeministerpräsidenten Tarek Al-Wazir.

Von dort hat der Bundeswirtschaftsminister ihn nun in die Bundeshauptstadt geholt. Habeck hat sich also im wahrsten Sinne des Wortes für jemanden von draußen entschieden.



Wirkt wie ein Gegenmodell zu seinem Vorgänger: Staatssekretär Philipp Nimmermann

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

VON HARALD TEWS
UND VEIT-MARIO THIEDE

Im Jahr 1841 warb Friedrich Wilhelm IV. den gichtkranken Dichter Ludwig Tieck gegen ein Jahresgehalt von 1000 Talern, das er später um 2200 Taler erhöhte, aus Dresden ab, damit er in seine Geburtsstadt Berlin zurückkehrt. Der als „Romantiker auf dem Königsthron“ bezeichnete preußische Herrscher war einer der größten Verehrer des Schriftstellers und protegierte ihn nach Kräften. Er ernannte ihn zum Geheimen Hofrat und zum Gründungsmitglied des Ordens Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste.

Gesundheitlich immer angeschlagener, brachte Tieck in seiner letzten Berliner Zeit mit Ausnahme einer Sammlung seiner Kritischen Schriften in vier Bänden nichts Nennenswertes mehr heraus. Mit seinem Tod im Jahr 1853 schloss sich für ihn der Kreis des Lebens in Berlin, wo er am 31. Mai 1773 geboren worden war.

Der Name Tieck wird noch eine ganze Ewigkeit in Erinnerung bleiben durch die Schlegel-Tieck-Ausgabe der Werke Shakespeares. Der mit dieser Ausgabe „romantisierte“ Renaissanceautor ist erst dank dieser Übersetzerleistung zum Klassiker geworden, nachdem es um ihn selbst in seiner britischen Heimat gut zwei Jahrhunderte lang still gewesen blieb. Tieck übersetzte mit „Perikles“ nur ein Stück, redigierte aber den Rest, zu dem seine Tochter Dorothea und Wolf Graf von Baudissin einen großen Teil beitrugen.

Der Initiator und früheste Übersetzer war August Wilhelm Schlegel, den Tieck in der sogenannten Jenaer Romantiker-WG in der Leutragasse 5 kennengelernt hatte. In dieser Keimzelle der Frühromantik lebte A. W. Schlegel mit seinem Bruder Friedrich sowie ihren Frauen Caroline und Dorothea Veit. Hier gaben sich Dichter und Philosophen die Klinke in die Hand: Schiller, Novalis, Brentano, Schelling, Fichte und ab 1799 auch Tieck.

Friedrich Schlegel hatte Tieck in Berlin kennengelernt, der nach einer Aufführung seiner Märchenposse „Der gestiefelte Kater“ als Wunderkind betrachtet wurde. Das Stück enthielt alle Elemente, die Schlegel später als „romantische Ironie“ bezeichnete: Im Publikum wirken Schauspieler mit, umgekehrt buht ein Publikum auf der Bühne den Dichter aus, der als Figur erscheint und sein Scheitern beklagt.

Tieck selbst stand damit schon früh im Zenit. 1797, im selben Jahr wie „Der ge-



Ein Leben für die Kunst: Ludwig Tieck sitzt gleichzeitig dem Bildhauer David d'Angers und dem Maler Christian Vogel von Vogelstein Modell. Links am Rand schaut der Shakespeare-Übersetzer Wolf Graf von Baudissin zu und ganz rechts Tiecks Tochter Dorothea

König der Romantik

Vor 250 Jahren wurde der Berliner Dichter Ludwig Tieck geboren – Das Jubiläum ist auch Anlass einer Ausstellung über seine Zeit in Dresden

stiefelte Kater“, brachten er und sein Schulfreund aus dem Friedrichswerderschen Gymnasium, Wilhelm Heinrich Wackenroder, der nur ein Jahr später früh verstorbene Sohn eines hohen preußischen Stadtbeamten, die Aufsatzsammlung „Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders“ heraus. Sie wird auch als „Manifest der Frühromantik“ bezeichnet, da darin vom Kunstideal der antiken Klassik Abschied genommen wird zugunsten der Renaissancekunst eines Michelangelos, Raffaels oder auch Dürers. Tieck setzte Dürer kurz darauf in seinem Künstlerroman „Franz Sternbalds Wanderungen“ ein weiteres Denkmal. Klar, dass Goethe an diesem „klosterbrudisierenden, sternbaldisierenden Unwesen“

keinen Gefallen fand, mit dem die Frühromantik die Klassik ablöste.

Nach Goethes Tod galt Tieck als größter deutscher Dichter. Dem am Fließband produzierenden Autor gelang dies durch eine Vielzahl an Dramen, Novellen, Gedichten, Prosawerken wie dem Briefroman „William Novell“ oder seinem späten Geschichtsepos „Vittoria Accorombona“, aber vor allem auch mit seinen Kunstmärchen, die er in der Sammlung „Phantasius“ in drei Bänden zusammenfasste.

Über das südöstlich von Frankfurt an der Oder gelegene Ziebingen zog Tieck 1819 nach Dresden, wo er eine Beschäftigung als Dramaturg am Hoftheater fand. Das im Kügelgenhaus angesiedelte Museum der Dresdner Romantik widmet dem

von Friedrich Hebel zum „König der Romantik“ erhobenen Jubilar aktuell eine Sonderausstellung. Sie ist eingebettet in die Dauerausstellung, die sich über die ehemaligen Wohnräume des Malers Gerhard von Kügelgen erstreckt. An sieben Stationen gewinnen Besucher mittels Büchern und Kunstwerken Einblick in Tiecks Leben und Schaffen. Dem dienen zudem 19 mit Texten über Tieck versehene Postkarten. Die kann man mitnehmen – daher heißt die Geburtstagsschau „Tieck to go!“

Im Mittelpunkt steht Tiecks Zeit in Dresden. Wer den Salon betritt, hört sich unversehens in einen der seinerzeit berühmten, zum Beispiel vom Märchenerzähler Andersen und „Lederstrumpf“-Autor Cooper besuchten Vorleseabende ver-

setzt, die der von 1819 bis 1842 in Dresden lebende Tieck in seiner Wohnung am Altmarkt veranstaltete. Er gibt Anweisungen: Die Fenster bleiben geschlossen, und die Zuhörer dürfen keinen Laut von sich geben. Tiecks Stuhl stand auf einem Podest, und zur Dekoration des Salons gehörte eine überlebensgroße Büste von ihm selbst. So ein Vorleseabend beim Licht zweier Kerzen muss ein eindrucksvolles Erlebnis gewesen sein.

Der Dichterkollege Clemens Brentano bezeichnete den aus eigenen Werken und denen Goethes, Shakespeares oder Kleists mit wandlungsfähiger Stimme vorlesenden und wirkungsvoll gestikulierenden Tieck als größten Schauspieler, der nie eine Bühne betreten habe. Im Salon stehen uns Hörproben aus Tiecks Schaffen zur Wahl. Zu ihnen gehören „Franz Sternbalds Wanderungen“, die Märchenkomödie „Der gestiefelte Kater“ und die Novelle „Des Lebens Überfluss“.

Hier und an den anderen Stationen wird die überbordende Produktivität Tiecks deutlich. Er bearbeitete alte Volksmärchen, übersetzte den „Don Quijote“ und trat als Herausgeber nicht nur der Werke Shakespeares hervor, sondern auch der Schriften von Novalis, Kleist und J. M. R. Lenz. Trotzdem war er finanziell meistens klamm. In Dresden lebte er mit Frau und Geliebter, wobei Letztere für die Einkünfte sorgte. Als der Preußenkönig den kränkelnden und um seine verstorbene Lieblingstochter Dorothea trauernden Tieck nach Berlin lockte, war es der Versuch einer Ehrenrettung. Denn längst war die Zeit der Jungdeutschen hereingebrochen, die mit der Romantik brachen.



● **Buchtipps** Andrea Wulf, die zuletzt mit Ihrem Werk über Alexander von Humboldt groß hervortrat, hat jetzt mit „Fabelhafte Rebellen. Die frühen Romantiker und die Erfindung des Ich“ die Jenaer Dichter-

gruppe um Ludwig Tieck erfrischend lebhaft in Szene gesetzt (C. Bertelsmann, München 2022, 528 Seiten, 30 Euro).

Ausstellung „Tieck to go“, bis 15. Oktober im Kügelgenhaus, Hauptstraße 13, Dresden, geöffnet Mittwoch bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, sonabends und sonntags von 12 bis 17 Uhr, Eintritt: 4 Euro www.stmd.de/kuegelgenhaus

AUSSTELLUNG

Ein herausragender Klosterbruder

Berliner Gemäldegalerie stellt den von Dürer gelobten altniederländischen Maler Hugo van der Goes vor

Endlich wieder eine große klassische Ausstellung in Berlin: Präsentiert werden in noch nie gezeigter Breite der altniederländische Maler Hugo van der Goes (1440–1482/83) und sein Umfeld. Mit 60 Bildern aus Europa und Amerika ermöglicht die Gemäldegalerie die Bekanntschaft mit einem weitgehend unbekanntem Meister, der gleichwohl neben Jan van Eyck und Rogier van der Weyden zu den Großen der flämischen Frührenaissance zählt, auf die das „goldene Zeitalter“ mit Rembrandt und Vermeer folgte.

Aus dem umfangreichen Werk van der Goes' haben sich nur etwa 18 Gemälde und wenig Druckgraphik erhalten. In Berlin sind jetzt zwölf Bilder zu sehen, teils intime Portraits, teils aber auch großformatige Altäre und Wandgemälde, die den eigenen Stil der „alten Niederländer“ zeigen: Nicht mehr engelsgleiche Marien vor

goldenem Hintergrund, sondern kantige Gesichter vor realistisch gezeigten Landschaften, der Ursprung der europäischen Landschaftsmalerei überhaupt.

Berlin hat mit dem Monforte-Altar und der ebenso andachtsvollen wie lebensfrohen „Geburt Christi“ selbst zwei Meisterwerke beigesteuert. Aus Brügge kam ein frisch restaurierter „Marienbild“ und aus Wien ein Sündenfall, der die Schlange in ungewohnter Form eines vierfüßigen, menschenähnlichen Wesens zeigt. Das ist fast eine Ausnahme. Überwiegend herrscht ein strenger Realismus vor, ausgedrückt in immer wieder variiert Farbigkeit und in einer deutlichen, ja nah verwandt der altdeutschen Malerei so typischen Landschaftsgestaltung.

„Zwischen Schmerz und Seligkeit“ ist die Präsentation untertitelt. Das trifft nicht nur auf viele Bilder zu, etwa die



Realistische Gesichtszüge: Goes, „Bildnis eines Mannes mit Johannes dem Täufer“

Trauernden bei der Kreuzabnahme Jesu und umgekehrt auf die glücklich wirkenden Hirten von Bethlehem, sondern auch auf Goes selbst. Schon früh war er hochgeachtetes Mitglied in der Genter Malerzunft. Um 1476 ging er als Laienbruder in ein Kloster nahe Brüssel und malte dort weiter. Seine entsetzten Mitbrüder erlebten seine plötzliche geistige Umnachtung und einen raschen Tod. Lapidare Notiz des Klosters: „Begraben ist er in unserem Hof unter freiem Himmel.“

Wer Freude an alteuropäischer Malerei hat, sollte sich diese bis zum 16. Juli dauernde Ausstellung nicht entgehen lassen. Schon Albrecht Dürer sprach von Goes mit großer Hochachtung, er sei „ein großer meester gewest“. Dirk Klose

● Bis 16. Juli in der Gemäldegalerie am Matthäikirchplatz. www.smb.museum

MELDUNGEN

Görlitz ist voll im „Aufbruch“

Görlitz – Vom 27. Mai bis zum 4. Juni findet das 34. Schlesische Musikfest unter dem Motto „Aufbruch“ statt. Infos und Karten zu dem vermutlich ältesten Musikfestival Europas unter: www.schlesische-musikfeste.eu tws

Die Jugend musiziert final

Zwickau – Bis zum 2. Juni findet das Finale des 60. Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ in Zwickau, Werdau, Meerane und Reichenbach statt. Zirka 2200 jugendliche Teilnehmer führen ihre Programme vor 140 Juroren auf. Daneben gibt es öffentliche Konzerte. Infos: www.jugend-musiziert.org tws

IM GESPRÄCH MIT
WILHELM V. GOTTBERG

An der Spitze des preußischen Staates standen jahrhundertlang die Hohenzollern. Gesellschaftlich getragen wurde der Staat jedoch von den adeligen Familien von der Altmark bis zur Memel, die in der Verwaltung, im Militär und im diplomatischen Dienst führende Beamte stellten. Einer dieser Staatsdiener war der Ostpreuße Friedrich von Berg. Ihm und seinem Wirken ist eine unlängst erschienene kritische Biographie gewidmet, mit deren Verfasser die PAZ sprach.

Herr v. Gottberg, die preußische Geschichte ist voller spannender Akteure, die bis heute die Wissenschaft beschäftigen. Was hat Sie dazu bewegt, sich Friedrich von Berg zu widmen?

Friedrich von Berg hatte in Schlüsselmomenten der preußischen und deutschen Geschichte wichtige Positionen inne. Er war unter anderem als Chef des Geheimen Zivilkabinetts einer der wichtigsten Berater Wilhelms II. gegen Ende des Ersten Weltkriegs sowie davor Landeshauptmann und Oberpräsident von Ostpreußen. Trotzdem gab es bislang keine Biographie über ihn. Diese Leerstelle wollte ich mit meiner Studie füllen.

Hinzu kommt aber auch ein privates Interesse. Berg war der Bruder meiner Großmutter, also mein Großonkel. Gleichwohl ist er in meinem Elternhaus nur wenig thematisiert worden. Wenn überhaupt, wurde jedoch mit großer Hochachtung von ihm gesprochen, aber irgendwie war er immer auch ein bisschen geheimnisvoll. Diese Mischung aus öffentlicher Bedeutung und privater Verbundenheit sowie schmaler Literaturlage hat mich zu meiner Untersuchung motiviert.

Friedrich von Berg hat, Sie haben es bereits angedeutet, im Laufe seines Lebens sehr verschiedene Aufgaben wahrgenommen. Wo setzen Sie die Schwerpunkte Ihrer Untersuchung an? Das ist vor allem Bergs Verhältnis zu seinem König und Kaiser, aber nicht nur. Die beiden kannten sich zunächst von Treffen der Alten Herren ihres Corps Borussia in Bonn und dann später von den Rotwildjagden des Kaisers in der Rominter Heide, die zu großen Teilen im ostpreußischen Kreis Goldap liegt, in dem Berg von 1903 bis 1906 Landrat war. In dieser Zeit wurde aus einer eher flüchtigen Bekanntschaft eine Freundschaft.

Neben dem Verhältnis zwischen Friedrich von Berg und seinem Monarchen hat mich als Ostpreußen natürlich auch interessiert, was Berg als Landrat, Landeshauptmann und Oberpräsident für unsere gemeinsame Heimatprovinz geleistet hat. Hier war er eine anerkannte Persönlichkeit und hat segensreich gewirkt. So erbaute er unter anderem in seinen dreieinhalb Jahren als Landrat von Goldap ein Johanniter-Krankenhaus. Anschließend wurde er auf Wunsch Wilhelms II. Vortragender Rat in dessen Geheimem Zivilkabinett. Dort wurde er jedoch schnell unglücklich, weil er den Kaiser nie zu Gesicht bekam, da das Vortragsrecht nur der Chef des Zivilkabinetts besaß.

Deshalb wechselte Berg bereits nach zwei Jahren auf den Posten des Landeshauptmanns von Ostpreußen, das war der oberste Beamte der Selbstorganisation der Provinz. In diese Dienstzeit fiel der Russeneinfall 1914 zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Nachdem die Russen infolge der Schlacht von Tannenberg kurze Zeit später wieder aus Ostpreußen vertrieben waren, wirkte Berg tatkräftig am Wiederaufbau der Provinz mit. Obwohl große Teile Ostpreußens stark zerstört waren, wurden die Schäden schon bei Kriegsende weitgehend beseitigt. In dieser Zeit kam es auch zum Kontakt mit dem Generalfeldmarschall und späteren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Daraus entwickelte sich eine Freundschaft, die bis zum Tode der beiden Männer anhielt.



Hoher Besuch in Ostpreußen: Prinz Wilhelm, Generalfeldmarschall August von Mackensen, Kronprinzessin Cecilie, Kronprinz Wilhelm und Prinz Louis Ferdinand (von links) 1924 zu Besuch bei Friedrich von Berg (3. von links) auf dessen Gut Markienen

BIOGRAPHIE

„Die Tragik ist, dass er ein Mann des 19. Jahrhunderts war“

Über das Leben und Wirken des preußischen Spitzenbeamten und Freundes Kaiser Wilhelms II., Friedrich von Berg

Von 1916 bis 1918 wurde Berg dann sogar in das Amt des Oberpräsidenten von Ostpreußen berufen, was sich aufgrund der Größe der preußischen Provinzen mit dem Amt eines Ministerpräsidenten heute vergleichen lässt.

War es schwer, professionelle Distanz zu einer Person zu wahren, mit der Sie verwandtschaftlich verbunden sind?

Nein. Berg war zwar mein Großonkel, aber da er gut ein Jahr vor meiner Geburt verstorben ist, bin ich ihm nie begegnet. Alles, was ich vorab von ihm wusste, waren ein paar Erzählungen aus meinem Elternhaus sowie einige Aussagen in der Literatur. Zum Beispiel findet man in Marion Dönhoffs Buch „Kindheit in Ostpreußen“ die Notiz, dass er ein immer gern gesehener Gast ihrer Eltern war. Eine andere Aussage stammte von dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Richard von Kühlmann, der Berg den „Totengräber der Monarchie“ nannte.

Dieser Spannungsbogen sorgte einerseits für Neugier, andererseits aber auch dafür, nicht mit einem vorgefertigten Urteil an die Arbeit zu gehen. Nicht zuletzt sorgte auch der zeitliche Abstand für genügend inhaltliche Distanz.

Lebensbild



Wilhelm v. Gottberg
Friedrich von Berg. Berater des Kaisers. Eine kritische Biographie
Gerhard Hess Verlag 2022,
280 Seiten mit Abbildungen,
ISBN 978-3-87336-751-7, 19,90 Euro

Aber wenn man wie Sie bewusst in einer Familientradition steht, kann man sich doch nie ganz frei davon machen, oder? Das stimmt natürlich. Dies gilt insbesondere für diejenigen Ereignisse im Leben des Politikers Friedrich von Berg, bei denen ich mir eingestehen musste, dass er nicht gut agiert hat, vor allem für die Zeit von Januar 1918 bis Oktober 1918, als er Chef des Zivilkabinetts war. Infolge meines Studiums der Quellen und der Sekundärliteratur konnte ich nicht umhin, festzustellen, dass auch Friedrich von Berg daran mitgewirkt hat, dass der Ausgang des Ersten Weltkriegs für unser Land und insbesondere die preußische Monarchie äußerst unglücklich verlief.

Im Januar 1918 gab es auf Seiten aller Kriegsparteien Überlegungen, ob man nicht zu einem Frieden kommen könne. Frankreich war müde, Deutschland war ausgeblutet, überall litten die Leute, an den Fronten herrschte Stillstand. Es gab also durchaus eine kleine Chance, zu einem Verständigungsfrieden anhand des Status von 1914 zu kommen. Doch der Kaiser wollte Flandern nicht aufgeben, und sein Berater Berg bestärkte ihn darin. Auch hielt er viel zu lange an einem Siegfrieden fest. Als er dann ab dem Sommer 1918 erkennen musste, dass es höchstens noch einen Verständigungsfrieden geben könne, verfiel er in eine kurzfristige Apathie.

Wie wirkte sich das enge Verhältnis Bergs zum Kaiser grundsätzlich aus?

Wilhelm II. hatte große Schwächen, aber auch große Stärken. Zu seinen Stärken gehörte, dass er ein Freund und Förderer der Wissenschaft war und auch enge Verbindungen zu den Monarchen der europäischen Länder pflegte. Leider war er auch ein Mann, der sich scheute, gravierende Entscheidungen zu treffen. Da fehlten ihm Berater, die sein Großvater Wilhelm I. in Moltke, Roon und Bismarck hatte. Wilhelm II. neigte dazu, sich Berater heranzuholen, die ihm wenig widersprachen, wo es notwendig gewesen wäre.

Der Höhepunkt des Verhältnisses von Berg und seinem Kaiser war sicherlich die Zeit als Chef des Zivilkabinetts 1918. Wenn ich mir seine dortige Rolle ansehe, kann ich nur sagen: Wäre er doch bloß auf dem Posten des Oberpräsidenten geblieben! Er war in der Provinz hoch verehrt, sein Wirken dort war in Ordnung. Menschliche Unzulänglichkeiten haben wir alle, aber auf dieser Ebene war er gut und hatte auch Erfolg. Der Wechsel nach Berlin ist ihm nicht bekommen.

Problematisch war jedoch nicht nur Bergs Verhältnis zum Kaiser, sondern auch zu anderen Persönlichkeiten wie Hindenburg und Ludendorff. Gerade Hindenburg, ein Standesgenosse von ihm, verehrte er sehr. Hindenburg galt als Sieger der Schlacht von Tannenberg 1914 als Retter der Ostpreußen und war zudem viele Jahre älter als er.

Bergs enges Verhältnis zu Hindenburg hatte einen maßgeblichen Einfluss auf seine Rolle beim Sturz des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg.

In der Tat. Hindenburg und Ludendorff wussten, dass er einen engen Draht zum Kaiser hatte, und haben auf ihn eingewirkt, er möge doch ins Große Hauptquartier kommen und den Kaiser in ihrem Sinne gegen den Zivilisten Bethmann-Hollweg beeinflussen.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Quelle aufgetan, die mich zusätzlich in Distanz zu Berg gebracht hat. Bethmann Hollweg war nicht nur Reichskanzler, sondern auch preußischer Ministerpräsident und in dieser Funktion der oberste Vorgesetzte des Oberpräsidenten Friedrich von Berg. Und dieser Untergebene Berg schreibt auf Wunsch Hindenburgs an den Kaiser: „Der Kanzler ist für diese schwere Zeit des Durchhaltens nicht geeignet. Man müsste einen General haben. Bethmann Hollweg ist zu weich.“ Dass sich Berg dafür hergegeben hat, empfinde ich als unanständig. Ich war selbst Beamter. Gegen seinen obersten

Dienstherrn kann man so nicht agieren, das ist in höchstem Maße illoyal.

Mit dem Ersten Weltkrieg war zwar Bergs Zeit in Berlin vorbei, aber noch nicht sein politisches und gesellschaftliches Wirken.

Das ist richtig. Er kehrte von Berlin in seine Heimatprovinz zurück und wurde Vorsitzender der ostpreußischen Synode. Außerdem wurde er Präsident des ostpreußischen Provinziallandtages.

Und 1921 wurde er Generalbevollmächtigter des vormals regierenden preußischen Königshauses für die Vermögensauseinandersetzungen der Familie Hohenzollern mit dem preußischen Staat. In dieser Funktion verhandelte er bis 1927 mit dem nun Freistaat Preußen und konnte mit dem Abschluss einer Einigung den Privatbesitz der Familie Hohenzollern doch erheblich vermehren.

Doch trotz dieses Erfolgs kam es zu einem Zerwürfnis mit dem nun im Exil lebenden Kaiser. Dieser forderte noch einmal mehr Geld aus einer Familienschulde. Dies hat Berg jedoch abgelehnt mit dem Verweis, dass es das Geld der Familie Hohenzollern sei und nur durch einen Familienentscheid freigegeben werden könne. Daraufhin entließ der Kaiser ihn abrupt aus dieser Aufgabe.

Ein weiteres Amt war dann ab 1920 das des Ersten Präsidenten oder Marschalls der deutschen Adelsverbände, das Berg bis 1932 innehatte. Er war damit der oberste Repräsentant der deutschen Adelsverbände. In diese Zeit fiel der allmähliche Aufstieg Hitlers und die Frage, ob der Adel für oder gegen die Nationalsozialisten sein sollte. Berg glaubte anfangs wie viele Standesgenossen, dass man möglicherweise über den Nationalen Hitler die Monarchie zurückbekommen könnte, kam jedoch schon bald zu einer skeptischen bis ablehnenden Haltung.

An seinem Lebensabend kam es noch einmal zu einer Begegnung Bergs mit dem Kaiser.

Richtig. 1935 besuchte er den Kaiser in dessen Exil in Doorn. Dabei haben sich beide offenkundig ausgesprochen und sind letztlich mit einem harmonischen Händedruck auseinandergewandert. Das war für Berg wichtig, um seinen inneren Frieden zu finden und dann auch von dieser Welt gehen zu können.

Das letzte Kapitel des Buches heißt „Die Tragik des Friedrich von Berg“. Worin liegt diese Tragik?

Die Tragik von Berg ist, dass er ein Mann des 19. Jahrhunderts war. Sein Großvater hatte noch die Befreiungskriege mitgemacht. Und deshalb konnte Berg mit den revolutionären Veränderungen des 20. Jahrhunderts wenig anfangen und auch nicht fertig werden. Er ließ sich von Militärs einspannen, wo eine zivile, politische Lösung klüger gewesen wäre.

Bergs Rückwärtsgewandtheit ist vielleicht auch damit zu erklären, dass er unverheiratet war und keine heranwachsenden eigenen Nachkommen erlebte. Ehefrau und Kinder sind ein starkes, wenn auch unbewusstes Regulativ für das eigene Verhalten. Hätte er eine intakte Familie gehabt, wäre der Blick automatisch in die Zukunft gerichtet gewesen.

Dass ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, bei dem sich die Welt hoch dynamisch veränderte, einer der wichtigsten Berater des Kaisers ein Mann war, der mit dieser Zeit nichts anzufangen wusste, macht die Tragik Friedrichs von Berg letztlich zur Tragik unseres ganzen Landes.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Wilhelm v. Gottberg** wurde 1940 in Ostpreußen geboren. Von 1977 bis zu seiner Pensionierung lehrte er Staats- und Verfassungsrecht beim Bundesgrenzschutz. Von 1992 bis 2010 war er Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen sowie von 2017 bis 2021 Abgeordneter des Deutschen Bundestags.

VON MARKUS C. KERBER

Am 27. Mai 2023 jährt sich zum 100. Mal das Wiegenfest eines Mannes, der eine Lebensleistung vollbracht hat, welche ihresgleichen sucht. Der Rede ist von dem 1923 in Fürth als Heinz Alfred Kissinger geborenen langjährigen Sicherheitsberater und Außenminister der USA. Zahlreiche Biographien wurden dem Leben jenes Mannes gewidmet, der als Deutscher aus Franken zur Welt gekommen, 1938 mit seinem Bruder und seinen Eltern von den Nazis aus Deutschland vertrieben wurde, um in Amerika eine glanzvolle, von deutscher Strebsamkeit, Begabung und Fleiß gekennzeichnete Karriere zu machen.

Kissinger wurde schnell an der Harvard-Universität als ein Ausnahmetalent von seinem damaligen Lehrer William Elliot entdeckt und machte sich als 27-jähriger daran, eine Bachelor-Arbeit über 350 Seiten (!) zu schreiben mit dem nicht wenig anspruchsvollen Titel „The Meaning of history. Reflections on Spengler, Toynbee and Kant“ (Die Bedeutung von Geschichte. Überlegungen zu Spengler Toynbee und Kant). Die Arbeit zeigt immense Belesenheit und die Suche eines jungen Mannes nach seiner Rolle in der Geschichte. Spengler hatte es Kissinger offenkundig angetan. Die Figur des großen Gestalters der Geschichte, die Spengler nicht sozialen Strukturen überlässt, sondern Männern, die Geschichte machen wollen, anvertraut, schien den jungen Kissinger zu faszinieren.

Nach diesem Selbstfindungsversuch ging es steil bergauf. 1957 erfolgte die Dissertation mit einer glänzenden Studie zur Restauration in Europa zwischen 1812 und 1822 durch den englischen Außenminister Castlereagh und Metternich.

Intellektuell brillant und hoch ambitioniert

Die Neigungen des jungen Mannes mit dem grenzenlosen Arbeitseifer und einer einmaligen Auffassungsgabe waren damit klar markiert. In der Öffentlichkeit erlangte er durch sein Buch über „Nukleare Waffen und auswärtige Politik“ 1958 eine größere Bekanntheit. Seitdem war Kissinger auch in den Beraterkreisen der amerikanischen Politik ein beachteter Mann, über dessen Ambitionen keine Zweifel bestanden. Er war von sich so überzeugt, dass er bei allen Präsidentschaftskandidaten versuchte anzuheuern. Zunächst bei Rockefeller und nachdem dieser in der Präsidentschaftswahl 1968 seinem Konkurrenten Nixon bereits in den Vorwahlen unterlegen war, war Kissinger nicht geniert, sich von Nixon zum nationalen Sicherheitsberater im zarten Alter von 45 Jahren ernennen zu lassen. Seitdem führte Kissinger ein Leben in den engen Zirkeln des Vorzimmers einer Weltmacht und ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er dieser Weltmacht mit seiner Intelligenz hingebungsvoll bereit war zu dienen.

Dem durch die Watergate-Affäre arg strapazierten Präsidenten Nixon war mehr an seiner Machterhaltung gelegen, als an einer detaillierten Einflussnahme auf die amerikanische Außenpolitik, die immer mehr außerhalb des State Department von Kissinger unmittelbar beeinflusst wurde. Dies galt zunächst für die Vorbereitung eines Friedensabkommens mit Nordvietnam, das Kissinger in einem Vorort von Paris mit dem nationalkommunistischen Unterhändler Lê Đức Thọ abschloss. Dann ging es weiter mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der USA mit der Volksrepublik China, Resultat langwieriger Verhandlungen in Peking. Alles immer streng geheim und von der Öffentlichkeit abgeschirmt.

Danach gelang Kissinger vielleicht sein Meisterstück im Rahmen des Jom-Kippur-Krieges 1973. Er warf die Sowjetunion aus dem Nahen Osten heraus und führte Anwar as-Sadat, den ägyptischen Präsidenten, nach Israel. Dort traf er auf Menachem Begin, den Führer der rechts-



Höhepunkt eines Lebens für die internationale Politik: Die Verleihung des Friedensnobelpreises 1973 an Henry Kissinger (li.) Foto: pa

ZEITZEICHEN

Henry Kissinger und die Bedeutung von Geschichte

Deutungsversuch einer Jahrhundertpersönlichkeit

nationalistischen Likud-Partei. Wie häufig kommen Friedensabkommen nur zwischen erbitterten Feinden zustande, die von ihren Heimattruppen nie des Verrats verdächtigt werden. Sadat vertraute Kissinger und auf die finanzielle Unterstützung der USA. Und Israel konnte sich nicht vorstellen, dass ein Jude die Zionisten hinters Licht führt.

Für viele kritische Beobachter stand indes fest, dass Kissinger nur wenig Skrupel hatte, Gewalt einzusetzen. Die Bombenangriffe während der Verhandlungen mit Lê Đức Thọ auf ein neutrales Land wie Kambodscha und die Unterstützung des Putsches in Chile wurden von verschiedenen Publizisten – zu Recht oder zu Unrecht – benutzt, um das Image des brillanten Strategen zu verdunkeln.

Gewichtige Stimme in großen außenpolitischen Debatten

Über die Jahre hinaus hat sich Kissinger als ein Mann erwiesen, ohne den sicherheitspolitische Debatten kaum stattfinden können. Seine von geopolitischer Analyse durchdrungenen Werke „China“ und „Weltordnung“ zeugen von literarischer Autorenschaft. Auch in jüngster Vergangenheit ist es ihm gelungen, zur Ukraine-Krise maßgeblich, wenn auch unterschiedliche, ja sogar widersprüchliche Beiträge zu liefern.

So hat er 2014 gegen einen Beitritt der Ukraine zur NATO Stellung bezogen und erinnerte an eine Position, die er bereits 2007 eingenommen hatte. Sein Argument gegen eine NATO-Mitgliedschaft der

Ukraine war historisch begründet, zollte der besonderen Beziehung zwischen der Ukraine und Russland Tribut und trug den wenig definierten Außengrenzen der Ukraine zu ihren Nachbarn seit Ende des Ersten Weltkrieges Rechnung. Unter Hinweis auf die Bedeutung von Geschichte ermahnte Kissinger den Westen mit einem höchst bemerkenswerten Satz:

„Der Westen muss verstehen, dass für Russland die Ukraine nie ein nur ausländisches Land sein kann.“

Er spielte dabei auf die frühe Geschichte Russlands in dem Gebiet der Kiewer Rus an sowie die historischen Verbindungen zwischen beiden Ländern. Seine durchdringende Analyse versuchte, der Bedeutung von Geschichte bei der Lösung von Konflikten Rechnung zu tragen. Das war ein Gebiet, dem sich Kissinger schon als junger talentierter Akademiker gewidmet hatte

Seit der Eroberung der Krim durch Russland 2014 erleben wir eine Fülle von Annexionsversuchen Russlands in Georgien, Moldawien und Aserbaidschan sowie die Beihilfe bei der Unterdrückung von Aufbruch in Kasachstan. Der Fluch imperialer Versuchung scheint zu den Grundlagen russischer Politik zu gehören und wird von einem großen Teil der russischen Bevölkerung unterstützt. Die Invasion der Ukraine durch Russland scheint daher die Fortführung einer revisionistischen Territorialstrategie zu sein, die zutiefst im imperialen Bewusstsein der KGB-Eliten im Kreml verankert ist. Die militärische Aggression gegen die Ukraine ist nur ein

neues taktisches Theater der Operationen, aber keinerlei Strategiewandel.

Trotz dieser strategischen Kontinuität russischer Politik änderte Kissinger im Januar 2023 seine Meinung. In einem Statement beim Davoser Weltwirtschaftsforum unterstützte er die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine durch Hinweis auf die Entschlossenheit der Ukraine, unabhängig zu werden, und die unbestrittene Führung durch Präsident Selenskyj.

Das Verhältnis zu Russland

Gleichwohl empfahl Kissinger, die Tür für einen Dialog mit Russland offenzuhalten, zumal es eine Nuklearmacht sei und ein so großer unkontrollierter Raum wie Russland nicht kollabieren könne, ohne die Stabilität der gesamten Welt zu gefährden. Diese Volte von Kissinger vernachlässigt strategische Überlegungen. Die Ukraine ist weit davon entfernt, ein Land mit demokratischer Tradition zu sein, und ist mit Sicherheit kein Rechtsstaat. Strukturelle Korruption, Antisemitismus würden Probleme in einer Größenordnung aufwerfen, die die EU bereits in Bulgarien oder Rumänien kennt. Aber mehr noch als das wäre die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO durch sehr unterschiedliche Interessen der Anrainerstaaten motiviert:

- Für Polen ist der Ukraine-Konflikt und damit der Beitritt der Ukraine zur NATO nichts weiter als die Stärkung der antirussischen Front. Der altböse Feind muss, so meint die polnische Elite, ein für alle mal beseitigt werden.

- Die baltischen Staaten – hoffnungslos auf die NATO angewiesen – sind für jeden weiteren Verbündeten in ihrer Nähe dankbar.

- Die USA und vielleicht das Vereinigte Königreich erblicken in der ukrainischen NATO-Mitgliedschaft eine neue Art der Einkesselung Russlands.

- Deutschland bemüht sich, wie stets, einfach nur zu folgen. Eine Strategie ist nicht erkennbar.

- Die EU mit ihrer Kommissionspräsidentin von der Leyen, die sich wie Evita Peron benimmt, und dem Hohen Repräsentativen für auswärtige Politik Borrell sehen in der NATO-Mitgliedschaft und dem programmierten Beitritt der Ukraine zur EU nichts weiter als die Möglichkeit, ihre Zentralmacht in Brüssel zu verstärken.

Gedanken zum Ukrainekrieg

Die kardinale Frage, die sich indes stellt, ist: Sind alle NATO-Mitglieder wirklich willens, volle Solidarität mit der Ukraine zu üben für den Fall einer erneuten Aggression vonseiten Russlands oder vonseiten dritter Staaten? Es könnte sein, dass trotz der robusten Antwort der NATO im Ukraine-Konflikt die „Troubled Partnership“, wie Kissinger sie in seinem gleichlautenden Buch von 1965 beschrieben hat, in weiteren Trouble geraten würde, wenn einzelne Mitglieder nicht dasselbe Zusammengehörigkeitsgefühl aufweisen und als Konsequenz sich weigern, eine grenzenlose militärische Solidarität zu leisten. Bislang gewährt der Westen nur – massive – Waffenlieferungen an die Ukraine. Dies ist ein Grenzfall, der völkerrechtlich noch nicht als Kriegsbeitrag angesehen werden kann, aber schon hinreichend Probleme unter den Verbündeten aufwirft.

Kissingers Vorschlag zur Lösung der Ukraine-Krise vom Januar dieses Jahres entbehrt strategischer Logik und ignoriert, wie unterschiedlich die Länder des Westens die Ukraine-Frage sehen. Gleichwohl haben seine Demarche als ein Mann von Welt und seine große Autorität in außenpolitischen Fragen für sich genommen einen Wert. Wenn ein Mann seines Ansehens einen solchen Vorschlag macht, dann mögen die Herrscher im Kreml wahrlich daran glauben, dass die NATO bereit ist, Ernst zu machen und die Ukraine aufzunehmen.

Kissingers jüngste Demarche könnte also ein geschicktes Verhandlungsmittel sein, um den Krieg durch Verhandlungen zu Ende zu bringen. In diesem Fall müssen territoriale Kompromisse auf beiden Seiten gemacht werden. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass die eigentliche Bedrohung durch russische Raketen vom Oblast Kaliningrad, also Nordostpreußen ausgeht. Von hier aus kann der Moskauer Kriegsherr Mitteleuropa und alle Anrainerstaaten der Ostsee empfindlich treffen. Wenn es gelingen würde, dieses Gebiet im Rahmen einer Friedensvereinbarung und der Drohung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu demilitarisieren, hätte Kissingers Vorschlag seine Wirkung nicht verfehlt.

Wer Anstand hat, zieht den Hut vor der Jahrhundertgestalt Kissinger. Sein Sinn für Realpolitik und seine Ablehnung von moralisierender Besserwisserie haben der Stabilität mehr gebracht als moralische Glaubenskriege.

Henry A. Kissinger ist fürwahr ein Geschenk an die Menschheit.

Das Land, jene Nation, jawohl ein Volk wie die Deutschen, das einst einen der ihnen mit diesem Talent vertrieb, dürfte reumütig einsehen, was die Verfolgung der Juden in Deutschland seit 1933 bedeutete: Nicht nur Bürgerverrat, sondern auch Selbstverstümmelung.

- Prof. Dr. Markus C. Kerber ist Professor für Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin. 1998 gründete er den interdisziplinären Thinktank Europolis, um an der Neuausrichtung der europäischen Ordnungspolitik mitzuarbeiten.

www.europolis-online.org

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Überall, das ist weltweit nachprüfbar, stellt sich zeitnah eine anhaltende und großräumige Dürre ein, sobald in irgendeinem Land der Welt ein starker Ausbau der Wind- und Solarenergie stattgefunden hat. In südlichen Ländern mit geringen jahreszeitlichen Niederschlägen ereignet sich dieser Klimawandel hin zu einer bleibenden, tödlichen Dürre sofort, was Millionen Kenianer nach Inbetriebnahme des Turkana-Windparks mit 364 Windrädern im Nordosten des Landes im Jahr 2019 erleben mussten (die PAZ berichtete). Vier Regenzeiten in Folge sind ausgeblieben, die fünfte im November/Dezember 2022 erbrachte viel zu wenig Regen. Von der schweren Dürre mit betroffenen sind das benachbarte südliche Äthiopien und Südsomalia.

Desgleichen leiden die Länder Nordwest-, West- und Südwesteuropas, wo die Windenergie jetzt überregional stark ausgebaut ist, seit Jahren zunehmend an einem chronischen Niederschlagsdefizit. Landregen bleibt aus, die Grundwasserspiegel sind konstant niedrig mit sinkender Tendenz. Anhaltende Dürren mit Temperaturrekorden treten seit 2015 auf, und es kommt regional zu Starkregenereignissen. In dem seit jeher regenreichen England war das Jahr 2022 bis zur Hitze- welle im August zusammen mit 2018 das sonnenscheinreichste und wärmste seit Beginn der systematischen Wetteraufzeichnungen.

In Spanien wird es dramatisch

In Spanien und Portugal geht die Dürre-Katastrophe bereits ins dritte Jahr, in Südspanien dauert sie seit 2015 an. Aufgrund des Fernbleibens der atlantischen Tiefdruckgebiete von den Küsten bleiben jetzt auch im Winter die sonst in dieser Jahreszeit reichlichen Niederschläge aus. Die Menschen sind ratlos und verzweifelt. Doch selbst in dieser katastrophalen Notlage bringt niemand den Gedanken an den zeitlichen und folgerichtigen Zusammenhang mit der auch in Spanien zuletzt exponentiell ausgebauten Windenergie in die Diskussion über mögliche Ursachen ein. Verdrängt und vergessen ist der schulische Lernstoff, dass gewandelte Energie nicht erneuert oder wiederhergestellt werden kann.

Das täglich hämmernde Schlagwort „Klimawandel“ macht selbst kluge Köpfe blind für die Tatsache, dass wir mit dem Experiment des großräumigen künstlichen Abtransports von Windströmungen aus der Atmosphäre den Luftdruckausgleich beeinträchtigen, der dann für die Entstehung von Tiefdruckgebieten fehlt, ohne die nun einmal der Regen wegbleibt und alles Leben zum Verdursten verurteilt ist. Hinzu kommt, dass auch die nordatlantischen Windsysteme, die Basis unserer existenziellen Lebensgrundlagen, in ihrer Dynamik beeinflusst werden. Mit beispielloser Sturheit fordert die Koalition aus Politik, EU-Kommission und internationaler Windindustrie dennoch umso mehr „grüne Energien“, obwohl im Zuge dieses Ausbaus in immer mehr Ländern und Regionen infolge des Wassernotstands ironischerweise die Farbe Braun dominiert.

2021 belief sich die in Spanien installierte Windstromleistung auf 27.446 Megawatt. Damit trug die Onshore-Windenergie 24 Prozent zur Stromerzeugung bei. Das weckt die Gier nach mehr und mehr und mehr. Im März gaben die Umweltschörden grünes Licht für den Bau von 1400 weiteren Wind- und Solarparks. Damit würde sich die installierte Leistung im Land in den kommenden Jahren noch einmal verdreifachen. Weitere schwere Umweltverbrechen plant der Ministerrat für 5000 Quadratkilometer Meeresfläche: Auf einem Gebiet von 562 Kilometern Länge vor den Küsten der Kanaren sollen 18 Offshore-Windparks entstehen, vier davon in Sichtweite vom Land. Bereits im Frühjahr 2022 war die iberische Halbinsel



„Es gibt kaum eine effizientere Beeinflussung des lokalen bis regionalen Klimas“: Windkraftanlage in Andalusien

Foto: imago images/H. Tschanz-Hofmann

KLIMAWANDEL

Die wahren Ursachen der zunehmenden Dürreperioden werden verdrängt

Wissenschaftler warnen, doch Politik und Leitmedien hören beharrlich weg: Je mehr die exzessive Nutzung der Windkraft die Luftströmungen in einer Region beeinflusst, desto trockener wird es dort

so trocken wie seit 1200 Jahren nicht, fand ein US-Forscherteam um Caroline Ummenhofer von der Woods Hole Oceanographic Institution heraus. Als Ursache nennt die in der Zeitschrift „Nature Geoscience“ veröffentlichte Studie eine Häufung abnorm ausgedehnter Azorenhochs im Winter. Eine solche Wetterlage kam in den vergangenen Jahrzehnten gehäuft vor, jedoch nicht von derartiger Dauer. Wie nicht anders zu erwarten, führen die Autoren diese Entwicklung auf „menschengemachte Emissionen, also klimaschädliche Gase“ zurück. Nähere Informationen dazu? Brauchen, sollen und können gar nicht geliefert werden.

Unfassbar: Die vom Staat und der Industrie bezahlten Institutsforscher sind nicht bereit, die Politiker vor den Folgen ihrer mutwilligen Beschädigung der Wasserkreisläufe in den interagierenden Systembereichen von Erde und Atmosphäre durch immer mehr und immer größere Wind- und Solar-Industrieanlagen zu warnen und zu einer Evaluierung ihrer Energiewende aufzufordern. Wer es wagt, gegen den Stachel namens „ökologische Transformation“ zu löcken, rudert schnell wieder zurück.

Dutzende hochkarätige Studien

Es ist die maß- und rücksichtslose menschliche Selbstbedienung an den Kräften Licht und Wind, welche jene neuartigen Dürren verursacht, die in Erscheinung treten, um zu bleiben, sobald die Wind- und Solarenergie in den jeweiligen Regionen und Klimazonen ein gerade noch verträgliches Maß überschreitet. Dabei fällt die zeitliche Parallelität zwischen der Inbetriebnahme von vielen und großen Windparks während der letzten zehn bis zwölf Jahre in all diesen Ländern und den anschließend „aufpoppenden“ Megadürren unmittelbar ins Auge. Bereits seit 20 Jahren sind die meteorologischen Auswirkungen der (nicht) erneuerbaren Energien wie Dürre, Winddürren, statische und extreme Wetterlagen durch Dutzende hochkarätige internationale Studien klar belegt. So weist die im Januar

veröffentlichte Studie von Gang Wang und anderen nach, dass sich die Bodenfeuchtigkeit im chinesischen Grasland nahe der Grenze zur Mongolei durch den Einfluss von Windparks innerhalb eines einzigen Jahres großräumig um 4,1 Prozent verringert hat („Wind farms dry surface soil in temporal and spatial variation“).

Öko-Bilanz der Rotoren ignoriert

Ebenso wie in Deutschland stellt sich jedoch auch in Spanien die Koalition aus Politik und Windindustrie dazu taub und unwissend. Wie kann das sein? Die Mahnung der Energiewende-Apologeten lautet doch: Hört auf die Wissenschaft! Es hätte zur Aufgabe der Journalisten gehört, über die naheliegenden Zusammenhänge zu recherchieren, die alarmierenden Studienergebnisse den Politikern vorzutragen und der gänzlich uninformierten Öffentlichkeit darzulegen.

Die vierte Kraft im Staat tut sich jedoch ebenfalls schwer damit wegen des Meinungsmonopols, das die sogenannten erneuerbaren Energien seit gut zwei Jahrzehnten kritiklos als einzig geeignet propagiert, um das Klima zu „retten“ – das allerdings früher oder später überall verrickselt, wo die (nicht) Erneuerbaren stark ausgebaut worden sind.

Selbst die verheerende Öko-Bilanz der Wind- und Solarindustrieanlagen wird in den Leitmedien kaum thematisiert. Sogar eine negative CO₂-Bilanz der Windräder steht im Raum. Nur 16,5 Jahre betrug die durchschnittliche Lebensdauer stillgelegter Windkraftanlagen nach Angaben der Fachagentur Wind an Land 2017.

Daher verharren die Bürger in einer Art von Öko-Gläubigkeit, wobei die meisten nicht einmal über das Grundwissen verfügen, dass bei der Stromgewinnung durch Windkraft an jedem Windrad tatsächlich permanent Windenergie entzogen wird, solange sich die Rotoren drehen, und somit die Windströmung ständig geschwächt wird, was erheblich zum „Terrestrial Stilling“ beiträgt, der Besorgnis erregenden Abnahme der mittleren Windgeschwindigkeiten vor allem in der

nördlichen Hemisphäre. Das politisch genehme blanke Unwissen der Bürger über die meteorologischen Auswirkungen der Windenergie (was ebenso für die Solarenergie gilt) spießte der erfahrene und renommierte deutsch-amerikanische Meteorologe und Atmosphärenphysiker Gerhard Kramm, Research Associate Professor of Meteorology (ret.) in Fairbanks, Alaska, USA, als Reaktion auf den Artikel „Tschüss Kohle!“ in der Hamburger GEW-Zeitschrift „hlz“ 5-6/2018 auf: „Ich empfehle Ihnen, erst einmal die Grundlagen des Energieumsatzes an der Grenzfläche Erde-Atmosphäre zu lernen. Mit dem Entzug von kinetischer Energie des Windfeldes wird die horizontale Windgeschwindigkeit verringert, so dass die Flüsse von sensibler und latenter Wärme abnehmen und die ‚Oberflächentemperaturen‘ ansteigen. Mit dem großflächigen Einsatz von Windturbinen wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was Sie behaupten. Es gibt kaum eine effizientere Beeinflussung des lokalen bis regionalen Klimas als diejenige, die mit dem Aufstellen von großflächigen Windparks verbunden ist.“

3,5 Millionen Hektar sind verloren

Auch der durch langjährige Arbeitspraxis erfahrene, vielfach ausgezeichnete Energieberater Jürgen Weigl aus Graz („Der Energiedetektiv“) äußert sich höchst besorgt: „Alles, was wir Menschen tun, hat Rückwirkungen auf die Umwelt. Die großtechnische Nutzung von Windenergie und Solarenergie stellt den massivsten Eingriff in das Klimasystem dar, den man sich vorstellen kann. Denn diese Kräfte (Wind, Sonne) sind ja bisher nicht ungenutzt, sondern ermöglichen das gegenwärtige Leben und Klima auf unserem Planeten. Aus diesem Kreislauf Energie zu entnehmen bedeutet, dass diese Energie für die bisherige Nutzung fehlt. Es verändern sich damit die bisherigen natürlichen Prozesse im Klimasystem, ohne dass man exakt voraussagen könnte, was genau in der Folge passieren wird.“ Nach Angaben der spanischen Regierung ist fast die

Hälfte des Landes von der Dürre betroffen. Für fast ein Drittel des Territoriums gilt ein Dürre-Notstand oder eine Dürre-Warnung. Anbauflächen von mehr als 3,5 Millionen Hektar sollen verloren sein. Im gesamten Nordosten ist die Wasserknappheit ein Problem höchster Priorität.

In der Großregion Katalonien dauerte die Dürre im April bereits 32 Monate. Während in diesem Landesteil „nur“ 47 Windparks errichtet wurden, steht die Autonome Region Castilla y León im nördlichen Zentralspanien mit 241 Windparks an der Spitze dieser Liste. Galicien im Nordwesten folgt mit 161 Windparks auf Platz 2, Andalusien mit 153 Windparks auf Platz 3. Allein in der Region Cádiz hat der „Schutz vor dem Klimawandel“ seinen Niederschlag in 59 Windparks mit knapp 900 Windrädern gefunden, etliche davon in Naturschutzgebieten.

Wer steckt dahinter?

Die Wirkung der neuen leistungsstarken Windräder von 4,53 Megawatt und 149 Metern Rotordurchmesser ist im Hinblick auf die künstliche Erzeugung von Hochdruckgebieten noch gravierender. Im vergangenen Dezember verkündete RWE die Inbetriebnahme ihres 17. spanischen Onshore-Windparks mit einer installierten Leistung von 40,8 Megawatt bei Rea Unificado nahe Soria in der Region Castilla y León.

Aufgrund der Uneinsichtigkeit der Koalition aus Politik, Industrie, Institutswissenschaft und Leitmedien sind die weiteren Aussichten für Spanien und Portugal desaströs. Es bleibt nur die Hoffnung, dass, nachdem die „Zeit“ aufgedeckt hat, dass seit Jahrzehnten Geldströme aus den USA über einen Paten aus Kreisen der Superreichen in „grüne“ Lobbyorganisationen wie Agora Energiewende geleitet werden, nachfolgend auch bekannt wird, wer und was eigentlich hinter der Fernsteuerung der offenkundig verfehlten Energiewende steckt. Einmal auf die Spur des Geldes gekommen, werden die Journalisten diesen gesamten Komplex hoffentlich vollständig aufarbeiten.



ALLENSTEIN

Mehr Schutz am Stadtrand

In Jomendorf entsteht eine neue Feuerwache – Kürzere Anfahrtswege in die umliegenden Schlafstädte

VON UWE HAHNKAMP

Sie war schon 15 Jahre im Gespräch, verschiedene Varianten und Standorte wurden diskutiert, gleichzeitig wuchs der Bedarf. Jetzt wird die neue Rettungs- und Löschereinheit der Städtischen Berufsfeuerwehr in Allenstein Realität. Auf dem Gelände zwischen der Hänsel-und-Gretel-Straße und den Wohnhäusern an der Witos-Straße in der Märchensiedlung in Allenstein-Jomendorf wird ab 2024 ein Gebäude mit knapp 1500 Quadratmetern Nutzfläche stehen.

Der Standort ist nicht zufällig, denn in den Allensteiner Stadtteilen Jomendorf, Stolzenberg und Bergenthal wohnen inzwischen etwa 60.000 Menschen, momentan liegt die nächste Feuerwache aber 6,5 Kilometer entfernt am Rande der Altstadt. Bei ruhiger Verkehrslage lässt sich diese Strecke in zehn Minuten bewältigen. Im Berufsverkehr, der auf den Straßen zwischen dem Zentrum und den drei genannten Schlafstädten besonders stark ist, wird es oft deutlich länger – und bei Einsätzen kommt es auf jede Minute an.

Beteiligung an der Finanzierung

Die Lage der neuen Wache nahe der Ortsausfahrt von Allenstein verkürzt ebenso die Fahrtzeiten zur Umgehungsstraße bei eventuellen Autounfällen. Auch die drei Gemeinden Groß Purden, Hohenstein und Stabigotten, die in dieser Himmelsrichtung an Allenstein anschließen, profitieren von schnellerer Hilfe. Deswegen beteiligen sie sich, wie auch die Stadt Allenstein, an den Kosten der entstehenden Feuerwache. Während die Stadt das Gelände zur Verfügung stellt und umgerechnet 13.000 Euro beisteuert – etwa 22 Cent pro Einwohner der drei Stadtteile – legen die



Erste Rodungsarbeiten fanden vor einem Jahr statt: Sicht von der Hänsel-und-Gretel-Straße aus auf das Baugelände Foto: U.H.

Gemeinden je rund 6600 Euro dazu, den Rest finanziert die Staatliche Berufsfeuerwehr.

Nach dem vorliegenden, Ende 2021 genehmigten Entwurf besteht das neue Objekt mit 1465 Quadratmetern Nutzfläche aus zwei Teilen: einem zweistöckigen Gebäude für die Büro- und Aufenthaltsräume sowie einer Garage mit fünf Stellplätzen, Waschanlage und Werkstatt. Ständig stationiert werden dort zwei Löschfahrzeuge, eine Hebevorrichtung und ein Fahrzeug für die Höhenrettung. Acht Feuerwehrleute sind pro Schicht in Bereitschaft. Sie sind in qualifizierter Erster Hilfe geschult, können also auch medizinische Hilfe leisten, was vor allem den Menschen in den oben erwähnten Stadtteilen zugute kommen wird. Des Weiteren

soll am Standort auch eine Polizeiwache eingerichtet werden.

Einbettung in die Umgebung

Kurz nach der Zustimmung zur Entfernung der Bäume am Ort der geplanten Baustelle vom 17. Februar 2022 wurden erste Rodungsarbeiten durchgeführt. Die weiteren Arbeiten verzögerten sich durch den Beginn des Kriegs in der Ukraine. Das Anlegen einer Zufahrt von der Witos-Straße aus sowie die ersten Erdarbeiten erfolgten im November 2022. Intensiviert wurden die Arbeiten mit dem jetzigen Frühling. Noch ist kaum etwas zu sehen, bis 2024 sollen die Arbeiten aber abgeschlossen sein.

Für die Akzeptanz bei der Bevölkerung waren noch zwei Maßnahmen wichtig.

Für die gerodeten Bäume gab es Ersatzpflanzungen entlang der Witos-Straße und in einem unweit gelegenen Park. Weitere neue Bäume sollen zu den benachbarten Wohnhäusern auf beiden Seiten des neuen Baus hin eine natürliche Barriere bilden, außerdem ist in Richtung der Häuser der Witos-Straße ein zehn Meter breiter Grünstreifen vorgesehen.

Die Anwohner befürchteten aber vor allem eine Lärmbelästigung durch Sirenen. Zwar sind die Geräusche der Einsatzfahrzeuge nötig und nicht zu verhindern, das Gebäude selbst wird jedoch nicht mit Alarmsirenen ausgestattet und daher keinen Lärm verursachen. Lediglich ein Tonsystem im Inneren wird die diensthabenden Mannschaften über neue Einsätze benachrichtigen.

KÖNIGSBERG

Heringsfest unter den Top 50 der Veranstaltungen

Doppeltes Jubiläum: 75 Jahre Fischereiexpeditionen und 105-jähriges eines Nationalgerichts

Der Heringstag ist eines der beliebtesten Feste im Königsberger Gebiet. Er wird auf der Promenade des Ozeanmuseums in Königsberg gefeiert. Ursprünglich wurde dieser Feiertag anlässlich des Beginns der jährlichen Fischereisaison im Frühjahr ins Leben gerufen. Inzwischen zieht das jährlich am Pregel stattfindende Fest viele Besucher an.

In diesem Jahr gab es gleich zwei Jubiläumsveranstaltungen – den 75. Jahrestag der ersten sowjetischen Heringsexpeditionen, die im Jahr 1948 vom Königsberger Hafen aus starteten. Sie standen im Mittelpunkt der Feierlichkeiten. Damals fuhren die ersten Schiffe von Königsberg aus auf den Atlantik und markierten damit den Beginn der Fischereiflotte und der Fischereindustrialie in der Königsberger Exklave.

Das zweite zu feiernde Ereignis galt dem 105. Jahrestag des beliebten und berühmten Gerichts „Hering im Pelzmantel“. Es wird angenommen, dass der Gastwirt Anastas Bogomilow 1918 in schwierigen revolutionären Zeiten beschloss, ein neues einfaches Gericht zu

entwickeln. Der Hauptbestandteil des Salats war Hering mit Gemüse.

Das Ozeanmuseum hatte zusammen mit seinem Partner, dem Verband der Gastronomen und Hoteliers, einen Wettbewerb für die originellste Dekoration des

Heringssalats veranstaltet. Der Wettbewerb wurde in den zwei Kategorien „Amateure“ und „Profis“ ausgetragen. Außerdem beschloss das Museum, eine Sammlung der besten Königsberger Fischrezepte zu veröffentlichen.

Am Heringstag wurden am Pregelufer zahlreiche Erinnerungen der Veteranen wach, die bei den Feierlichkeiten Fischergeschichten erzählten. Daneben erwarteten die Besucher Angebote für Arbeitsgruppen und Museumsaktivitäten, Musik über das Meer, Auftritte von Künstlern und natürlich frische Fischgerichte, die unter freiem Himmel zubereitet wurden. Das Heringsfest fand auch noch an einem weiteren Ort statt: Neben der Pregelpromenade konnten Heringsliebhaber auch den Alten Leuchtturm am Kurischen Haff besuchen, der seit Kurzem ebenfalls zum Bestand des Ozeanmuseums gehört.

Übrigens wurde der Heringstag zu einer der besten Veranstaltungen des Jahres in der Russischen Föderation gewählt. Immerhin wurden in diesem Jahr mehr als 1000 Bewerbungen aus 70 Regionen Russlands für den Wettbewerb eingereicht. Das führte dazu, dass der nationale Kalender von „EventsInRussia.com“ das Heringsfest in Königsberg auf die Top-50-Liste der Veranstaltungen des Jahres 2023 setzte. Jurij Tschernyschew



Dichtes Gedränge auf der Pregelpromenade: Heringsfest in Königsberg Foto: J.T.

MELDUNGEN

Von Allenstein nach Antalya

Schimanen – In der Sommersaison gibt es wieder neue Flugangebote vom Flughafen in Schimanen. Diesmal werden Flüge in die Türkei angeboten. Der größte polnische Reiseveranstalter ITAKA kündigte die Aufnahme der ersten Charterverbindung nach Antalya an. Die Flüge auf dieser Strecke starten am 21. Juni und werden bis zum 20. September jeden Mittwoch möglich sein. Auf der Website des Reiseveranstalters und in Reisebüros können die Flüge bereits gebucht werden. Die Flugzeit nach Antalya beträgt etwa drei Stunden. Die Kapazität der Flugzeuge beträgt 189 Passagiere. ITAKA-Kunden können im Rahmen einer Sonderaktion auch kostenlos am Flughafen Allenstein-Masuren parken. In der Vergangenheit war es möglich, von Schimanen aus nach Bulgarien und Kroatien zu fliegen, und das Angebot war sehr beliebt. Mit dem Ausbruch der Pandemie wurden diese Routen jedoch eingestellt. D.K.

Schiffssaison ist eröffnet

Masurische Seenplatte – Anfang April startete in diesem Jahr die Masurische Schifffahrtsgesellschaft in die Saison. Die Fahrten ihrer Schiffe begannen, obwohl die Schifffahrtswege noch nicht ausgezeichnet waren. Das sei aber kein Problem, so die Vorsitzende der Gesellschaft, Lidia Należyty: „Unsere Kapitäne sind sehr erfahren, sie sind schon gefahren, bevor es auf den masurischen Seen Bojen oder markierte Fahrrinnen gab; sobald das Eis geschmolzen ist, sind sie unterwegs.“ Wegen der Reparatur des Lötzener Kanals gibt es nur eine Fahrt am Tag von Lötzen nach Angerburg und zurück. Auch bei sonstigen Touren auf dem Mauersee sind weniger Schiffe unterwegs. Dafür sind mehr Fahrten in den südlichen Teilen der Masurischen Seenplatte, nach Nikolaiken, Rudzanny und Rydzewen vorgesehen. Nachmittags können Fahrgäste auch einen Abstecher von Lötzen nach Steinort unternehmen. U.H.

Heller und günstiger

Sensburg – Die Landgemeinde Sensburg modernisiert ihre Beleuchtung, um so heller und sparsamer für Licht zu sorgen. Auf dem Gemeindegebiet werden 400 Leuchtmittel durch energiesparende ersetzt. Außerdem wird es auch komplett neue Lampen geben. Das betrifft die Orte Proberg, Mühlenthal, Muntowenwolla und Mertinsdorf. Es ist die zweite Etappe des Beleuchtungswechsels; bereits die erste hat die Ausgaben für Strom um ein Viertel, einige Zehntausend Zloty, sinken lassen. Laut dem Vertrag mit dem Auftragnehmer soll bis zur ersten Hälfte des kommenden Jahres die Modernisierung der Beleuchtung beendet sein. Für den Austausch hat die Gemeinde Sensburg umgerechnet zirka 288.000 Euro aus dem Regierungsprogramm Polski Ład (Polnische Ordnung) erhalten. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Müller, Gerda, geb. Kunkel, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 26. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Braun, Else, geb. Rehfeld, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Tepner, Hans, aus Königsberg, am 27. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Borowski, Edith, geb. Pauliks, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Fromme, Erika, geb. Marquard, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai
Miltz, Sieglinde, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Stimmel, Renate, geb. Burghardt, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Breidenbach, Erna, geb. Skorzinski, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Mai
Köring, Elisabeth, geb. Romoth, aus Treuburg, am 27. Mai
Stabbert, Erna, geb. Jebramzik, aus Glinken, Kreis Lyck, am 28. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klein, Ursula, aus Richau, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Losch, Erika, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Pucknat, Waldemar, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Rückemann, Ruth, geb. Lottermoser, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Schulz, Eva, geb. Schröter, aus Neidenburg, am 1. Juni
Sehnwitz, Dora, geb. Priebe, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bruse, Erika, geb. Bredow, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Gentek, Anneliese, geb. Jakob, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Kremp, Helmut, aus Stehla, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Priebe, Gerda, geb. Sych, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Windelbandt, Ingeborg, geb. von Bock, aus Diewens, Kreis Fischhausen, am 1. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hölker, Irmgard, geb. Baginski, aus Kielen, Kreis Lyck, am 28. Mai
Kemstedt, Edith, geb. Augustin, aus Lyck, am 26. Mai
Kohn, Charlotte, geb. Klemusch, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Sonntag, Günter, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 28. Mai
Thurau, Ursula, geb. Kirsch, aus Freiwalde, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Toffel, Gerhard, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dombrowski, Irma, geb. Sczech, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 26. Mai
Grahm, Helmut, aus Polkehnen, Kreis Mohrungen, am 30. Mai
Knoll, Edith, geb. Krause, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Mai
Lemke, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Linde, Elizabeth, aus Wehlau, am 31. Mai
Tobe, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai
Wincenz, Käthe, geb. Warias, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Frank, Alfred-Kurt, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Kelpel, Erika, geb. Nagaitschik, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. Mai

Krause, Egbert, aus Ortelsburg, am 31. Mai
Pfahl, Gerhard, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Utesch, Hildegard, geb. Melzer, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buy, Dr. Frans du, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 31. Mai
Flöß, Siegfried, aus Treuburg, am 27. Mai
Gebhardt, Frieda, geb. Tuzcinski, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Johst, Eva, geb. Kohse, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Kappner, Lisbeth, geb. Andres, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Nowozin, Käthe, geb. Ceranski, aus Großwalde, Kreis Neidenburg und aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Preuss, Herbert, aus Taabern, Kreis Mohrungen, am 31. Mai
Radszuweit, Ulrich, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Römstedt, Edeltraud, geb. Lange, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Santvliet, Elfriede van, geb. Makoschey, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Schnurpfeil, Else, geb. Stallbaum, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Siegmond, Richard, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Augustin, Siegfried, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 30. Mai
Benisch, Elfriede, geb. Schulz, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Drescher, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Hillebrandt, Edith, geb. Napiwotski, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 27. Mai
Ignaciuk, Alfreda, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai
Igne, Gretel, geb. Preuk, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

Kliß, Ingrid, geb. Malinka, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 31. Mai
Marten, Ursula, geb. Passargus, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Mundry, Helga, geb. Wichmann, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Mundt, Ilse, geb. Bendzko, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 1. Juni
Pflanz, Renate, geb. Golenia, aus Treuburg, am 1. Juni
Pukallus, Helmut, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Schild, Siegfried, aus Neidenburg, am 27. Mai
Schnelle, Magdalena, geb. Zilla, aus Großschollen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Mai
Vieten, Waltraud, geb. Karschau, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Waliczek, Irmgard, geb. Telczian, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 26. Mai
Wisniewska, Irena, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bustian, Elfriede, geb. Dommasch, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Gillwald, Günter, aus Reichau, Kreis Mohrungen, am 28. Mai
Helle, Anita, geb. Rosbach, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Kalweit, Werner, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Lask, Werner, aus Statzen, Kreis Lyck, am 29. Mai
Lendzian, Heinz, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Malec, Eva Maria, geb. Brosowski, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Naujokat, Günter, aus Lyck, am 27. Mai
Nörenberg, Edith, geb. Borowy, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. Mai
Reinke, Christiane, geb. Schupetta, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Schmidt, Erika, geb. Böhnke, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Waschull, Anita, geb. Ferber, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. Mai
Wood, Ruth, geb. Kamp, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Zimmermann, Inge, geb. Scheffler, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Claußnitzer, Ruth, geb. Schlachta, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Selbstbehauptungskurs für Kinder. Neues Kurs-Angebot am Elmshorner Mehrgenerationenhaus „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: ein Selbstbehauptungs- und Resilienztraining für Kinder von sechs bis elf Jahren.

Unter dem Motto „Entdecke Deine Bärenkräfte“ lernen die Kinder ihr Herz gegen Beleidigungen zu schützen, auf ihre Gefühle zu hören, eigene Bedürfnisse klar zu äußern, ihren Fähigkeiten zu vertrauen, Konflikte selbstständig und gewaltfrei zu lösen sowie Gefahren zu erkennen und Hilfe zu holen. Leiterin Ilona Prell: „Nach

dem erfolgreichen Konzept von ‚Stark auch ohne Muckis‘ zeige ich den Kindern bärenstarke Übungen, damit sie ein Leben voller Freude und Leichtigkeit führen können!“

Der Kurs findet am Sonnabend, 3. Juni, 10 bis 14 Uhr in der Dittchenbühne statt und kostet 59 Euro pro Kind. Nähere Informationen erhalten Sie per E-Mail: baerenkraft@mail.de, Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



FOTO: FORUM BALTIKUM - DITTCHENBÜHNE

Feucht, Helga, geb. Rosenfeld, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Fligge, Doris, geb. Mögle, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Garbrecht, Gerhard, aus Ebenrode, am 29. Mai
Gemsjäger, Marianne, geb. Ringlau, aus Wehlau, am 26. Mai
Gorontzi, Martin, aus Ortelsburg, am 28. Mai
Grabowski, Anneliese, geb. Hofer, aus Groß Blumenau, Kreis Fischhausen, am 29. Mai
Grütmacher, Edith, geb. Langanka, aus Schönhöfen, Kreis Treuburg, am 26. Mai
Locklair, Siegfried, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Lohse, Renate, geb. Belusa, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 1. Juni
Oelgeschleger, Gerda, geb. Truschkowski, aus Groß Trauersee, Kreis Neidenburg, am 28. Mai
Raffel, Henning, aus Königsberg, am 31. Mai
Rokoschinski, Gisela, geb. Röhrig, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. Mai

Thomsen, Barbara, aus Lyck, am 31. Mai
Viereck, Inge, geb. Spogat, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Warg, Martha, geb. Klein, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Wegner, Dorothea, geb. Kempka, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 27. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bohlius, Dr. Rainer-Georg, aus Lötzen, am 30. Mai
Harms, Ilse, geb. Konrad, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 27. Mai
Kebbedies, Dietmar, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Lehmann, Werner, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Masuch, Harry, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 1. Juni
Schütze, Ingeborg, geb. Hensel, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai

Zusendungen für die Ausgabe 23/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 23/2023 (Erstverkaufstag 9. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 30. Mai**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

26. bis 28. Mai: 9. **Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kom-**

munalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
Infos unter Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Kulturtagung

Landesgruppe – Sonnabend, 24. Juni, 14 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: 7. Kulturtagung der Landsmannschaften Ostpreußen mit Memel, Westpreußen mit Danzig, Pommern, Weichsel-Warte, Deutsch-Balten statt. Mit dem gemeinsamen Kulturtag soll die Verbindung der Landsmannschaften aus den Heimatgebieten entlang der Ostsee gefestigt werden. Wolfgang Freyberg, ehemaliger Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, hält einen Vortrag zu „Bernstein – Das Gold der Ostsee“. Seit Jahrhunderten fasziniert und verbindet Bernstein die Menschen in aller Welt. Bernstein, auch das „Gold der Ostsee“ genannt, ist kein Stein, sondern ein erhärtetes fossiles Harz aus einer Kiefernart und um die 30 Millionen Jahre alt. Bernstein lagert seit Millionen von Jahren in großen Beständen vor der baltischen Küste. Besonders viel findet man bis heute an der jetzt zu Russland gehörenden Küste des Samlandes, wo noch immer jährlich mehrere Hundert Tonnen abgebaut werden.

Interessant sind für Wissenschaftler die im Bernstein eingeschlossenen Pflanzenteile, Kleintiere und Insekten, vermitteln sie doch ein Bild vom urzeitlichen Leben auf unserem Planeten. Seinen Namen erhielt Bernstein, weil er brannte und angezündet sogar als Weihrauchersatz diente. Viele Sagen, Legenden und Märchen ranken sich von Alters her um das „Gold der Ostsee“, dem sogar

Heilkräfte nachgesagt werden, und das seit Menschengedenken ein begehrter Schmuck ist. Der Vortrag behandelt viele Aspekte zum Thema Bernstein und zeigt zahlreiche Abbildungen dazu.

Heimatinacht

Stuttgart – Dienstag, 13. Juni, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, 2. Stock, Zimmer 219: Heimatinacht der Kreis- und Frauengruppe. Mit Lesungen und Gedichten wollen wir an Ruth Geede gedenken, unsere Heimatdichterin, Schriftstellerin und „Mutter“ der Ostpreußischen Familie in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die vor fünf Jahren verstorben ist. Dazu wollen wir unsere ostpreußischen Lieder singen und mit dem Ostpreußenlied den Nachmittagsausklang lassen.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Ost-, Westpreußen und Pommern-Treff

Nürnberg – Dienstag, den 30. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser: Pommern Teil 2.

**Hessen**

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Typisch ostpreußisch

Kassel – Donnerstag, 1. Juni, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-

talstraße 140: Heimatinacht unter dem Titel „Typisch ostpreußisch“. Annemarie von Bahrfeldt stellt Heiteres und Besinnliches aus der Heimat vor. G.L.

**Niedersachsen**

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Termine

Oldenburg – Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Stadthotel, Oldenburg: Vortragsveranstaltung über „Bismarcktürme in Ostpreußen“. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

**Nordrhein-Westfalen**

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Termine in Düren

Düren – Mittwoch, 7. Juni, 17 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Gartenpar-

ty der Gruppe Düren e.V. Im Juli machen wir Ferien.

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mitgliederversammlung

Landesgruppe – Sonntag, 18. Juni, Haus der Heimat, Wilhelminenstraße 47-49, Kiel: Mitgliederversammlung (MV) und Vortragsveranstaltung der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. Auf der MV steht nach der Entlastung des Vorstandes und Schatzmeisters, der Beschluss zur Satzungsänderung und der Geschäftsordnung des Vorstandes sowie die Wahl des 1. Vorsitzenden, des Schriftführers, eines Beisitzers und eines Kassensprüfers an.

Nach 48 Jahren wiedergewählter Landeskulturreferent und 18 Jahren Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein steht Edmund Ferner für diese Positionen nicht wieder zur Verfügung. Er wird der MV zur Ernennung zum Ehrenvorsitzenden vorgeschlagen werden. Eine Laudatio für Ferner wird von seinen langjährigen Weggefährten erwartet.

Bei der Vortragsveranstaltung am Nachmittag durch den Referenten und Buchautor J. Ulrich Stange handelt es sich um das historische Thema „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757 bis 1762“, ein ebenso interessanter wie nahezu unbekannter Abschnitt der preußischen und vor allem ostpreußischen Geschichte.

Hans-Albert Eckloff

Monatstreffen

Bad Schwartau – Donnerstag, 1. Juni 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34A: Jahreshauptversammlung mit fol-

gender Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, 2. Totenehrung, 3. Ordentliche Feststellungen, 4. Jahresbericht des Vorstandes, 5. Kassenbericht, 6. Bericht der Kassenprüfer, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Beschlüsse und Anträge, 9. Verschiedenes, 10. Ostpreußenlied. Im Anschluss: „Die humanitäre Bilanz Preußens“, Vortrag von Edmund Ferner – LO Schleswig-Holstein, Landeskulturreferent

Hans-Albert Eckloff

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e. V.

Flensburg – Hohe kirchliche Auszeichnung für Waltraut Grimm.

Die Kirchenleitung der Nordelbischen Evangelischen-Lutherischen Kirche hat erstmals im Juli 1994 das Ansgarkreuz als ihr Dankzeichen gestiftet. Diese Tradition hatte die Nordkirche, der Zusammenschluss der drei Kirchen, Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche (NEK), Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs (ELLM) und Pommerische Evangelische Kirche (PEK), im Jahre 2012 übernommen. Die Verleihung des Ansgarkreuzes geschieht im Gedenken an Ansgar von Bremen, der im 9. Jahrhundert als Erzbischof von Hamburg-Bremen in Norddeutschland und Skandinavien wirkte und unter dem Namen Apostel des Nordens in unserer Erinnerung ist. Die Auszeichnung wird jährlich an Gemeindeglieder verliehen, „die durch großen persönlichen und ehrenamtlichen Einsatz in der kirchlichen Arbeit, der vorbildlichen Förderung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland und deren Dienste und Werke sowie durch beispielhaftes Eintreten für den christlichen Glauben in der Öffentlichkeit hervorgetreten sind“.

Diese Ehrung wurde unserem Mitglied Waltraut Grimm im April durch die Überreichung des Kreuzes durch Pröbstin Rebecca Lenz

im Rahmen eines Festgottesdienstes zuteil.

Grimm hat sich, obwohl sie eigentlich schon seit Jahren im Ruhestand sein könnte, aber immer noch als Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei aktiv ist, seit vielen Jahren ehrenamtlich im Adelbyer Kirchengemeinderat auf allen Ebenen eingesetzt, sich in hohem Maße bei Gottesdiensten und Amtshandlungen eingebracht und alle Belange der Kirchengemeinde engagiert und kompetent mitgestaltet.

Der Vorstand und alle Mitglieder gratulieren Waltraut Grimm von ganzem Herzen zu dieser besonderen, sicher nicht alltäglichen Ehrung.

Michael Weber

**Ostpreußisches Landesmuseum**

Lüneburg – Freitag, 2. Juni, 18.30 Uhr, Eintritt frei: Ausstellungseröffnung „Die Kügelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland“. Kuratiert wurde die kulturhistorische Wanderausstellung von den Historikern Dr. Matthias Donath und Dr. Lars-Arne Dannenberg vom Zentrum für Kultur/Geschichte in Niederjahna in Sachsen, die in die Ausstellung einführen werden. Zur Eröffnung wird der Gesandte der Republik Estlands, Kalvi Noormägi, ein Grußwort sprechen. Musikalisch untermalt wird die Eröffnung durch den Cellisten Fabian Sturm. Zur Ausstellung erscheint eine Begleitpublikation, die im Museum erworben werden kann.

Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B

**Abonnieren Sie die PAZ**
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Angerapp

Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

Hauptkreistreffen

Lüneburg – Sonnabend, 3. Juni, 10 Uhr, Krone Bier- & Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Hauptkreistreffen. Vorläufiges Programm: 10 Uhr: Beginn der Versammlung, 11.30 Uhr: Vortrag, 12.30: Mittagessen, 14 Uhr: Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums einschließlich Führung, danach gemütliches Kaffeetrinken und Planchieren im Bernsteinkaffee. Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute aus dem Kreis Angerapp sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen, begrüßen zu können.

Gerdaunen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, GSt.: Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdaunen.de

Wahl der Kreistagsmitglieder

Rendsburg – Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 Uhr, Kleiner Festsaal, Hotel Conventgarten, Hindenburg-

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

straße 38, 24768 Rendsburg: Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft.

Laut Paragraph 1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdaunen: fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpawen): drei Vertreter, Assaunen, Friedenberg/Groß Schönau, Klein Gnie, Laggarden/Löwenstein, Molthainen/Momehnen, Muldszen (Mulden), Abteilung GIRDAWE: jeweils ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinsatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdaunen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Uwe Nitsch, Dietmar Plaumann;

Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpawen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno; Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher;

Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggarden/Löwenstein: Gertrud Holtermann;

Kirchspiele Molthainen/Momehnen: Monika Weppelmann; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann; Abteilung GIRDAWE: Brigitte Haverz-Krüger.

Für das Kirchspiel Friedenberg/Groß Schönau liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens 7. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Kirsten Nelles, Unterstraße 13a, 24977 Langballigholz, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum,

Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern.

Walter Mogk, Kreisvertreter

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise:

Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Arvydas Vaitkus im Amt

Memel – Am Donnerstag, 20. April, hatten wir, der Deutsche Kul-

turverein Memel, zusammen mit dem Ehrenbürger der Stadt Memel, Uwe Jurgsties, die Ehre an der Amtseinführung des neuen Bürgermeisters Arvydas Vaitkus teilzunehmen.

Wir übermittelten die herzlichsten Glückwünsche des Deutschen Kulturvereins Memel und der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise und übergaben ein Weinpräsent dem neu gewählten Bürgermeister. Wir wünschen ihm alles erdenklich Gute, viel Kraft und Erfolg für seine Arbeit für unsere Heimatstadt.

Heiko K. Kreßin

Lycyk

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hagen-Lycker Brief

Hagen – Der 81. Hagen-Lycker Brief (HLB) ist vor wenigen Tagen erschienen und allen Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Lycyk zugesandt worden.

Der HLB ist wieder gut gelungen und lesenswert, er enthält Artikel aus alter und neuester Zeit. Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee hat dem Redakteur Andreas Schenkewitz für die gute Arbeit gedankt. Wer den HLB nicht erhalten hat und ihn möchte, der wende sich an Andreas Schenkewitz, Am Wall 65, 15366 Dahwitz-Hoppegarten, E-Mail: ritterrausslitz@kabelmail.de



Gratulationen zur Amtseinführung des neuen Bürgermeisters in Memel: (von links) Heiko K. Kreßin, Arvydas Vaitkus und Uwe Jurgsties

Rätsel

Large crossword puzzle grid with various clues in German. Includes a small 4x4 grid at the top left and a 6x6 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating word positions.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen einen Pilz und eine Edelkastanie.

- 1 Betragen, Verhalten (ugs.)
2 Prachteingang
3 uniformartige Dienstkleidung
4 Sinfonie Beethovens
5 Grund, Ursache
6 Einsiedler, Klausner

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für eine außergewöhnliche Begabung.

- 1 Volk, politische Gemeinschaft, 2 höherer Schulabschluss, 3 altgriechische Stadt, 4 berühmter Filmhund, 5 Auftraggeber, Mandant

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a circular path of 11 numbered fields.

Heimatkreisgemeinschaften



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Nachruf für Bernd Krause

Am 20. Februar 1942 wurde Bernd Krause in Berlin-Neukölln geboren. Seine Eltern stammen aus dem Kreis Mohrungen; sein Vater aus Wiese und seine Mutter aus Gildenboden. Durch die Flucht 1945 kam die Familie wieder nach Berlin. Sein Vater war Soldat und fiel 1945. Sein Grabstein ist auf dem Heldenfriedhof Berlin-Neukölln.

Seine Mutter war 1951 Mitbegründerin der Gruppe „Berliner Heimatkreis“, und er begleitete sie immer zu allen Treffen.

In Handarbeit fertigten die Mitglieder des Berliner Heimatkreises eine eigene Fahne mit dem Kreis Mohrunger Wappen an. Der Wunsch seiner Mutter war es, die Fahne nach Mohrungen in die Heimat zu bringen. Im Juni 2016 erfüllte Bernd Krause seiner Mutter den Wunsch. In einer feierlichen Zeremonie, im Beisein des Mohrunger Bürgermeisters, fand die Fahne ihren Platz in den „Mohrunger Stuben“ im historischen Rathaus in Mohrungen.

Seit 2015 war Bernd Krause Mitglied der Kreisgemeinschaft Mohrungen. Die Heimatverbundenheit zeigte er an der aktiven Teilnahme an den Veranstaltungen und unterstützender Mitarbeit im Verein sowie gemeinsamen Reisen in die Heimat der Vorfahren. Voller Stolz und mit Würde vertrat er als Fahnenträger den Kreis Mohrungen, zuletzt beim Jahrestreffen der Ostpreußen im Juni 2022 in Wolfsburg. Als Dank und in Würdigung seiner Leistungen wurde Bernd Krause am 18. September 2022 das „Ehrenzeichen in Silber“ von der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. verliehen.

Am 13. April verstarb unser Heimatfreund. Die Kreisgemeinschaft Mohrungen wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Den Hinterbliebenen sprechen wir

unser tiefempfundenes Mitgefühl aus.

Ingrid Tkacz, Luise-Marlene Wölk und Frank Panke, der Vorstand der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimatbrief und Treffen

Bochum – Der Heimatbrief Nummer 160 Pfingsten 2023 wurde von unserem Schriftleiter Wilfried Brandt fertiggestellt und befindet sich bei der Firma Rautenberg zum Druck. Aus heutiger Sicht wird er pünktlich zu Pfingsten bei den Interessenten vorliegen. Ich finde es ist wieder ein gelungenes Werk.

Mitglieder, die in der Heimatdatei eingetragen sind, bekommen den Brief automatisch und kostenlos zugeschickt. Sollten Sie keinen Heimatbrief erhalten haben, oder besteht Bedarf auch bei anderen interessierten Personen, so melden Sie sich beim Kreisvertreter oder beim Schriftleiter Wilfried Brandt unter Telefon (042849) 1527. Es wird Ihnen dann umgehend ein Exemplar des beliebten Heimatbriefes zugeschickt.

Wir möchten schon heute auf unser diesjähriges Heimattreffen am 27. August hinweisen. Wie Sie ja wissen, jährt sich die Patenschaft mit der Stadt Bochum in diesem Jahr zum 70. Mal. Aus diesem Grunde wird es eine kleine Feierstunde geben, in der der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Thomas Eiskirch, ein Grußwort und der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene, Heiko Hendriks, die Festrede halten werden.

Ich denke, dass diese Veranstaltung einen guten Besuch verdient hat. Merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor, und regen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder an, Sie zu begleiten und ebenfalls an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet und wollen die Erinnerung an die Geschichte, die Kultur und die Menschen Ostpreußens

aufrechterhalten und an die jüngeren Generationen weitergeben.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Heimatreise

Ortelsburg – Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg reist in die Heimat. Einige Plätze sind noch frei. Die Reise beginnt am 25. Juni und endet am 4. Juli. Die Route führt über Breslau und Warschau. Es sind vier Übernachtungen in Allenstein geplant. An einem Tag besucht die Reisegruppe Ortelsburg. Bei Interesse bitte bei der Reiseleitung Christel Sender melden, telefonisch unter (0209) 207614, per E-Mail: ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Regionaltreffen

Hamm-Westtünen – Sonntag, 4. Juni, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim des Schützenvereins Westtünen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode mit folgendem Programm: 10 Uhr: Saalöffnung für alle Teilnehmer, 12 Uhr: Eröffnung / Begrüßung, Totenehrung, Grußworte, Ansprache des Kreisvertreters, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes, gemeinsames Singen der Nationalhymne, Schlusswort des Kreisvertreters, anschließend: gemütliches Beisammensein.

ANZEIGE

Mannheim



Von jungen Menschen aus Memel gestaltet: Ostseedünenlandschaft zeigt mit Kurenwimpel und Strandhafer im Luisenpark, was die Flora der Mannheimer Partnerstadt ausmacht
Foto: Uwe Jurgsties

Memeler Düne für die BUGA

Der „Garten der Partnerstädte“ wurde feierlich eröffnet und wird auch nach Oktober 2023 erhalten bleiben

VON UWE JURGSTIES

Nach über zweijähriger Planungs- und Vorbereitungszeit konnte der „Garten der Partnerstädte“ auf dem BUGA 23-Gelände im Luisenpark feierlich eröffnet werden. „Der Garten ist das sichtbare Symbol für die engen Verbindungen Mannheims mit unseren Partnerstädten weltweit und unterstreicht die hohe Bedeutung internationaler Beziehungen für unsere Stadt. Es freut mich sehr, dass in Mannheim nun ein Ort geschaffen wurde, an dem die Partnerstädte durch gärtnerische Anlagen und Informationen“ sichtbar und erlebbar sind, betonte Oberbürgermeister Peter Kurz anlässlich der Einweihung.

An den Feierlichkeiten nahmen zahlreiche kommunale Vertreter aus Mannheims Partnerstädten teil, darunter Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, Bydgoszcz (Polen), Chişinău (Republik Moldau), Haifa (Israel), Riesa, Swansea (Vereinigtes Königreich), Toulon (Frankreich), Windsor (Kanada) und Zhenjiang (VR China).

Die Besonderheit dieses Gartens ist, dass er von Beginn an als internationales Projekt konzipiert wurde. Die Stadt Mannheim, der Luisenpark, die Bundesgartenschau-Gesellschaft Mannheim 2023 gGmbH und der Förderverein Städtepartnerschaften Mannheim e.V. banden dazu die zwölf Partnerstädte Mannheims aktiv in die Vorbereitung und Umsetzung des Gartens ein. Bereits im Oktober 2021 hatten Gartenbauexperten aus Mannheims Partnerstädten einen gemeinsamen Planungsentwurf für die Gestaltung des circa 800 Quadratmeter großen Arealen in einem virtuellen Fachkolloquium ausgearbeitet. Im Sommer 2022 ging es dann an die praktische gärtnerische Arbeit zusammen mit jungen Menschen aus den Partnerstädten.

Eine Woche lang arbeiteten die Ehrenamtlichen aus acht Mannheimer Partnerstädten gemeinsam mit Auszubildenden der Stadt Mannheim, des Luisenparks und der BUGA 23, um den Garten der Partnerstädte gärtnerisch vorzubereiten. Heute lädt der Garten die Gäste auf eine Reise durch Mannheims Partnerstädte ein. So präsentiert sich jede Partnerstadt mit von ihnen selbst gestalteten

gärtnerischen Anlagen und bietet weiterführende Infos zur Geschichte der Städtepartnerschaften sowie den ausgewählten Gartenelementen.

Um die Verbundenheit der Städte hervorzuheben, pflanzten Oberbürgermeister Kurz, Michael Schnellbach, Geschäftsführer der BUGA 23, Ellen Oswald, Gärtnerische Leiterin Luisenpark, Rüdiger Finke, Vorsitzender des Fördervereins Städtepartnerschaften, und die Repräsentanten der Partnerstädte symbolisch gemeinsam eine Weide im Herzen des Gartens. Viele Besucher „der BUGA 23 werden diesen Garten erleben und spüren, dass sein wichtigstes Kennzeichen der Geist von Verständigung und Toleranz ist. Dieser Garten symbolisiert, wofür wir alle arbeiten und stehen: Er ist ein sichtbares Zeichen von Frieden, Freiheit und Völkerverständigung“, erklärt BUGA-Geschäftsführer Schnellbach.

Auch der Förderverein Städtepartnerschaften hatte eigens für den Garten das Stahl-Kunstwerk „Eine Welt“ anfertigen lassen, das ebenso im Zuge der Eröffnungsveranstaltung eingeweiht werden konnte und auf besondere Weise die Verbundenheit der Partnerstädte Mannheims symbolisiert.

Die Besonderheit dieses Gartens ist, dass er gemeinsam mit den Partnerstädten konzipiert und realisiert wurde und nach Ende der Bundesgartenschau Mannheim 2023 als dauerhafter gärtnerischer Bestandteil im Luisenpark weitergepflegt wird. Der Garten ist ein sichtbares Symbol für die engen Verbindungen Mannheims

mit den zwölf Partnerstädten weltweit.

Patenschaft und Partnerschaft

Die Internetseite der Stadt Mannheim beschreibt den Memeler Garten wie folgt:

„Klaipėda liegt an der Ostsee, am nördlichen Ende der Kurischen Nehrung, jener Ostseeelagune mit den langen ausgedehnten Sandstränden, die schon Thomas Mann als Urlaubsort schätzte und deren Kulturlandschaft seit 2009 zum UNESCO-Welterbe zählt.“

Eine Düne ist das zentrale Gestaltungsmerkmal des Partnergartens von Klaipėda. Der kleine Holzsteg, der über die Düne führt, verstärkt das Ostsee-Feeling, ebenso wie die Sitzbank, die aus einem massiven Holzblock gefertigt ist. Strandhafer, verschiedene Gräser und Stauden sind die vorherrschenden Pflanzen. Damit der Wind den Sand nicht wegwehen kann, wurden aus getrockneten Weiden sogenannte Faschinen angelegt.

Kurenwimpel sind Fahnen, die Fischer am Kurischen Haff an ihren Schiffen anbringen, um ihren Heimathafen anzuzeigen. Diese und das Wappen von Klaipėda und aus Weiden kunstvoll geflochtene Fische schmücken den Garten.“

Mannheim übernahm bereits 1915 eine Patenschaft für Memel. 2002 unterzeichneten die Stadt- und Partnerhaupte den Partnerschaftsvertrag, dessen gelungenes Ergebnis die Wanderausstellung ‚Von der Patenschaft zur Partnerschaft. 100 Jahre Mannheim – Memel/Klaipėda‘, anschaulich dokumentiert.



Ein Elch für Memel: Weltkugelskulptur im Garten der Partnerstädte

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

SEEDIENST OSTPREUSSEN

Erfolgreiche Umgehung des polnischen Korridors

Die Fährverbindung zwischen dem „Mutterland“ und Ostpreußen wurde nach Anfangsschwierigkeiten eine beliebte Reisemöglichkeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Durch die Gebietsverluste infolge des Versailler Friedens wurde Ostpreußen zu einer Exklave des Deutschen Reiches. Der Zugang auf dem Landweg war nun nur noch über den Polnischen beziehungsweise Danziger Korridor möglich, was zu vielerlei Behinderungen im Reise-, Post- und Güterverkehr führte. So gestalteten sich beispielsweise die Bahnfahrten auf der Strecke zwischen Berlin und Königsberg deutlich beschwerlicher als früher. Außerdem musste mit polnischen Schikanen gegen die aus dem Westen anreisenden Stimmberechtigten bei der Volksabstimmung vom Juli 1920 gerechnet werden, die der Klärung der künftigen Zugehörigkeit des Regierungsbezirkes Allenstein diene.

Aus diesen Gründen beschloss das Verkehrsministerium der Weimarer Republik, eine Fährverbindung zwischen dem „Mutterland“ und Ostpreußen einzurichten, wobei die Endpunkte zunächst in Swinemünde und Pillau lagen. Diese neue kombinierte Personen- und Frachtverbindung erhielt die Bezeichnung „Seedienst Ostpreußen“, welche auf den Konsul Oswald Haslinger von der Reederei Robert Meyhoefer zurückging.

Endpunkte zunächst Swinemünde und Pillau

Als erstes Schiff des Seediensates verließ am 30. Januar 1920 das frühere Minensuchboot M 140 unter seinem nunmehrigen Namen „Hörnum“ den Hafen von Swinemünde. Es gehörte der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (H.A.P.A.G.), die wenig später zusätzlich auch die „Helgoland“ auf die Reise nach Ostpreußen schickte. Dazu kamen im Laufe des Jahres 1920 noch weitere Schiffe: der ehemalige Passagier-Tender „Gruessgott“ des Norddeutschen Lloyd (NDL) in Bremen, der Seitenrad-



Bei Reisenden äußerst beliebt: Fahrten auf Schiffen des Seediensates Ostpreußen, wie hier auf der „Preußen“

dampfer „Prinzessin Heinrich“ und das Seebäderschiff „Bubendey“ der H.A.P.A.G. sowie die Passagierdampfer „Odin“ und „Hertha“ der Stettiner Dampfschiff-Gesellschaft J. F. Braeunlich. Die beiden Letzteren boten den Vorteil, dass sie Schlafkabinen besaßen und damit Nachtfahrten auf der strapaziösen 15-Stunden-Strecke ermöglichten. Mit der „Hertha“ reisten im September 1920 auch Reichspräsident Friedrich Ebert und Wirtschaftsminister Ernst Scholz zur Eröffnung der ersten Deutschen Ostmesse nach Königsberg.

Allerdings begannen die Fahrgastzahlen bereits 1921/22 zu stagnieren, woraufhin zunächst die H.A.P.A.G. aus dem See-

dienst Ostpreußen ausstieg, bevor sich Ende 1924 auch der Norddeutsche Lloyd zurückzog. Bei der letzten Fahrt des Jahres waren nur noch zwei Passagiere an Bord gewesen. Lediglich die Reederei Braeunlich wollte nicht aufgeben, wobei sie vom Reichsverkehrsministerium Rückendeckung bekam, welches die Schifffahrtslinie aus politischen Gründen zu erhalten trachtete. Deshalb ließ es die großen Passagierschiffe „Preußen“ und „Hansestadt Danzig“ bauen, die ab 1926 zum Einsatz gelangten.

In der Folgezeit verlief die Entwicklung des Seediensates Ostpreußen ausgesprochen positiv, was auch an der Erweiterung

des Streckennetzes lag. Bald verkehrten die Schiffe nicht mehr nur von Pillau nach Swinemünde, sondern bis Travemünde und Kiel mit Zwischenstopps in Warnemünde, Binz und Zoppot. Außerdem gab es einzelne Ausflugsfahrten zu litauischen, estnischen oder finnischen Häfen.

Erweiterung des Streckennetzes

1934/35 kamen zwei weitere Einheiten für jeweils rund 2000 Passagiere hinzu: die „Kaiser“ und die „Tannenberg“. Mit dem letzteren Turbinenschiff konnten nun sogar Autos im Liniendienst transportiert werden. Aufgrund der wachsenden Beliebtheit des Seediensates fanden ab 1936

tägliche Fahrten auf der Hauptstrecke statt. Und 1937 stiegen die Fahrgastzahlen dann nochmals, sodass man nun auf jegliche Werbung verzichtete, um nicht noch mehr Kunden anzulocken. Dennoch erzielte das vom Staat getragene und in Zusammenarbeit mit ausgewählten Reedereien betriebene Unternehmen niemals Gewinne.

Das Schicksal der Schiffe nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden die meisten Schiffe des Seediensates Ostpreußen von der Kriegsmarine beschlagnahmt. Die „Kaiser“, „Preußen“, „Hansestadt Danzig“ und „Tannenberg“ kamen danach als Minenleger zum Einsatz, wobei die letzteren Drei am 9. Juli 1941 auf einer Minensperre vor der Südspitze der schwedischen Insel Öland sanken, weil die deutsche Marine die Warnungen des neutralen Landes in den Wind geschlagen hatte.

Dahingegen fungierte die „Odin“ als Sicherungs- und Zielschiff der Technischen Ausbildungsgruppe für Front-U-Boote in Hela, und die „Hertha“ diente als Wohnschiff der 23. beziehungsweise 25. Unterseeboot-Flottille in Danzig. Dabei ging auch die „Odin“ am 7. August 1944 während eines Schießausbildungseinsatzes verloren.

Die übrigen Schiffe des Seediensates Ostpreußen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg verschrottet oder verunglückten auf See. Kurioserweise war der 1920 als erstes in Richtung Pillau ausgelaufene „Hörnum“ letztlich der längste Lebensweg beschieden. Der völlig überalterte Dampfer stand bis 1972 im Fährdienst zwischen Neapel und Ischia und lag danach bis 1994 unter dem Namen „Bucaneer“ als schwimmendes Restaurant im Hafen von Salerno. Seitdem erinnert praktisch nur noch der Ostpreußen-Kai in Lübeck-Travemünde an die einstige Schifffahrtsverbindung nach Ostpreußen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Häuser aus slawisch-deutscher Osmose

„Tag des offenen Umgebendehauses“: Eine Bauweise verbindet Deutsche, Polen und Tschechen architektonisch

Umgebendehäuser sind historische Fachwerkhäuser, die noch im deutschen wie im polnischen Teil der Lausitz, in Nordböhmen, im südwestlichen Niederschlesien, in der sächsischen Schweiz sowie im Vogtland zu finden sind. Etwa 6500 dieser erhaltenen Bauwerke prägen weiterhin die Landschaft im Dreistaateneck der Republik Polen, der tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Häuser aus Naturbaustoffen wie Holz, Lehm, Stroh und Stein kombinieren slawische Blockbauweise mit deutscher Fachwerkbautechnik. Unter den Slawen hatten sich Blockstuben bewährt. Die deutschen Siedler aus Franken und Thüringen brachten im 13. Jahrhundert ihre Fachwerkbauweise mit. Über Jahrhunderte hatte sich das Umgebende als eigene Bauweise etabliert. Aber erst Ende des 18. Jahrhunderts entstand der typische Umgebendebogen, der den Häusern ihren Namen verlieh. Umgebendehäuser haben eine klare Trennung zwischen den einzelnen Bauweisen. Auf einer Block- oder Bohlenstube, die einer einfachen Blockhütte ähnelt, ruht das Fachwerkobergeschoss mit dem Dach.

Eine weitere Besonderheit dieser Bauart ist der aus Granit oder Sandstein gefertigte Türstock, der meist mit dem Baujahr versehen ist. Die Verzierungen verraten den gesellschaftlichen Stand des Besitzers. Sonnenuhren im Giebel, kunstvoll verzierte Fensterrahmen sind Zeugen hoher Handwerkskunst einstiger Zeiten.

Am Sonntag, dem 28. Mai, öffnen nun 97 Umgebendehäuser zum „Tag des offenen Umgebendehauses“ ihre Türen. Darunter sind zehn Objekte in Tschechien und 28 in der Woiwodschaft Niederschlesien.

In Görlitz sind zwei Objekte vom Stadtrand vertreten. So ist hier ein Umgebendehaus aus der Zeit um 1730 in der Mühlgasse 2 im deutschen Ortsteil Tauchritz dabei. Auf der polnischen Seite der Stadt ist das umgesetzte Stellmacherhaus (Zagroda Kolodzieja) in der Aleja Lipowa 1 am „Tag des offenen Umgebendehauses“ beteiligt. Dieses Bauwerk wurde im Jahr 2000 aus dem für den Tagebau Turów aufgegebenen Ort Weigsdorf [Wigancice Żytawskie] hierher versetzt. Über Bober und Quais hinaus zieht sich ein Bogen von Umgebendebauung bis ins Vorland des Riesengebirges. Und je nach Region haben

sich Mischformen des Umgebendes entwickelt. Besonders in den grenznahen Orten findet man Häuser mit Blockbauoberstock. Im Obergeschoss dieser Sonderform wurde statt Fachwerk eine Blockstube errichtet.

Fast überall kann man Häuser mit Bretter-Verschalung in unterschiedlichen

Farbkombinationen und mit Sonnen- oder Schlangenelementen verziert bewundern. Nachdem die Oberlausitz und Nordböhmen an das Eisenbahnnetz angeschlossen gewesen sei, habe sich mit der Verschieferung ein neuer Trend entwickelt, berichtet der Oberlausitznordboehmen.blogspot.com.

„Niederschlesien ist ein Schmelztiegel unterschiedlicher Holzarchitektur mit Umgebendehäusern, dem Schweizer Riegelbau, mit Tiroler- oder Laubenhäusern“, so Elżbieta Lech-Gotthardt vom Verein Stellmacherhaus (Stowarzyszenie Dom Kolodzieja). Dieser Verein ist seit 2005 Partner beim „Tag des Umgebendehauses“. Die Häuser auf der zur Republik Polen gehörenden Seite der Neiße können von 12 bis 18 Uhr besichtigt werden. Besonders sehenswert sind Häuser mit Brettverzierungen in Reichenau [Bogatynia], das einzige Torhaus in Umgebendebauweise in Königshain [Działoszyń] und Häuser mit Laubengängen in Schönberg [Sulików].

Alle offenen Umgebendehäuser in der Woiwodschaft Niederschlesien mit Adressen findet man auf www.stiftung-umgebendehaus.de. „An diesem Tag berichten die stolzen Besitzer der architektonischen Perlen über die Geschichte ihrer Häuser und oft auch der einstigen Bewohner. Sie beraten, wie man diese denkmalgeschützten Bauten pflegt oder wie man an Zuschüsse für ihre oft komplizierte Sanierung kommt oder welche Handwerker dafür erprobt und bewährt sind“, berichtet Lech-Gotthardt. *Chris W. Wagner*



Eine Besonderheit: Umgebendehäuser mit Laubengängen in Schönberg Foto:Wagner

SPUREN DER VERGANGENHEIT

Ein Kaiser-Pavillon in Swinemünde

Die einst jüngste Stadt Preußens und erstes preußisches Seebad bietet viele Sehenswürdigkeiten

VON WOLFGANG REITH

Die Stadt Swinemünde, die heute 41.000 Einwohner zählt, liegt im kleineren, jetzt polnischen Teil der Insel Usedom. Von den insgesamt 445 Quadratkilometern gehört der größte Teil mit 354 Quadratkilometern zu Mecklenburg-Vorpommern. Schon in den Jahren 1875 bis 1880 war der südöstliche Zipfel von Usedom mit dem Ort Caseburg abgetrennt worden, als man einen zwölf Kilometer langen Kanal („Kaiserfahrt“) grub.

Das Gebiet ist seither nur noch von der Nachbarinsel Wollin aus über eine Brücke erreichbar. Auch die Verbindung zwischen Usedom und Wollin war bisher nur durch Fähren möglich. Ende Mai des Jahres soll jedoch die Eröffnung des neuen, seit 2018 im Bau befindlichen Swinetunnels erfolgen. Seit dem Beitritt Polens zum Schengen-Raum am 21. Dezember 2007 fielen die Personenkontrollen an der Grenze, und seither kann man zwischen Ahlbeck und Swinemünde ungehindert am Strand entlanglaufen.

Auch die Usedomer Bäderbahn, die bis 2008 an der Grenze endete, fährt seither bis nach Swinemünde, und für viele deutsche Urlauber, die auf die Insel kommen, gehört ein Besuch des polnischen Teils zum Pflichtprogramm. Immerhin war Swinemünde bis 1945 Deutschlands größtes Seebad und zugleich Verwaltungszentrum der Inseln Usedom und Wollin.

Der Frieden von Stockholm

Als 1720 mit dem Frieden von Stockholm auch die Swinemündung an Brandenburg-Preußen fiel, gab es dort nur zwei unbedeutende Dörfer: Westswine auf Usedom und Ostswine auf Wollin, denn die Swine trennt die beiden Inseln voneinander. Erst Friedrich der Große erkannte die strategische Bedeutung der Lage, da die Swine die kürzeste Verbindung von der Ostsee nach Stettin und weiter in die Oder bildet. Deshalb ordnete er den Ausbau eines Hafens und die Gründung einer Stadt an. Ab 1743 begann die Entwicklung, doch es dauerte noch Jahrzehnte, bis aus den Dörfern beidseits der Swinemündung ein Gemeinwesen wurde.

1754 zählte die Siedlung gerade einmal 670 Einwohner, und am 3. Juni 1765 wurde der Ort durch königliche Kabinettsorder unter dem Namen Swinemünde zur Immediatstadt (unmittelbar dem König unterstellt). Der Aufbau der Verwaltung ging nur schleppend voran, erst 1806 entstand ein Rathaus und man sprach von der „jüngsten Stadt Preußens“.

Inzwischen wuchs auch die Bevölkerung: Lebten 1796 nur 2123 Menschen in Swinemünde, so hatte sich die Zahl bis 1850 auf 4427 Einwohner mehr als verdoppelt. Dazu trug auch die Tatsache bei, dass die Stadt 1823 zum ersten preußischen Seebad erklärt wurde.

Theodor Fontane verlebte von 1827 bis 1832 seiner Kindheit dort, weil sein Vater in jener Zeit die Stadtapotheke führte. Ab 1848 erfolgte die Anlage einer Festung, 1853 wurde Swinemünde Garnisonsstadt. Insbesondere Kaiser Wilhelm II. weilte hier oft zu Besuch, weshalb der Ort bald auch zu den sogenannten Kaiserbädern zählte. Nach 1918 wurde Swinemünde Marinestandort, Flottenstützpunkt und Ausbildungsbasis. Mit dem verheerenden Bombenangriff vom 12. März 1945, der die Stadt weitgehend in Schutt und Asche legte, endete ein historisches Kapitel.

Obwohl die Polen sich nach 1945 darum bemühten, Swinemünde möglichst schnell wieder als Seebad zu etablieren, blieb dies anfänglich unmöglich, weil das

freundlicher Service sind dafür ein überzeugendes Argument. Darüber hinaus trifft man dreisprachige Informationen auf Deutsch, Polnisch und Englisch an.

Die Swine teilt die Stadt in zwei Areale: Zentrum und Kurbereich liegen im Westen auf der Insel Usedom, die östlichen Vororte befinden sich auf der Insel Wollin. Fährt man mit dem Schiff in den Hafen ein, erblickt man zunächst zwei Molen, die vor dem Versanden schützen sollen. Charakteristisches Zeichen auf der Westseite ist eine weiße Leuchtbake in Form einer Windmühle, während auf der Ostseite der Leuchtturm steht, der in den Jahren 1857 bis 1859 erbaut wurde.

Mit 68 Metern Höhe war er damals der höchste Leuchtturm der Welt, ist noch

ausgedehnten Bunker- und Gängesystem besichtigen. Es liegt am östlichen Swineufer auf Wollin, wurde in den Jahren 1856 bis 1863 erbaut und mit einem Wassergraben umgeben. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es von der Marine übernommen, nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte es bis 1961 das sowjetische Militär.

Heute ist ein historisches Museum darin untergebracht, das über die Geschichte der weitläufigen Anlage informiert. Die Touristenführer, oft polnische Germanistikstudenten, tragen mitunter preußische Uniformen (mit Pickelhaube und Feldmütze) aus der Zeit von vor 1914 und verabschieden sich nach Abschluss des Rundgangs mit einem Salut aus einer alten Kanone.



Von Heringsdorf nach Swinemünde: Das Restaurant „Des Kaisers Pavillon“

Foto: Reith

Kurviertel mit seinen Villen am Strand und der Promenade, die den Krieg zum Teil unbeschadet überdauert hatten, bis 1960 von Offizieren der Baltischen Rotbannerflotte und deren Familien requiriert war. Erst als die Sowjets sich allmählich zurückzogen, konnte der Kur- und Badebetrieb in bescheidenem Umfang wieder aufgenommen werden.

Nach den politischen Umwälzungen von 1989/90 begann ein Neuanfang, die alte Bausubstanz wurde restauriert und modernisiert. Viel Neues kam hinzu, und inzwischen gehört Swinemünde neben Misdroy, Kolberg und Zoppot zu den beliebtesten Badeorten an der polnischen Ostseeküste. Das Verhältnis zu den deutschen Nachbarn ist hervorragend, seit der Grenzöffnung gibt es einen Kooperationsvertrag mit dem benachbarten Seebad Heringsdorf.

Inzwischen hat Swinemünde den Seebädern auf der deutschen Seite Usedom sogar den Rang abgelassen. Immer mehr Deutsche kommen im Urlaub hierher. Ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis und

heute der höchste Leuchtturm an der Ostsee und das weithin sichtbare Wahrzeichen der Stadt. Von seiner Aussichtsplattform hat man einen grandiosen Blick über die gesamte Stadt und ihre Umgebung, darunter auf die Festungen am Westufer der Swine, dem Westfort und der Engelsburg. Ersteres, auch als Westbatterie bezeichnet, ab 1857 erbaut und 1863 erweitert, diente der Verteidigung der Swinemündung.

Interessante Befestigungsanlagen

Heute befindet sich ein Museum über die Geschichte der Anlage darin. Die Engelsburg, 1854 nach dem gleichnamigen Vorbild in Rom errichtet, wurde zu Beginn des Zweiten Weltkrieges (1940) ausgebaut und modernisiert. Nach dem Krieg waren hier bis 1992 sowjetische Streitkräfte stationiert, heute wird die Anlage für verschiedene Ausstellungen (Malerei, Mineralien, Kunstschmuck) genutzt, außerdem beherbergt sie ein Militärmuseum.

Seit einigen Jahren kann man auch das Fort Gerhard (Ostbatterie) mit seinem

Zu den weiteren Sehenswürdigkeiten der Stadt zählen das Kurviertel sowie das alte Rathaus, das den Angriff von 1945 überstand und in dem ein Museum für Hochseefischerei sowie im oberen Stockwerk ein Heimatmuseum untergebracht sind, welches auch die deutsche Vergangenheit der Stadt nachzeichnet.

Neben der bereits genannten „Kaiserfahrt“ erinnert seit 2009 am Hafen auch ein schickes Restaurant mit dem Namen „Des Kaisers Pavillon“ (in Frakturschrift!) an die Ära des alten Kaiserbades, als Kaiser Wilhelm II. regelmäßig hierherkam. Das Restaurant bestand seit 1992 in Heringsdorf und musste nach dem Auslaufen des Mietvertrages umziehen. In den drei deutschen Kaiserbädern fand sich kein neues Domizil, dafür jedoch in Swinemünde direkt am Hafen in der Swinestraße [ul. Ignacego Daszyńskiego].

Seither kommen nicht nur deutsche Stammgäste aus Heringsdorfer Zeiten hierher, sondern auch polnische Swinemünder, die mal die „deutsche Küche“ ausprobieren möchten.

STRALSUND

Gedenkstein für Carl XII. wird aufpoliert

Eine notwendige Folgeerscheinung der Sanierungsarbeiten an der Festungsanlage Frankenkrönwerk

Wegen der Grundsanierung des der Festungsanlage Frankenkrönwerk, bei der auch das Außenmauerwerk einbezogen wird, soll der Gedenkstein für Carl XII. selbst konserviert und seine Inschrift erneuert werden. Nach Beendigung der Sanierungsarbeiten wird der Stein an seiner ursprünglichen Stelle wieder eingesetzt.

Der Gedenkstein im Mauerwerk erinnert an das Jahr 1715, als preußische, dänische und sächsische Truppen die Stadt belagerten. Der schwedische König hatte maßgeblich die Verteidigung der Stadt geleitet. Der Überlieferung nach hat Carl XII. während der Belagerung des Öfteren sein Nachtlager im Frankenkrön-



FOTO: HANSESTADT STRALSUND

werk aufgeschlagen. Im Frankenkrönwerk sind bis heute noch Reste der aus der Schwedenzeit stammenden Festungsanlage erhalten. Die Anlage selbst stammt aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Zukünftig ist das historische Gebäude Teil des Schulzentrums am Sund und wird dafür saniert.

Hansestadt Stralsund

MELDUNGEN

Notlandung, neues Terminal und Radweg

Pasewalk – Am 14. Mai musste ein Schweizer Ultraleichtflugzeug bei Papendorf auf einem Acker notlanden. Die „Ikarus C42“ mit Ziel Franzfelde bei Pasewalk hatte offenbar beim Zwischenstopp in Stendal zu wenig Treibstoff getankt. Nun endete der Flug für den unverletzten Piloten in Sichtweite des Zieles. TS

Swinemünde – Zum Jahreswechsel 2024/2025 wird im Hafen von Swinemünde eine der modernsten Installationssterminals für Offshore-Windparks in Betrieb gehen. Das Terminal besteht aus zwei Kais, das Erstinstallation von Windkrafttürmen und Dienstleistungen für andere Offshore-Parks auf der Ostsee anbietet. TS

Garz – Der 1. Garzer Literaturfrühling, bei dem pommerische Verlage und Schriftsteller ihre Werke präsentierten, fand am vergangenen Wochenende im Ernst-Moritz-Arndt-Museum statt. Die einzigartige Atmosphäre des ersten Museums der Insel bot die Möglichkeit zur literarischen Begegnung und Diskussion. TS

Köslin – Die Sanierung der Brücke, die über den 600 Meter langen Kanal führt, der den Jamunder See mit der Ostsee verbindet, dauert an. Während Radfahrer und Fußgänger den Kanal überqueren können, ist das für Pkw nicht möglich. Der Verkehr zwischen Groß Möllen und Wusecken wird über Köslin umgeleitet. TS

Zinnowitz – Mit der Sprecherin der Vorpommerschen Landesbühne, Martina Krüger, verliert die kulturelle Einrichtung – nach dem Tod des langjährigen Intendanten Wolfgang Bordel (1951–2022) – eine weitere Mitstreiterin. Offiziell hat die Journalistin ihre Tätigkeit im vergangenen Monat beendet. TS

Neustettin – Was passiert mit dem Turm der alten Nikolaikirche? Das fragt man sich derzeit in Neustettin. 1914 wurde hier das Stadtmuseum eingerichtet und 1958 als Museum wiedereröffnet. Doch seit dem Umzug des regionalen Museums in eine ehemalige Grundschule fehlt dem Turm eine Zukunftsperspektive. TS

Grimmen – Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Schaffung von 120 Kilometer Radwegen in sechs Jahren ein. Mit dem Ausbau soll auch die Mobilität im ländlichen Raum gestärkt werden. Angewiesen ist man dabei auf das Einwerben von Fördermitteln. Ein Kilometer Radweg kostet derzeit 400.000 Euro. TS

Stralsund – Bei der Strela Shiprepair lag ein 9000-Tonnen-Schiff auf der Helling. Für die Schiffsreparaturwerft bedeutete das einen Meilenstein, denn die „BBC Georgia“, die drei Wochen auf der Reparaturhelling lag, war das größte jemals von Shiprepair gewartete Schiff. Mit 140 Metern Länge und 21 Metern Breite übertraf sie alle bisher in Stralsund gewarteten Schiffe. Der dazu erforderliche Schiffsflift schafft sogar Schiffslängen bis zu 270 Metern und 25.000 Tonnen. Das unter der Flagge von Antigua und Barbuda fahrende Frachtschiff „BBC Georgia“ ist gegenwärtig wieder unterwegs nach Spanien. Strela Shiprepair ist Pächterin der ehemaligen Volkswerft Stralsund. BS

„Nur Deutschland kriegt nichts geregelt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Wunderbar, dass Sie an den Schlesier Kurd Laßwitz erinnern. Für mich ist er der bedeutendste Science-Fiction-Autor Deutschlands“

Gunnar Schröder, Opladen
zum Thema: Menschenliebe hält siegreichen Einzug (Nr. 15)



Ausgabe Nr. 20

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

QUASI-RELIGIÖSE VERNUNFT
ZU: GRÜNE OFFENBARUNGEN
UND BÜRGERLICHE PERSPEKTIVEN
(NR. 20)

Liebe PAZ, liebe Wirtschaftsredakteure, in den 70er Jahren war Helmut Schelsky auch mit seinem Buch „Die Arbeit tun die Anderen“ soziologisch dem Phänomen einer neuen religiösen Bewegung auf den Grund gegangen. Warum ist so ein wichtiger Mann für Euch keine Handreiche, wenn die neue grüne Bewegung soziologisch entzaubert werden kann? Denn die Grünen sind ein Paradebeispiel für den Versuch, eine politisch-pragmatische Rationalität, wie sie unsere Demokratie zu Kohls Zeiten noch war, in eine quasi-religiöse Rationalität umzuwandeln, indem sie die Rationalität selbst zum Glaubensinhalt umwerten. Beispiele dafür gibt es zuhauf: Klimaglaube, Gleichheitswahn, feminine Außenpolitik, Minderheitenwahn und so weiter.

Hand in Hand damit geht die Reprimierung des Wissens und der gesamten gesellschaftlichen Kommunikation. Die Fragen der Legitimität einer Herrschaft, also die Rechtsetzung, verkommt zum reinen Rechtspositivismus, das Verhältnis von Herrschenden zu Beherrschten, das im Gesellschaftsvertrag seine ausgleichende Gestaltung erhielt, wird zu einem reinen Knechtschaftsverhältnis, mithin also demokratiefeindlicher.

Karl-Heinz Berndt, Wittstock

ES WIRD SICH NICHTS ÄNDERN
ZU: BREMEN VERHEISST MEHR
SPANNUNG ALS GEWÖHNLICH
(NR. 19)

Ich lebte über 30 Jahre in Bremen und nun im „Exil“ im Osten. Die Verhältnisse werden sich in der Hansestadt nicht ändern, solange noch Geld fließt. Der berühmte Bremer Filz ist übermächtig. Es hört erst dann auf, wenn dieser roten „Räterepublik“, wie nach 1918, von außen ein Ende gesetzt wird. Rundherum ist der Niedergang ja bereits erkennbar, wenn

man noch ein bisschen Restverstand sein Eigen nennt.

Derweil tanzen die rot-grünen Genossen noch auf den Bürgerschaftstischen. Und der Bremer Wähler lässt sich nur allzu gern den Lügenhonig ums Maul schmieren, um die Wirklichkeit verdrängen zu können. Übrigens ist die Partei Bürger in Wut bereits im Landtag vertreten (durch eine Besonderheit des Bremer Wahlgesetzes, Bremerhaven betreffend). Eigentlich braucht sie dieses „Bündnis Deutschland“ gar nicht. Das trägt nur zur weiteren Spaltung der konservativen Opposition bei.

Man kann es nicht jedem empfindlichen Wähler mundgerecht machen. Ein bisschen mehr Courage gehört schon zum Wahlverhalten dazu, die Alternative ist seit zehn Jahren gegeben. Jedenfalls werden die Machtwechsel der Zukunft nur auf den Trümmern der Vergangenheit erlangt werden, soviel steht fest. Diese Bremer Wahl jedenfalls wird erst einmal gar nichts ändern.

Chris Benthe, Dresden

ES LEBE DAS SOZIALPARADIES!
ZU: ASYLVERFAHREN BEREITS AN
DER GRENZE? (NR. 19)

Wo auch immer das Asylverfahren stattfinden soll: Haben wir wirklich ein solches, was auch so bezeichnet werden kann? Das Papier, das wir hierfür haben, wird nicht konsequent angewandt, und das Verfahren dauert zu lange. Hier bekommt nicht nur Deutschland nichts geregelt, sondern auch die EU-Staaten.

Das ist nicht neu, aber festzustellen ist doch: Sobald ein Immigrant, der etwa in der Schweiz oder in Frankreich ankommt, erklärt, er wolle nach Deutschland weiter, wird er durchgewunken. In Deutschland werden sie freundlich aufgenommen, und das war es dann. Wer da wirklich ins Land kommt, wird nicht wirklich geprüft. Aber das hat sich die EU, insbesondere Deutschland, selbst zuzuschreiben.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Menschen, die aus der Türkei kommen. Warum eigentlich? Sicherlich nicht, weil

es in Deutschland so schön ist. Warum flüchten sehr viele Menschen aus der Ukraine ganz gezielt nach Deutschland? Es gibt andere Staaten auf dieser Erde, die mindestens genauso gut sind. Es wird nicht geprüft, welche Menschen aus der Ukraine nach Deutschland flüchten.

Wir treffen hier auf eine große Anzahl von ausgezeichnet gutgestellten Schutzsuchenden. So sieht man Porschefahrer und andere, die Pkw der gehobenen Klasse fahren, und es gibt Schutzsuchende, die schon nach wenigen Wochen in Deutschland „Betongold“ erwerben können. Da gibt es auch jene, die ein Verhalten an den Tag legen, als ob ihnen Deutschland schon gehört und sagen: „Wir wollen, wir erwarten, wir fordern.“

Es lebe das (noch) Sozialparadies!

Heinz-Peter Kröske, Hameln

OSTPREUSSEN IM VERSAND
ZU: POSTWERTZEICHEN IM
SPIEGEL DER ZEIT (NR. 18)

Mit Vergnügen habe ich Ihren interessanten Artikel über Postwertzeichen mit Bezug auf Ostpreußen gelesen. Zwei Ergänzungen möchte ich hinzufügen:

Neben den Abstimmungsgebieten Allenstein und Memelland darf man auch die Marken für das Abstimmungsgebiet Marienwerder von 1920 nennen. Das Gebiet um Marienwerder gehörte zwar ursprünglich zu Westpreußen, wurde aber nach dem Verlust dieser Provinz der Verwaltung Ostpreußens angegliedert.

Bemerkenswert ist, dass auch die Postverwaltung der DDR verschiedene Briefmarken mit einem Bezug zu Ostpreußen verausgabte: bereits 1952 zwei Marken mit dem Bild der Künstlerin Käthe Kollwitz (zwei Pfennig schwarz und 20 Pfennig dunkelkarmin), 1967 wieder Käthe Kollwitz (20 Pfennig dunkelkarmin), 1973 zum 500. Geburtstag des Astronomen Nikolaus Kopernikus (70 Pfennig mehrfarbig), ebenfalls 1973 zum Dichter Johann Gottfried Herder (25 Pfennig mehrfarbig) sowie 1974 ein regelrechter „Ostpreußen-Satz“ mit den Portraits des

Physikers Gustav Robert Kirchhoff (fünf Pfennig schwarzgrau), des Philosophen Immanuel Kant (zehn Pfennig schwarzblau) und von Johann Gottfried Herder (25 Pfennig schwarzgrün).

Norbert Neumann, Görlitz

TEURE ZWANGSMASSNAHMEN
ZU: DER TRAUM VON DER HUNDEHÜTTE (NR. 17)

Der satirische Wochenrückblick belegt eindrucksvoll die irrationalen Heizungspläne, Wärmepumpen, Dämmvorschriften und gescheiterte Klimawende von Habecks Wirtschaftsministerium, dazu eine maßlose Vetternwirtschaft.

In einer Energiekrise werden die letzten emissionsfreien Kernkraftwerke abgeschaltet und damit bewusst höhere Strompreise in Kauf genommen. Es ist die Fehlentscheidung einer unqualifizierten, technologiefeindlichen Führung, was zur Schwächung des Wirtschaftsstandortes und Wettbewerbsrückläufigkeit Deutschlands führt, weil ein Teil der Industrie sich in andere Länder begibt (China/Asien/Ostblock).

Kein anderes Land folgt der deutschen Dummheit. Im Gegenteil: Man baut Kern- und Kohlekraftwerke, und im Sinne der Ukraine meint unser Klimaminister sogar, dass die Kernkraft in Ordnung sei, solange die Werke „sicher laufen“.

Die „Erneuerbaren“ sind nicht in der Lage, die Grundlast zu decken, sodass wir zum Primärenergieverbrauch Erdöl, Erdgas, Kohle und Kernenergie hinzuziehen müssen, und so holen wir uns Energie aus französischen Kernkraft- und polnischen Kohlekraftwerken.

Dabei hätten wir diverse Schiefergasvorkommen im norddeutschen Raum und auch neue Technik/Technologie. Das Frackingverbot vom November 2022 müsste aufgehoben werden. So beziehen wir teure Energie und teures LNG-Gas aus den USA. Zu den Zwangsmaßnahmen kommt demnächst der verpflichtende CO₂-Emissionshandel. Eine Klimasteuer ohne Gegenleistung?

Günter Algner, Berlin

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

DALMATIEN

Sehenswürdigkeiten Schlag auf Schlag

Reisen zum Schnäppchenpreis, ganz ohne Haken? Mit dem Reiseanbieter RSD auf Bustour durch das ehemalige Jugoslawien

VON ANNE MARTIN

„Liebe Gäste“, betont Reiseführer Metin noch am Flughafen in Dubrovnik. „Liebe Gäste, es können nicht alle hinter dem Fahrer sitzen, um die besten Fotos zu machen. Es geht auch nicht, dass Ihnen jeden Tag schlecht ist und Sie deshalb vorne sitzen müssen. Wenn Ihnen öfter schlecht ist, bringe ich Sie ins Krankenhaus.“

Metin kennt seine Pappenheimer. Ganz ohne Strenge geht es nicht mit 38 Individualisten an Bord. Das Programm: Eine Woche Rundreise die kroatische Küste entlang bis Split, dann einen Abstecher ins Hinterland nach Bosnien-Herzegowina. Zwischenstopps in Montenegro, zum Abschluss eine Woche Ausspannen in einem Vier-Sterne-Strandhotel. Das alles für 199 Euro, also fast geschenkt. Okay, es kommen noch Zuschläge hinzu, Einzelzimmer bei Bedarf, Flughafengebühr, Saisonzuschlag, Halbpension, man könnte kostenpflichtige Ausflüge buchen, Trinkgelder sind fällig, will man nicht als Geizkragen dastehen, aber es bleibt sehr günstig.

„Liebe Gäste“, wird Metin während der einwöchigen Rundreise noch öfter sagen. Manchmal folgt eine Anweisung, mal eine Erläuterung, oft nimmt er schlicht vorweg, dass es sich überhaupt nicht lohnt zu nörgeln. „Die öffentlichen Toiletten im nächsten Ort sind geschlossen, die bleiben auch zu, liebe Gäste, sie brauchen sich gar nicht beschweren.“

Profis in Sachen Busreisen besetzen rechtzeitig den Platz am Panorama-Fenster dicht an der Tür. Das ermöglicht gute Sicht und flotten Ausstieg, während der Rest der Gruppe noch nach den Rucksäcken nestelt, den Stock sucht oder den Reißverschluss an der Windjacke. Einigen fallen die Augen zu, kaum dass der Fahrer Gas gegeben hat. Andere drücken auf den Auslöser ihres Fotoapparates, selbst wenn draußen nur struppiges Gebüsch, die mediterrane Macchie, vorbeifliegt.

Im Zuge der Jugoslawienkriege 1991 bis 2001 ist der Vielvölkerstaat in zahlreiche Kleinstaaten zerfallen, von denen wir drei durchqueren werden. Der Tourismus



Anmut an der adriatischen Küste Montenegros: Skulptur einer tanzenden Schönheit vor der Altstadt von Budva Foto: Martin

boomt, aber die Gräben zwischen den Menschen sind geblieben. „Liebe Gäste“, warnt Metin, „bitte nicht auf Diskussionen einlassen. Was für den einen ein Kriegsheld, ist für den anderen ein Verbrecher.“

Die Annahme, man würde mit Einheimischen ins Gespräch kommen, ist dabei völlig unbegründet. Die Reisenden aus Deutschland bleiben unter sich. Wenn sie an einem UNESCO-Weltkulturerbe ausgespuckt werden, sitzt ihnen Metin mit einer genauen Zeitangabe für die Rückkehr im Nacken, die Freizeit ist begrenzt. Also haken wir ab: Zum Start Dubrovnik, folgt Trogir, sodann das zauberhafte Split mit dem Palast des Diokletian, später das ehemalige Piratendorf Omis mit einer Wehrmauer quer über den Berg. Alle Städtchen, die wir passieren, könnten in ihrer steinernen Lieblichkeit auch in Italien liegen. Kein Wunder, die Adriaküste wurde einst von Venezianern besiedelt.

In welchem Hotel wir abends landen, bleibt bis kurz vor Ankunft ein Geheim-

nis, so wie Metin es überhaupt gern spannend macht. Wahrscheinlich, um Sonderwünschen keinen Raum zu geben. Nach Kroatien erreichen wir Bosnien. Jedes der Länder hat seinen eigenen Grenzübergang, überall werden Pässe eingesammelt und geprüft. Manchmal steht der Bus eine Stunde, manchmal länger. Der Wallfahrtsort Medugorje ist der Tiefpunkt der Reise, und das liegt nicht nur am schlichten Hotel. Souvenirläden mit Marienkitsch säumen die Straße, die erst in den 60er Jahren geweihte Kirche wirkt nüchtern, der scharfe Bora-Wind pfeift durch die Straßen. Also ein Taxi herangewinkt und der Gruppe nach Mostar hinterhergefahren.

„Liebe Gäste, gleich gehts weiter“

Spätestens am Friedhof der im Krieg Gefallenen, viele an ihrem Todestag kaum älter als 20, wird die Geschichte gegenwärtig. Mostar ist ein Gleichnis für die unerbittlichen Glaubenskämpfe, die hier toben. Auf der einen Seite katholische Kroaten, auf der anderen muslimische

Bosniaken. Die berühmte Brücke, die im Krieg zerstörte „Stari most“, wurde längst wieder aufgebaut. Restaurants mit Blick auf den Fluss servieren würziges Hackfleisch und Krautsalat. Es gibt ein Museum mit Erinnerungen an den Krieg, das wir auslassen müssen, denn der Taxifahrer wartet schon.

Bosnien ist anders. Spätestens in Trebinje beschleicht einen das Gefühl, man könne irgendwo in Russland sein. Auf einem leeren Platz steht ein pompöses Kriegerdenkmal, daneben steile Tannen, die Straßenschilder sind in kyrillischen Zeichen. Bosnien hat eine eigene Währung, weshalb niemand etwas kauft.

Der berüchtigte Wind pfeift, der Busfahrer wirft den Motor an. Und weiter geht es, dem entspannten Teil entgegen. „Liebe Gäste“, Metin ist ein wenig müde geworden, wer will es ihm verdenken. Für die Verlängerungswoche will er noch dringend die Halbpension verkaufen, entwirft Szenarien von einem abgelegenen Hotel, wo der Tourist festsitzt und ohne

Abendessen darbt. Auf's Verkaufen verstoßen sie sich hier, das merkt der Reisende auch bei den Betriebsbesichtigungen, mit denen die Tour gesponsert wird.

Ein Besuch in einer Schmuckwerkstatt gehört dazu, in einer Teppichfabrik, am nächsten Tag in einer Ledermanufaktur. Eine Hand wäscht die andere. Ob es sich für die Verkäufer lohnt, bei jeder Busladung mit viel Verve in die Promotion einzusteigen? Ein einziger unserer Mitfahrer schwenkt stolz seine frisch erstandene Lederjacke. Ein Ehepaar sollte erst 2000 Euro für einen Blouson aus Leder zahlen, zum Schluss nur noch 600. Auch das war ihnen zu teuer, worauf die Verkäuferin unwirsch zum Ausgang wies.

Ein Höhepunkt neben vielen brachial zugebauten Buchten, die wir zuvor passierten, ist der Hafen von Porto Montenegro in Tivat. Riesige Jachten ankern hier, ein Mann mit trainiertem Bizeps führt zwei junge Frauen in engen Jeans und auf hohen Absätzen entlang der Mole. Lange Haare sind Standard, Nagelstudios müssten blendende Umsätze machen.

Das Ende der Rundfahrt rückt näher. Metin schneidet das Thema Trinkgeld an und verweist auf den Fahrer, der jeden Tag Tonnen an Gepäck in den Bus gewuchtet habe. In welchem Hotel wir endgültig landen werden? „Nun mal nicht so neugierig, liebe Gäste!“ Es wird dann ein modernes Haus in der Nähe von Budva, umgeben von Strandbistros, verhungert wäre keiner. Ein Spazierweg führt durch einen Tunnel und endet vor den Stadtmauern der winzigen Altstadt, die sich gegen die Übermacht der heranrückenden Betonburgen tapfer behauptet.

Auf dem Marktplatz spielt einer Gitarre, die Touristen, die den Ort im Sommer fluten werden, sind noch weit weg. Und da wir bisher so viel gespart haben, bestellen wir jetzt Austern mit Weißwein. Klettern danach auf die Zitadelle und schauen weit über das Meer, wo alles in der Unendlichkeit verschwimmt. Das Wasser an der dalmatinischen Adriaküste, hatte Metin noch erwähnt, sei viel klarer als in Italien. Da hat er recht.

● www.rsd-reisen.de

NORWEGEN

Einmal wie auf Wolken schweben

Rekordverdächtig unten durch und drüber weg – Auto-Rundreisen durch die Fjordlandschaft

In der Verfilmung von „Per Anhalter durch die Galaxis“ rühmt sich der göttliche „Schöpfer“ der norwegischen Fjordlandschaft dafür, für seine Kreation aus tief ins Landesinnere hineinreichenden Meeresarmen, steilen Felsen mit den schönsten Aussichtspunkten und den größten Festlandgletschern Europas eine Auszeichnung erhalten zu haben. Einen Orden können sich auch die Konstrukteure anhängen, die in Bergen den mit drei Kilometern längsten Fußgänger- und Fahrradtunnel der Welt geschaffen haben.

Zweieinhalb Meter ist der blaue Fußgängerweg breit. Ausgelegt mit stoßdämpfendem Tartan-Material läuft man darauf wie auf Wolken. Weitere dreieinhalb Meter stehen für Radfahrer zur Verfügung. Laut Bergens Stadtratsvorsitzenden Rune Bakervik könnten auch Rennen und andere Wettbewerbe im Tunnel stattfinden. Ein echter Hingucker ist die Skulptur „Sonnenuhr“, die auf halber Strecke imposant in einer kleinen Halle steht und die aktuelle Uhrzeit anzeigt.

Doch das ist nur ein Ziel, das Urlauber, die gerne auf Rekordjagd gehen, in Norwegen ansteuern können. Die 15-tägige Autoreise, die der Bremer Reiseanbieter

Wolters Rundreisen unter „Fjord Norwegen par excellence“ anbietet, führt von Kristiansand über Westnorwegen nach Oslo. Bereits an Tag drei steht mit der



Natürliche Aussichtsplattform am Lysefjord: Der Preikestolen

Wanderung zum Preikestolen ein wahrer Höhepunkt auf dem Programm. Von dieser natürlichen Felsplattform hat man einen prächtigen Blick auf den Lysefjord, vorausgesetzt, man ist schwindelfrei.

Wer sich an Tag sieben von Bergen aus Richtung Geirangerfjord bewegt, sollte dabei die Hardangerbrücke überqueren, die mit einer Spannweite von 1310 Metern eine der längsten Hängebrücken der Welt ist. Nur knappe 150 Kilometer weiter wartet der nächste Weltrekord. Mit 24,5 Kilometern ist der Lærdalstunnel der längste Straßentunnel der Welt. Mit dem Jostedalbreen ist auch der bis zu 500 Meter dicke Festlandgletscher Teil der Reise.

Weitere Höhepunkte sind die Adlerstraße mit ihren engen Haarnadelkurven, der liebliche Geirangerfjord und die spektakuläre Atlantikstraße. H. Tews

● Kosten pro Person ab 2017 Euro inklusive Fähranreise sowie ab 1395 Euro ohne Fähranreise. Weitere Infos in Reisebüros und: www.wolters-rundreisen.de

SCHWEIZ

50 Jahre auf der Achterbahn

Wer einmal in der Schweiz mit der Rhätischen Bahn gefahren ist, kommt sich vor wie in einer Achterbahn in Zeitlupe. Gemächlich werden Steigungen auf spiralförmigen Wegen durch Tunnel und Viadukte überwunden. Die viereinhalbstündige Fahrt mit dem Bernina Express der Rhätischen Bahn von Chur über den Alpenhauptkamm nach Tirano gilt daher als eines der schönsten Bahnerlebnisse in Europa und zählt seit 2008 zum UNESCO-Welterbe. Am 3. Juni 1973 verkehrte zum ersten Mal ein Bernina-Express auf der Albula- und Berninalinie. 1983 erhielt er erstmals neue Wagen mit extragroßen Fenstern und galt nun als „modernster Schmalspur-Eisenbahnwagen der Welt“. Im Laufe der Jahre wurde der Zug mit neuen, modernen Panoramafenstern ausgerüstet, die man zum 50. Jubiläum für Gäste sicher extra frisch putzen wird. tws

● www.rhb.ch

● FÜR SIE GELESEN

Poetisch und feinfühlig

„Die andere Seite des Tages“ ist der Debütroman der dänischen Schriftstellerin Emeli Bergman. Geboren 1988, studierte sie an der renommierten Schreibakademie Forfatterskolen in Kopenhagen. Ihre poetische Prosa handelt häufig von Trauer, Familie und Sexualität. Erstmals liegt nun ein Buch von ihr auf Deutsch vor.

Um Trauer geht es auch in ihrem Roman. Anna zieht nach Paris, um den plötzlichen Tod ihres jüngeren Bruders zu verarbeiten, für den sie ihren Eltern die Schuld gibt. Scheinbar hat der Junge die Trennung der Eltern nicht verwunden und wurde drogenabhängig. Die junge Frau arbeitet als Kindermädchen in verschiedenen Familien. Zu den Sprösslingen findet sie in der Regel schnell eine Bindung, das Verhältnis zu ihren Arbeitgebern ist zugleich intim und distanziert. Sie selbst befindet sich in einem Gefühlszustand zwischen dem Wunsch nach Nähe und zugleich deren Nichtzulassenkönnen.

Die Erzählweise ist poetisch und feinfühlig. Dennoch fehlt dem Roman ein roter Faden. Häufig wie die Wechsel der Beschäftigungsverhältnisse der Protagonistin erfolgen Perspektiven- und Szenenwechsel, was den Lesegenuss schmälert. **MRK**



Emeli Bergman: „Die andere Seite des Tages“, Ecco Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 190 Seiten, 22 Euro

„Vom Ratschen und Granteln“

Wie man sich in Bayern sprachlich zurechtfinden kann, vermittelt auf humorvolle Weise ein Sprachwissenschaftler-Team des Duden-Verlags

FOTO: SHUTTERSTOCK



Sprache ist ein Spiegel der Zeit, aus dem man viele Erkenntnisse gewinnen kann. Das Autorenteam Juliane Limper und Milena Gropp erforscht die deutsche Sprache am Projekt Regionalsprache im Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas in Marburg, während Markus Kunzmann an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften tätig ist und am Wörterbuch der bairischen Mundarten in Österreich arbeitet. In „Bairisch. Vom Ratschen und Granteln“ kombinieren die Autoren Informationen über die bayerische Sprache mit Wissenswerten zur bayerischen Kultur. Alphabetisch geht es durch die Begriffe und grammatikalischen Eigenar-

ten des Bairischen. Schon bei der Schreibweise fängt es mit den Kuriositäten an. Alles, was sich auf den Freistaat bezieht, hat das Ypsilon im Wort, bairisch mit „J“ bezieht sich auf die Dinge des Dialektes. Von Bierkultur über Feiertagsgepflogenheiten, Besonderheiten in den Grußformeln, Rituale, Traditionen, Bräuche, Beschimpfungen, Verkleinerungen, Unterschiede zum Hochdeutschen bis hin zu bayerischen Schmankerln wird alles aufgeführt, was Zugereiste und Bayernfreunde interessieren könnte.

Herrlich belustigend und informativ ist der Abschnitt über das Schimpfen, Fluchen und Drohen. Das

nämlich geht im bairischen Dialekt besonders blumig zu und ist auch immer herablassend gemeint. So kann ein „Bazi“ ein Gauner, aber auch ein Enkel sein, auf den man stolz ist. Wer am Watschenbaum rüttelt, muss damit rechnen, dass die Früchte desselben, die Watschn (Ohrfeigen) bald herabfallen und den Rüttler treffen. **S. F.**

Milena Gropp/Markus Kunzmann/Juliane Limper: „Bairisch: Vom Ratschen und Granteln“, Duden Verlag, Berlin 2023, gebunden, 128 Seiten, 14 Euro

KINDERBUCH

Albert Einstein in Illustrationen

Der US-Autor Jess Brallier schildert das Leben des berühmten Nobelpreisträgers in einer für Kinder verständlichen Form

VON SILVIA FRIEDRICH

Eine komplexe Persönlichkeit und ihr Schaffen kindgerecht zu vermitteln ist nicht einfach. Dem amerikanischen Autor Jess Brallier gelingt dies in seinem Buch „Wer war Albert Einstein?“ aus der Sachbuch-Reihe des Adrian-Verlags über außergewöhnliche Persönlichkeiten.

In einfacher Sprache und spannend erzählt, berichtet Brallier über das besondere Leben dieses Genies, das so gar nicht gerne in die Schule ging. Nach der Grundschule, die ihm noch gut gefiel, kam er aufs Gymnasium, wo es strenger zugeht und man laut Einstein außer Auswendiglernen und Gehorchen nichts lernte. Eines Tages wurde er wegen Ungehorsams herausgeworfen. Dem kleinen Einstein war es zu langweilig im Unterricht und Sport mochte er nicht. Lieber dachte er nach über das Weltall, die Physik, die Zeit, die Mathematik.

Seite für Seite erfährt der Leser Details aus dem Leben dieses beispiellosen Denkers und in kindgerechter, verständlicher Form etwas über seine bahnbrechenden Theorien. Einstein wurde Professor und weltberühmt. Er erhielt den Nobelpreis für seine Relativitätstheorie,

die nur ganz wenige Menschen wirklich verstehen können. Er hatte Zusammenhänge erkannt, die vorher nie ein Mensch ergründen konnte, doch dass seine Erkenntnisse zum Bau der Atombombe führten, machte ihm den Rest seines Lebens schwer zu schaffen. Einstein musste Deutschland verlassen, weil ihn die Nationalsozialisten als Feind ansahen und es für ihn und seine Frau zu gefährlich wurde. Sie gingen in die Vereinigten Staaten, wo der berühmte Wissenschaftler 1955 verstarb.

Das Buch zeigt nicht nur den herausragenden Denker, sondern vermittelt auch, welch einfühlsamer, friedliebender Mensch Albert Einstein war, der Kriege hasste und sich Frieden für die Welt wünschte. „Der wird es nie zu etwas bringen“, hatte sein Schuldirektor dereinst gesagt. Wie sehr er sich doch geirrt hatte.



Jess Brallier: „Wer war Albert Einstein? Die neue, illustrierte Sachbuch-Reihe über außergewöhnliche Persönlichkeiten“, Adrian Verlag, Berlin 2023, gebunden, 104 Seiten, 12,95 Euro

VON DIRK KLOSE

Das Zeitalter des Fortschritts, das lange den Rahmen für die Moderne und die Lebensplanung zahlreicher Generationen abgab, hat sich still und leise aus dem öffentlichen Diskurs verabschiedet, ohne dass ihm jemand eine Träne nachweint.“ Der amerikanische Sozialwissenschaftler Jeremy Rifkin ist darüber nicht traurig, sondern fordert eine noch deutlichere Abkehr von traditionellen Denk- und Verhaltensmustern, um einen Kollaps der jetzt schon „verwilderten Erde“ zu vermeiden.

Rifkin ist mit Büchern wie „Das Ende der Arbeit“ und „Der globale Green New Deal“ zu einem internationalen Bestsellerautor avanciert. In seinem neuen Buch „Das Zeitalter der Resilienz. Leben neu denken auf einer wilden Erde“ beschäftigt er sich mit der Anpassungsfähigkeit, die für ihn Resilienz bedeutet, eine dringende Notwendigkeit angesichts der Gegebenheiten von Natur und Umwelt um des eigenen Überlebens willen.

SOZIOLOGIE

Hoffnung auf eine jüngere Generation

Der viel beachtete amerikanische Sozialwissenschaftler Jeremy Rifkin setzt sich in seinem neuen Buch mit der Anpassungsfähigkeit des Menschen an die Gegebenheiten von Natur und Umwelt auseinander

Die Hauptsünde unserer Gesellschaften liegt für ihn im Effizienzdenken des Kapitalismus. Dem Funktionieren und dem maximalen Gewinn werde alles untergeordnet, sowohl ein humanes Zusammenleben als auch die Gesundheit der Menschen und die Bewahrung der Natur. Mitschuldig an dieser Haltung sei das starre Denken der Wirtschaftswissenschaft.

Rifkin geht mitunter sehr ins Detail, bringt bedrückende Zahlen heutiger Klimakrisen, staunt aber zugleich über die Wunder der Natur, die er schon im menschlichen Körper mit seiner Millionenzahl von Zellen und Strukturen wirklich sieht. Wohl auch deshalb bleibt er – darin ganz Amerikaner – letztlich zuversichtlich. Er setzt seine Hoffnung auf eine jüngere Generation und ihr „biophiles“ Bewusstsein, Mensch und Natur in Einklang zu bringen. Er bringt Beispiele aus Europa und den USA für ein neues Denken, die ihn hoffen lassen, „dass die Menschheit zu den Arten zählt, die das Anthropozän überleben“.

Rifkin wird von Regierungen in aller Welt um Rat gefragt. Für den US-Senat hat er ein Modernisierungsprogramm der amerikanischen Gesellschaft bis zum Jahr 2040 in Milliardenhöhe entworfen, das inzwischen in Washington intensiv diskutiert wird.

Fast zwangsläufig provoziert ein so temperamentvolles Buch auch Einwände, etwa dass Krisen und Kriege trotz drohender Klimakrise ja nicht weniger werden. Aber sein Optimismus ist doch ansteckend, was vielleicht generell den Erfolg von Rifkins Büchern ausmacht. Das ausführliche Literaturverzeichnis bringt naturgemäß überwiegend englischsprachige Titel. Als hiesiger Leser bedauert man ein wenig, dass es der Verlag unterließ, auch ein paar deutsche Bücher aufzuführen.



Jeremy Rifkin

FOTO: IMAGO/BEREFTO



Jeremy Rifkin: „Das Zeitalter der Resilienz. Leben neu denken auf einer wilden Erde“, Campus Verlag, Frankfurt 2022, gebunden, 360 Seiten, 32 Euro

TRADITIONEN

Pfingsten, das liebevolle Fest

Christliche Kirchen feiern Ende Mai das „Geburtsfest“ – Viele jahreszeitliche Bräuche und Symbole haben die Zeiten überdauert

VON BÄRBEI BEUTNER

P fingsten wird 50 Tage nach Ostern gefeiert. Es geht auf die jüdische Tradition zurück, 50 Tage nach Pessach (Ostern) ein Dankfest für die Ernte zu feiern, die eingebracht worden ist. Zu diesem hebräischen Fest „Schawuot“ kamen Wallfahrer aus aller Welt nach Jerusalem. Auch die Jünger Jesu waren dort, als das „Pfingstwunder“ geschah, das die christlichen Kirchen als ihr „Geburtsfest“ feiern. Davon wird im Neuen Testament in der „Apostelgeschichte 1–13“ berichtet.

Pfingsten wird Ende Mai begangen, und im Monat Mai gibt es in allen Landstrichen so viele Bräuche und Symbole, dass schnell deutlich wird: Hier leben alte Fruchtbarkeitsriten auf. Der Sommer ist da, die Bäume grünen, alles steht in Blüte. Nun muss das Wachstum auf den Feldern „beschworen“ werden. Im Altertum gab es den Gott Dionysos, der als Gott der Fruchtbarkeit und der Ekstase galt. Im Frühjahr zog er als „Blütengott“ durch Athen, begleitet von den Satyrn, den Fruchtbarkeitsdämonen. Ein Satyr war meist ein Mischwesen aus Mensch und Tier, hatte Bocksfüße und Hörner und verkörperte wilde Triebe. Umzüge über Äcker und Felder, bei denen Phallussymbole getragen wurden, gab es auch bei den Römern. Später wurden daraus christliche Prozessionen. Das Kreuz oder Marienbilder wurden über die Felder getragen, der Priester segnete die Saaten und besprengte sie mit Weihwasser.

Fruchtbarkeitsriten leben auf

In manchen Gegenden haben sich daraus „Pfingstritte“ erhalten. Pferde und Reiter ziehen blumengeschmückt über die Felder, um den Segen des Himmels auf die Saaten herabzubitten. Damit hängen je nach Gegend wieder andere Bräuche zusammen. Wettreiten zum Beispiel oder das Gewinnen eines Kranzes beim Reiten. Böse Naturmächte müssen auch unschädlich gemacht werden, damit alles in Ruhe wachsen kann. Da wird dann der „Wilde Mann“ gefangen genommen oder in Schwaben der „Pfingstbuz“ ins Wasser geworfen. Der Band „Lebendiges Brauchtum. Alte Bräuche, frohe Feste“, 1984, Mairs Geographischer Verlag, Ostfildern, enthält reichliche Informationen.



Pfingstausflüge erfreuten sich in Ostpreußen großer Beliebtheit: Vor dem Schützenhaus in Nordenburg, Pfingsten im Jahr 1928

Immer war mit diesem Frühlingsfest üppiges Essen und fröhliches Tanzen verbunden. Die christliche Obrigkeit versuchte immer wieder, vor allem das Tanzen zu verbieten – vergeblich. Tanzen diente nicht nur dem Vergnügen. Der Reigentanz, also der Tanz im Kreis, sollte auch Unheil, Krankheit und Pest fernhalten. Wenn im Kreis ein Brunnen oder ein Haus umtanzt wurde, so sollte das Wasser rein und klar bleiben und die Bewohner des Hauses gesund. Dieses heidnische Ritual ließ sich nicht unterbinden; schließlich machte man eine christliche Prozession daraus, die auch um die Kirche und das Rathaus führte.

In Ostpreußen gab es besondere Pfingstbräuche, die von der Landsmannschaft Ostpreußen in einem Arbeitsheft „Vom Festefeiern in Ostpreußen“ festgehalten worden sind. Zu Pfingsten wurde das Haus mit Birkenzweigen geschmückt, genannt „die Maien“, die einen frischen Duft verströmten. Sie wurden nicht nur in Vasen aufgestellt, sondern an Bildern und Spiegeln befestigt und in Löcher gesteckt,

die in Balken geschlagen wurden. Ihr Duft erfüllte das Haus. Noch intensiver duftete der Kalmus, der auf den Dielen des Fußbodens ausgestreut wurde. Diese Pflanze stammt aus Asien, ein „Aronstabgewächs mit sumpfgasähnlichen Blättern und einem blattähnlichen Schaft seitlich entragt“, so steht es im Brockhaus. Aus dem Kalmus gewannen schon die Babylonier und Ägypter Medizin und Parfüm. In Ostpreußen fand diese Schilfpflanze gute Bedingungen vor und kam, kleingehackt und Duft verströmend, an Pfingsten zu hohen Ehren.

Birkenzweige und Kalmus

Im Alpenraum wird das Vieh zu Pfingsten auf die Alm getrieben, und das ist der große Auftritt des Pfingstochsen. Mit einer Blumenkrone geschmückt führt er die Herde an. Danach gibt es das Fest der Hirten und Hütejungen. Woanders werden Maibäume aufgestellt und es gibt „Pfingstmilch“ und „Pfingstbier“, ein Fest wie Kirchweih mit Umzug und Tanz und köstlichen Gerichten. In Ostpreußen kam die „Alwiete-

schaukel“ zum Einsatz, im Memelland und auch in Litauen bekannt. „Alwieten sind ein weidenartiges Gebüsch mit recht schmalen Blättern, dessen Triebe von ungeheurer Widerstandsfähigkeit sind“, berichtet ein Landsmann aus der Tilsiter Gegend. Zwei junge Birkenbäume von etwa vier Metern Länge wurden herbeigeschafft und die Kronen mit den Alwieten zu Kränzen verflochten. Durch diese Kränze wurde ein Rundholz, etwa 2,5 Meter lang, geschoben, die Stämme waren die Stangen der Schaukel, die nun zwischen zwei kräftigen Kiefernstämmen in dem Kronengehölz befestigt wurde. Am unteren Ende wurde ein Sitzbrett angebracht.

Das war nun eine besonders urige, naturbelassene und kraftvolle Schaukel. Es wurden aber auch in leeren Scheunen große Schaukeln angebracht, falls das Wetter nicht mitspielte. Mit Musik wurde geschaukelt und gesungen bis in die Nacht hinein. Das Schaukeln aber war ein alter Fruchtbarkeitsritus. Auf der Schaukel nahmen vor allem Liebespaare Platz. Das Mädchen setzte sich hin, der Bursche stellte

sich dahinter und versuchte seine Auserwählte möglichst hoch zu schwingen. Sogar ein Überschlag wurde angestrebt. Geschaukelt zu werden, das war schon eine Art Verlobung. Die Alwieten waren Weidengerten, die die Lebensgeister erwecken und lebensspendende Kraft haben – für junge Paare ein wichtiger Punkt.

Zauberriten gegen böse Mächte

In Ostpreußen lauerten auch im Frühlingsfest böse Mächte, denen man mit Zauberriten, aber am besten doch mit dem Heiligen Geist begegnete, der zu Pfingsten Erneuerung und neues Leben bringt. Ein wunderschönes Beispiel dafür gibt es in Agnes Miegels Ballade „Das Märchen von der schönen Mete“. Die schöne Mete ist ein Findelkind, das als Säugling nackt vor der Tür des Dorfschulzen gelegen hat. Die herangewachsene schöne Mete liebt der Sohn des Schulzen und nimmt sie zur Frau. An Pfingsten trägt die schöne Mete ihr Kind zur Taufe, als der „Großknecht am Tore die Maien anschlug“. Da bricht die Geisterwelt über Mete herein. Sie stammt aus dem Elfenland, bereut plötzlich bitter ihre Liebe zu einem Sterblichen und will zurück zu ihren Schwestern mit den „grünfunkelnden Augen“. Doch ihr Mann hält sie fest und besiegt den Zauber mit der Kraft seiner Liebe. Nun gehört sie endgültig zu ihrem „liebsten Mann“ und zu ihrem Kind. „Wie läuten die Glocken lieblich im Heimatland.“

Nicht unbedingt böse Mächte, aber das Wetter erschwerte manchmal den Ostpreußen die beliebten Pfingstausflüge. Einmal war es so kalt, dass in den Gasthäusern auf der Nehrung Schilder im Fenster standen: „Hier wird geheizt!“ Und eine junge Braut hatte sich für die Pfingstfahrt mit ihrem zukünftigen in Königsberg extra einen neuen Sommermantel und ein neues Sommerkleid gekauft ...

Unerwartetes Unwetter zwang eine kleine Gruppe von Verwandten in Nidden zur Übernachtung. Eine Dame trug sich ordnungsgemäß in das Fremdenbuch ein, veränderte aber ihr Geburtsdatum um drei Jahre. Natürlich machte sie sich jünger. Fortan galt in der Familie durch alle Umwälzungen der Geschichte hindurch das „Fremdenbuch von Nidden“ als Beleg dafür, dass auch Dokumente nicht immer zuverlässige Quellen sind ...

EVANGELISCH-LUTHERISCHE KIRCHE EUROPÄISCHES RUSSLAND

Königsberger Propst Sergej Holzwert wird Bischof

Neuer Oberhirte von 70.000 Protestanten – Der Ukrainekrieg wirkt sich negativ auf die Gemeindeglieder aus

Sergej Holzwert wurde am 14. April zum neuen Bischof der deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche Europäisches Russland (ELKER) gewählt. Der Russlanddeutsche kam 1969 in Sterlitamak in der autonomen Republik Baschkortostan im östlichen Teil des europäischen Russlands zur Welt. Er studierte Theologie 1999 und 2000 in Omsk und 2005 bis 2007 am Seminar Nowosaratowka bei St. Petersburg. 1999 wurde er zum Pastor in seiner ersten Gemeinde in Sterlitamak ordiniert. Nur wenige Jahre später wurde Holzwert erst Propst der Baschkirisch-Orenburgischen Propstei und dann noch zusätzlich der Propstei Nordkaukasus. 2021 wurde der verheiratete Vater zweier erwachsener Söhne auch noch von der Synode der Königsberger Propstei zu ihrem Propst gewählt, sodass er zuletzt insgesamt drei Propsteien betreute.

Nach dem plötzlichen Tod des Bischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche Europäisches Russland Andrej Dschamgarow, der aus Aserbaidschan stammte und nur wenige Monate amtiert hatte, am 9. Februar im Alter von nur 55 Jahren, wurde Holzwert dessen Nachfolger. Zu seinem Stellvertreter wurde Pastor Viktor Weber gewählt. Die ELKER ist eine Diözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland (ELKR) und vertritt zirka 70.000 Gemeindeglieder in 214 registrierten und nichtregistrierten Gemeinden und Gemeindegruppen, zusammengefasst in 20 Propsteien zwischen Königsberg im Westen und Wladiwostok im Osten der Russischen Föderation.

Der Konflikt um die Ukraine ist auch für die ELKER eine Belastungsprobe. Die lutherische Kirche in Russland hatte das Referendum und die Annexion der Krim

von 2014 zwar akzeptiert, aber den lutherischen Gemeinden auf der Krim die Frei-



Sergej Holzwert

Foto: ELKER

heit gelassen zu wählen, zu welcher Kirche sie gehören wollten.

Die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen Russen und Ukrainern wurde auch in den lutherischen Gemeinden mit großer Bitternis zur Kenntnis genommen. In Kiew, wo die deutsche lutherische Kirche in Sichtweite des Präsidentenpalastes liegt, hatten Mitglieder der Gemeinde den Opfern des Euromaidan 2014 Erste Hilfe geleistet, während russlanddeutsche Oligarchen aus dem Umfeld des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der ehemaligen deutschen Wolgarepublik erste lutherische Kirchen dort wieder aufgebaut haben.

Der leitende langjährige Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, Dietrich Brauer, war kurz nach Beginn des Ukrainekriegs im März 2022 mit seiner Familie aus Moskau nach Deutsch-

land geflohen. Er wolle sich „klar und öffentlich von diesem Krieg“ distanzieren. Brauer berichtete in einem Interview für die Evangelische Landeskirche in Württemberg, dass es eine klare Forderung des russischen Präsidialamtes an alle religiösen Führer gegeben habe, die sogenannte militärische Sonderoperation Putins zu unterstützen. Die meisten Kirchenführer seien diesem Appell nachgekommen.

Schon im Alter von 28 Jahren war Brauer 2011 Bischof der ELKER und damit zu einem der jüngsten Bischöfe einer lutherischen Kirche geworden. Drei Jahre später wurde er Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland. Wiedergegründet wurde die ELKR 1992 von dem Letten Harald Kalnins. Brauer war ein großer Hoffnungsträger, weil er jung und der erste Einheimische war, der dieses Amt bekleidete. Bodo Bost

● AUFGESCHNAPPT

Diesen Auftritt hatte sich Claudia Roth ganz gewiss anders vorgestellt. Die Bundeskulturstaatsministerin sprach ein Grußwort beim jüdischen Musikfest „Jewrovision 2023“ in Frankfurt am Main, drang jedoch wegen lautstarker Buh-Rufe der rund 2000 Gäste kaum durch. Auf einem handgeschriebenen Plakat prangte die Parole „Frau Roth, wir wollen Sie hier nicht!“ Zunächst versuchte die Grünen-Politikerin noch minutenlang, ihren vorbereiteten Text mit den üblichen Floskeln von „Buntheit und Vielfalt“ eisern durchzuziehen, wobei ihr Schrecken, Ärger und Verunsicherung deutlich ins Gesicht geschrieben waren. Schließlich sagte sie, dass dies eben Demokratie sei und beteuerte: „Ich nehme die Kritik an.“ Hintergrund des jüdischen Unmuts über Roth ist, dass sie 2019 gegen eine Resolution des Bundestages stimmte, welche die Aktivitäten der Israel-Boykottgruppe BDS verurteilte. Schließlich brachte der Antisemitismusskandal auf der jüngsten Kasseler documenta, auf den Roth viel zu spät reagierte, das Fass zum Überlaufen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Für Hugo Müller-Vogg sind die Missstände im Habeck-Ministerium durch den Sturz von Staatssekretär Patrick Graichen noch längst nicht ausgeräumt, wie er im „Focus“ (17. Mai) schreibt:

„Der Fall Graichen ist längst zu einem Fall Habeck geworden. Als oberster Chef war er zu lange bemüht, in verschwurbelten Sätzen kleinzureden, was nicht zu beschönigen ist: Dass seine Partei und deren Öko-Umfeld sich – jedenfalls in einem der wichtigsten Ministerien – den Staat zur Beute macht ... Graichen ist das Notopfer, mit dem Habeck sich verzweifelt im Amt zu halten versucht.“

Rainer Zitelmann hat anhand von Deutschland, Polen und Vietnam untersucht, warum manche Länder ab- und andere aufsteigen. Der „Welt“ (19. Mai) gibt er Einblick in seine Resultate:

„62 Prozent der Deutschen halten Reiche für egoistisch, in Polen sind es 19 Prozent. Oder ein anderes Beispiel: Unseren Umfragen zufolge sagen 49 Prozent der Bundesbürger, Reiche sind gierig, in Polen sind es nur halb so viele. Längerfristig wird kein Land wirtschaftlichen Erfolg haben, wenn die wirtschaftlich Erfolgreichen verteufelt werden. Die großartige wirtschaftliche Entwicklung in Polen und Vietnam hängt auch damit zusammen, dass Reichtum dort sehr positiv gesehen wird.“

Pauline Voss skizziert in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (18. Mai), wie in Deutschland heute Politik gemacht wird:

„Im Namen einer ökologischen haben die grünen Eliten eine politische Kreislaufwirtschaft geschaffen. Aktivistisch angehauchte Wissenschaftler und Berater fertigen auf Geheiß der Politik Gutachten an, die Politikern dann als Legitimation dienen, um den eigenen Plänen das Siegel der wissenschaftlichen Alternativlosigkeit aufzuprägen.“

Polizeibeamte im Brennpunktviertel Dortmund-Nord, die anonym bleiben wollten, haben der „Bild“-Zeitung (23. Mai) einen erschreckenden Einblick in ihre Arbeitssituation gegeben:

„Und wurde aus dem Präsidium klar gesagt, möglichst wenig Migranten zu kontrollieren. Aber wen sollen wir dann in der Nordstadt kontrollieren? Da leben fast nur noch Migranten ... Gibt es Vorwürfe, egal ob von Intensivtätern oder Linksextremisten, wird man sofort fallengelassen ... Der Polizeipräsident will nur, dass er gut dasteht, wir interessieren ihn nicht.“

● WORT DER WOCHE

„Wir leben jetzt in einer Welt, in der man nichts schreiben darf, was Leser kränkt, überrascht, verletzt, verstört oder in irgendeiner anderen Weise Empfindlichkeiten berührt.“

Donna Leon, Bestseller-Autorin, in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 19. Mai über die neue Zensur

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ja, so geht „böse“

Wie Wolfgang Kubicki in der grünen Wunde bohrt, und wer noch alles mit wem verwandt ist

VON HANS HECKEL

Wolfgang Kubicki war vollständig in seinem Element. Der alte Fuchs aus dem Norden begriff natürlich sofort, was man aus dem Graichen-Desaster schnitzen kann, um so tief wie's geht in den Wunden des verhassten grünen Koalitionspartners zu bohren. Dabei packte der Freidemokrat das gesamte Sortiment von List und Häme aus, wozu er nur ganz wenige Sätze benötigte. Er kann es eben – und er liebt es!

Zunächst bekundet Kubicki, er „respektiere“ die Entscheidung zum Rücktritt des Grünen-Staatssekretärs Patrick Graichen und hoffe für Habeck, dass dessen Ressort nun in „ruhigeres Fahrwasser“ komme, um sogleich für das genaue Gegenteil von „Ruhe“ zu sorgen: „Allerdings glaube ich, dass die Turbulenzen der vergangenen Wochen im Ministerium auch Auswirkungen haben könnten auf den Zeitplan des Gebäudeenergiegesetzes.“ Und wenn Habecks Erklärung stimmen sollte, dass Graichens Fachkunde „unersetzlich“ für die Energiewende sei, „dann dürfen wir bedauerlicherweise daran zweifeln, dass das Parlament eine zügige Entscheidungsfindung vornehmen kann“.

Kubicki hat tatsächlich „bedauerlicherweise“ gesagt, obwohl jeder weiß, dass die FDP die Entscheidung um jeden Preis aufschieben will, weil man dort gemerkt hat, wie das Gesetz bei der eigenen Wählerschaft ankommt. Und dann erdrückt er Habeck auch noch mit dessen eigenen Worten zur „Unersetzbarkeit“ des geschnittenen Staatssekretärs. Ja, so geht „böse“ – herrlich! In der Grünen-Zentrale müssen sie sich den Wutschaum vom Mund gewischt haben.

Immerhin ist Graichen jetzt frei von dem Theater. Oder nicht? Kaum ist er raus aus dem Amt, nimmt man seinen Dokortitel unter die Lupe. Aber ist das wirklich noch so eine große Nummer? So einen Titel zu führen, obwohl man ihn eigentlich gar nicht ... also das gehört im deutschen Politikbetrieb doch fast schon zur Routine. Außerdem bekommt er drei Monate lang sein volles Gehalt von etwa 15.000 Euro weiterbezahlt. Danach winkt ein Ruhegeld von immerhin rund 10.000. Es mag einen belasten, Staatssekretär zu sein, aber Staatssekretär gewesen zu sein, das ist schon eine prima Sache.

Dabei ist sehr fraglich, ob es zu diesem „Danach“ überhaupt kommt. Im weiter-

zweigten grünen Versorgungswerk wird sich für Graichen zeitnah ein neuer lukrativer Posten finden lassen. Sein bisheriger Staatssekretärskollege Udo Philipp könnte doch mal seine privaten Firmenbeteiligungen durchforsten, ob ein Betrieb dabei ist, wo man den Graichen unterbringen könnte. Philipp könnte aber auch der nächste Graichen werden. Er hat dem Habeck-Ministerium einen Berater angedient, in dessen Fonds er selbst investiert ist.

Wir würden gern erfahren, wo eigentlich das Ende dieses grünen Filzteppichs zu finden ist. Man will uns mit der Information stilllegen, dass jener Berater „ehrenamtlich“ für das Ministerium arbeite. Wie sollen wir das einordnen? Ist es ansonsten also üblich, dass man für das Geschenk einer derartigen reißvollen Einflussposition im Hause Habeck auch noch Geld bekommt?

Wie weit die Maßstäbe in unserem Land ins Rutschen geraten sind, offenbart ein ansonsten tadelloser Autor, der hinter dem ganzen Kram bloß eine Kampagne gegen den Klimaminister wittert. Und der deshalb beinah zurückbolzt. Zum Vorwurf der Vetternwirtschaft schreibt er: „Nur liebe Familienunternehmer: Was ist eigentlich Vetternwirtschaft? Dem Schwager einen Posten zu versprechen? Dem Freund einen Auftrag? Bei wem das nicht so läuft, der werfe den ersten Stein.“

Der „Spiegel“ ist jetzt „rechtsextrem“

Somit ist also ein mit Steuergeldern betriebenes Bundesministerium auch nichts anderes als ein aus privaten Einnahmen finanziertes Familienunternehmen? Und daher sollen sich diese selbstgerechten Unternehmer mal nicht so aufplustern? Meint er das ernst? Diese Gleichsetzung von Staats- und Familienwesen hatten wir eigentlich mit dem Ende der Feudalherrschaft begraben. Nun ist sie mit verblüffender Selbstverständlichkeit wieder aufgetaucht. Wenn demnächst jemand fragt, wie diese Filzokraten eigentlich ticken, heißt die Antwort: Schlag nach im Barock.

Wobei die familiären Verbindungen zwischen den damaligen Herrscherfamilien nicht selten weit über politische Gräben hinwegreichten, weshalb selbst eng verwandte Herrscherhäuser Krieg gegeneinander führten. Krieg kann man auch das nennen, was FDP und Grüne derzeit in der Ampel aufführen. Dennoch hat FDP-Verkehrsminister Volker Wissing versucht, Stefan Birkner als neuen Chef der Autobahn GmbH durchzudrü-

cken. Und der ist verheiratet mit der Schwester der Ehefrau von: Robert Habeck.

Wobei wir allerdings davon ausgehen können, dass die verwandtschaftlichen Bande nicht ausschlaggebend waren für Wissings Vorstoß. Birkner hatte im vergangenen Jahr als FDP-Landeschef und Spitzenkandidat die Niedersachsen-Wahl in den Sand gesetzt – 4,7 Prozent, parlamentarische Todeszone – und stand seitdem karrieretechnisch wohl etwas auf dem Schlauch. Da wollte der Parteifreund in Berlin sicherlich behilflich sein, ging die Sache aber ziemlich blöde an.

Der Verkehrsminister hat nämlich nur ein Vorschlagsrecht für den Posten des Geschäftsführers der Autobahn GmbH, das er normalerweise diskret ausübt. Wissing aber machte seine Empfehlung für Birkner sogleich öffentlich, vielleicht wollte er damit ein wenig Druck ausüben auf den Aufsichtsrat der GmbH. Der aber ließ den Minister auflaufen und knallte Birkner mit zornigen Worten die Tür vor der Nase zu.

Wissing wird's verkraften, und für Birkner findet sich bestimmt etwas anderes, also alles halb so wild. Bei den Grünen dagegen geht der Katzenjammer immer weiter. Nicht nur, dass sie bei der jüngsten INSA-Umfrage schon drei Punkte hinter der AfD liegen (14 zu 17 Prozent). Nun macht sich auch noch der „Spiegel“ über sie lustig. Sie haben das Titelbild vielleicht am Kiosk gesehen: Habeck als verzweifelter Handwerker vor einer demolierten Heizung mit einer noch verpackten Wärmepumpe hinter ihm, Überschrift: „Operation Wärmepumpe. Teuer und umstritten: Mit grünem Übereifer ins Chaos.“

Das war zu viel. Sogenannte Klima-Journalisten und grüne Blogger heulen auf vor Schmerz. Sie schimpfen über eine „fossile Kampagne und Lügenpropaganda“, nennen den „Spiegel“ giftig „rechtsextrem“. Selbstironie? Helmut Kohl („Birne“) unterhielt seine Gäste weiland damit, dass er ihnen Kohl-Witze erzählte. Kinder, ist das lange her!

Und der „Spiegel“-Titel ist noch gar nicht verdaut, da überrascht uns der Erdoğan-Herausforderer Kemal Kılıçdaroglu mit der Ankündigung, bei einem Wahlsieg Millionen syrische Flüchtlinge in deren Heimat zurückzuschicken. Er werde das Land nicht denen überlassen, die „heute zehn Millionen Flüchtlinge unkontrolliert zu uns gebracht haben“, so der Sozialdemokrat, womit er Erdoğan meint. Das Entsetzen in der linken deutschen Presse kann man sich vorstellen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de